

Peter Bußjäger
(Herausgeber)

Politische Bildung
Band 6

60 Jahre
Länderkonferenzen 1945 –
Die Länder und die
Wiederbegründung der
Republik



Institut für Föderalismus

**Peter Bußjäger
(Herausgeber)**

**60 Jahre
Länderkonferenzen 1945 –
Die Länder und die
Wiederbegründung der
Republik**

Institut für Föderalismus
Schriftenreihe Politische Bildung
Band 6

herausgegeben vom
Institut für Föderalismus, Innsbruck
Wissenschaftliche Leitung: Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger

**60 Jahre Länderkonferenzen 1945 -
Die Länder und die Wiederbegründung
der Republik**

von
Peter Bußjäger
(Herausgeber)



BRAUMÜLLER

Zitiervorschlag: *Bußjäger*, 60 Jahre Länderkonferenzen 1945 – Die Länder und die Wiederbegründung der Republik (2006) [Seite]

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://ddb.de> abrufbar.

Printed in Austria

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2006 by Wilhelm Braumüller
Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H., A-1090 Wien

ISBN: 3-7003-1582-1
ISBN: 978-3-7003-1582-7

Satz: Institut für Föderalismus
Druck: Fa. Novographic, Wien

Vorwort

Die zweimalige Begründung der Republik Österreich durch die Länder (1918/19) sowie 1945 in jeweiligen „Länderkonferenzen“ stellt in gewisser Hinsicht einen föderalistischen Gründungsmythos der Republik dar.

Im Rahmen des „Gedankenjahres 2005“ leistete das Institut für Föderalismus einen Beitrag zur Aufarbeitung der Rolle der Länder anlässlich der Wiederentstehung Österreichs aus den Schrecknissen nationalsozialistischer Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges, indem am 14. September 2005 im Palais Niederösterreich (Altes Landhaus) am historischen Ort des Geschehens ein Symposium mit dem Titel „60 Jahre Länderkonferenzen 1945 – Die Länder und die Wiederbegründung der Republik“ abgehalten wurde.

Es war ein besonderes Anliegen des Instituts, diese Frage nicht nur von einem staatsrechtlichen Standpunkt, sondern auch aus einem zeitgeschichtlichen Blickwinkel zu betrachten.

Neben dem Referat von Institutsdirektor Peter Bußjäger, „Stunde Null: Die staatsrechtlichen Perspektiven 1945 aus der Sicht der Länder“ widmete sich daher Peter Mähner von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien in Wien mit seinem Beitrag „Die Bedeutung der Länderkonferenzen für die Wiederbegründung der Republik“ der zeitgeschichtlichen Analyse.

Michael Gehler, Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, untersuchte die Rolle der charismatischen Persönlichkeit des Tiroler Landeshauptmannes und späteren Außenministers Karl Gruber in seinem Beitrag „Karl Gruber als Vertreter des Westens und die erste Länderkonferenz 24. bis 26. September 1945“.

Einen staatsrechtlichen Schlusspunkt unter die Konferenz setzte schließlich Landtagsdirektor Karl Lengheimer, Niederösterreich, mit seinem Referat „Die Bausteine zur Wiederherstellung der bundesstaatlichen Verfassung 1945“.

Das Institut für Föderalismus freut sich, dass es gelungen ist, die Tagungsbeiträge innerhalb nützlicher Frist der Öffentlichkeit vorzustellen und ist der Auffassung, damit auch die nicht zu unterschätzende Rolle der Länder bei der Wiederbegründung der Republik im Jahre 1945 klar gestellt zu haben.

Innsbruck, im April 2006

Peter Bußjäger

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
 Peter Bußjäger „Stunde Null: Die staatsrechtlichen Perspektiven 1945 aus der Sicht der Länder“	 1
 Peter Mähner „Die Bedeutung der Länderkonferenzen für die Wiederbegründung der Republik“	 17
 Michael Gehler „Karl Gruber als Vertreter des Westens und die erste Länderkonferenz 24. bis 26. September 1945“	 27
 Karl Lengheimer „Die Bausteine von zur Wiederherstellung der bundesstaatlichen Verfassung 1945“	 81
 Verzeichnis der Referenten	 91

Stunde Null: Die staatsrechtlichen Perspektiven 1945 aus der Sicht der Länder

1. Über Gründungsmythen und Lehrbücher

In dem im Österreich-Konvent eingebrachten Vorschlag der ÖVP für eine Präambel der neuen Bundesverfassung, über die freilich kein Konsens erzielt wurde, ist recht blumig von der *„Geschichte der Republik, die nach den Schrecknissen beider Weltkriege aus den Ländern als demokratischer Rechts- und Bundesstaat begründet wurde“*, die Rede.¹ Wie 1918/20 und 1945 würden sich nach den Vorstellungen der Präambel *„die Bürgerinnen und Bürger der Republik Österreich in den Ländern, Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien in freier Selbstbestimmung kraft ihrer verfassungsgebenden Gewalt diese (neue!) Bundesverfassung gegeben.“*² Soweit ist es nach dem vorläufigen Scheitern des Österreich-Konvents bisher freilich nicht gekommen.

Diese Wendungen haben einen der anderen politischen Seite angehörenden Juristen zur ätzenden Bemerkung veranlasst, dass *„in die Präambel der ÖVP die westlich des Untersbergs beheimatete These Eingang gefunden (habe), die Republik wäre zweimal aus den Ländern begründet worden.“*³

Dem könnte eigentlich entgegen gehalten werden, dass sich der oder die Verfasser der Präambel selbst ihrer Sache nicht so sicher gewesen zu sein scheinen, spricht doch der Wortlaut davon, dass die Republik *„aus den Ländern“* (und nicht *„durch die Länder“* und schon gar nicht *„in den Ländern“*) begründet worden sei. Diese Wortspielereien sollen hier jedoch nicht weiter vertieft werden:

1 Bericht des Österreich-Konvents, Band 2: Teil 4A, 15 (Textvorschlag eingebracht in den Ausschuss 1, Dissens im Ausschuss, Dissens im Präsidium).

2 Ebdt, 15 f.

3 Faber, Das war der Konvent, in: Khol/Ofner/Burkert-Dottolo/Karner, Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004 (2005) 164.

Es trifft zu, dass die Länderkonferenzen sowohl der Jahre 1919/1920 als auch 1945 vor allem aus Sicht der Länder gerne als Argument verwendet werden, dass die Länder die Zweite Republik begründet hätten. Man kann in gewisser Hinsicht durchaus von einem Gründungsmythos sprechen.

In der rechtshistorischen und rechtswissenschaftlichen Literatur werden die Länderkonferenzen des Jahres 1945 eher stiefmütterlich behandelt, wobei ich hier paradigmatisch auf zwei Werke eingehe:

Von einer maßgeblichen Rolle der Länder in der Wiederbegründung der Republik nach der Befreiung Österreichs durch die Alliierten ist im gängigen Lehrbuch der Österreichischen Rechtsgeschichte nicht die Rede.

Die staatsrechtliche Stunde Null beginnt im Lehrbuch mit der Proklamation der Unabhängigkeit Österreichs durch die Renner-Regierung am 27. April 1945, in der die Republik unter Berufung auf die Moskauer Deklaration wieder in den Grenzen von 1938 hergestellt wurde, der Anschluss als „null und nichtig“ erklärt wurde und die Verfassung von 1920 wieder Geltung hatte.⁴

Am 1. Mai 1945 wurde bekanntermaßen das Verfassungs-Überleitungsgesetz⁵ erlassen, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz mit dem Stand 5. März 1933 wieder in Kraft gesetzt wurde. In der Vorläufigen Verfassung⁶ vom selben Tag ergingen einige durchaus wesentliche Modifikationen:

Bis zum Zusammentritt einer frei gewählten Volksvertretung sollte die Provisorische Staatsregierung die Gesetzgebung auch in jenen Angelegenheiten ausüben, die nach dem B-VG den Ländern zustanden (§ 18). Die staatliche Verwaltung in den Ländern sollte, soweit nicht staatliche Sonderbehörden eingerichtet sind, in Unterordnung unter die zuständigen Staatsämter in jedem Land durch den Landeshauptmann erfolgen (§ 30). Dieser sollte von der Provisorischen Staatsregierung ernannt werden.

Gemäß § 31 sollte „die Verwaltung der den Ländern als Selbstverwaltungskörper ‚nach der Überlieferung‘ (!) zustehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten, einem Provisorischen Landesausschuss“ unterliegen. Aus der Diktion wird deut-

4 *Baltl/Kocher, Österreichische Rechtsgeschichte*⁷ (1997) 280.

5 StGBI Nr 4/1945.

6 StGBI Nr 5/1945.

lich, dass die Länder in dieser Konzeption als im Grunde überholte Entitäten betrachtet wurden. Von der „Überlieferung“ ist nochmals die Rede, nämlich in § 2, wonach die „überlieferte Ländereinteilung“ die räumliche Grundlage für die gesamte staatliche Organisation bilden sollte (mit der vorläufigen Ausnahme des Burgenlandes). Möglicherweise entsprach das Modell genau dem, was sich die einen oder anderen Akteure des Österreich-Konvents als Resultat erwartet hatten, was nur am Rande bemerkt sei.

Das Lehrbuch schreibt weiters: *„Diese zentralistische Konzeption, die in den westlich besetzten Bundesländer nicht akzeptiert worden wäre, wurde durch die „Verfassungsnovelle“ vom 12. Oktober 1945 zugunsten der Länderrechte im Sinn der Bundesverfassung 1920/29 wieder beseitigt.“*⁷

War dies alles wirklich so einfach, wie es in der zwangsläufig verkürzenden Darstellung des Lehrbuchs zum Ausdruck gelangt? War zwischen dem 1. Mai 1945 und dem 12. Oktober 1945 schlicht und ergreifend nichts? Diesen Eindruck vermitteln auch Lehrbücher des Verfassungsrechts, denen beispielsweise zu entnehmen ist, dass die „mit der vollen (!) Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt“ ausgestattete Provisorischen Staatsregierung das Verfassungs-Überleitungsgesetz und die Vorläufige Verfassung erließ, die bis zum 19. Dezember 1945 – mit der erwähnten Änderung vom 12. Oktober 1945⁸ in Kraft blieb.⁹

Der oben angeführte Gründungsmythos findet in der rechtswissenschaftlichen Behandlung des Gegenstands also überhaupt keine Entsprechung. Im Gegenteil: Die Rechtswissenschaft (oder zumindest ein Teil von ihr) kreiert einen anderen, positivistischen, ahistorischen Gründungsmythos: Begründet wurde die Republik durch die Erste Verfassung und alles andere vollzog sich auf der Grundlage dieser Verfassung.

Es ist indessen gerade das Verdienst eines Staatsrechtlers, nämlich *Peter Pernthalers*, die Interpretation der Ereignisse zwischen April/Mai und Oktober 1945 aus dem zentralistisch/positivistischen Fokus in jene der Peripherie gerückt zu haben.¹⁰ Es wird in diesem

7 *Baltl/Kocher*, Österreichische Rechtsgeschichte⁷ (1997) 281; ähnlich auch *Walter*, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von 1500 – 1955 (1972) 300 f.

8 StGBI. 1945/196.

9 *Walter/Mayer*, Bundesverfassungsrecht⁹ (2000) 35.

10 *Pernthaler*, Die Staatsgründungsakte der österreichischen Bundesländer (1979).

Beitrag und in jenem von DDr. Lengheimer noch darauf Bezug genommen werden.

2. Die Parallelität der Stunde Null

Die staatsrechtliche Stunde Null hat in den von den Sowjets besetzten Gebieten Österreichs, im Burgenland, in Niederösterreich und Wien tatsächlich am 27. April 1945 mit der schon erwähnten Proklamation der Renner-Regierung geschlagen. In diesen Territorien, in welchen die Renner-Regierung Souveränität ausübte, wurde mit der vorläufigen Verfassung vom 1. Mai der beschriebene zentralistische Einheitsstaat eingerichtet. Freilich wird die positivistische Darstellung auch der Entwicklung in diesen Gebieten nicht gerecht, denn immerhin gab es in Wien und in Niederösterreich bereits von den Sowjets eingesetzte Regierungen, bevor es zu einer Provisorischen Staatsregierung kam.

Für die Gebiete außerhalb der Sowjetischen Besatzungszone stellte sich die Situation überhaupt anders dar. Hier herrschte am Tag der Unabhängigkeitserklärung sogar noch das nationalsozialistische Regime.

Am 29. April betraten die Franzosen vom nördlichen Bodensee-ufer kommend erstmals das Territorium Vorarlbergs, am 6. Mai standen sie am Arlberg und hatten erstmals das ganze Land unter Kontrolle. Am 2. Mai befreite die Widerstandsbewegung unter Karl Gruber in Erwartung der heranrückenden Amerikaner Innsbruck, am 4. Mai rückten die Amerikaner in Salzburg ein, erst am 8. Mai rückten die Briten in Kärnten ein.¹¹

Nach und nach bildeten sich in den April- und Maitagen des Jahres 1945 Landesregierungen, die von den Alliierten anerkannt oder eingesetzt wurden.¹² Diese Vorgänge gingen vorerst unabhängig von der Bildung einer Zentralgewalt vor sich.¹³ Eine Ausnahme bildete lediglich das Burgenland, das erst mit Wirkung vom 1. Oktober 1945 wieder als eigenständiges Bundesland konstituiert wurde. Die neuen Ländergewalten sind ebenso originär entstanden

11 Eisterer, Österreich unter alliierter Besatzung, in: Steininger/Gehler (Hg), Österreich im 20. Jahrhundert (1997) Bd 2, 149.

12 Siehe dazu Weinzierl, Die Vor- und Frühgeschichte der Zweiten Republik, in: Manti (Hg), Politik in Österreich (1992) 98 ff.

13 Brauner, Österreichische Verfassungsgeschichte⁷ (1998) 259.

wie die Zentralgewalt. Die Länder erlangten eine – von den Besatzungsmächten eingeschränkte – staatsrechtliche Souveränität und standen politisch wie staatsrechtlich vor der Stunde Null. Man kann durchaus von einer Parallelität der Vorgänge auf zentraler Ebene, wo eine einheitliche Staatsgewalt begründet werden sollte, wie auf Länderebene, wo jeweils Ländergewalten entstanden, sprechen.¹⁴ Unter diesem Aspekt ist es etwas verkürzend, wenn *Erika Weinzierl* schreibt: „Die Verfassungsfrage wurde am schnellsten gelöst (...) Bereits am 13. Mai hat die Provisorische Regierung mit der auf 1. Mai rückdatierten Annahme des Verfassungsüberleitungsgesetzes und der so genannten „Vorläufigen Verfassung“ Österreich Verfassungskämpfe erspart.“¹⁵ Ein Verfassungskampf hat deshalb nicht stattgefunden, weil die Vorläufige Verfassung außerhalb der Sowjetischen Besatzungszone ein rechtliches und faktisches Nichts war!

Der frühere Vorarlberger Landesamtsdirektor *Elmar Grabherr* schrieb daher 1986 in seiner Darstellung der Vorarlberger Geschichte angesichts der tatsächlichen Verhältnisse durchaus mit einiger Berechtigung:

„Der Vorarlberger Landesausschuss hätte mit demselben Recht „Provisorische Staatsregierung für die Republik Vorarlberg“ genannt werden können, nur dass er nicht unter russischer, sondern unter französischer Oberhoheit stand.“¹⁶

Und trotzdem hinkt der Vergleich – wie ich glaube. Die Glieder wollten nicht völlig auf sich allein gestellt sein, sondern strebten nach Einheit, vermutlich schon mit dem Zeitpunkt an, an dem sie wieder ins Leben getreten waren.

Folgendes, am 2. Mai 1945 in Dornbirn in Vorarlberg stattgefundenes Ereignis mag dies aus der Peripherie veranschaulichen: Der größte Teil des kleinen Landes war noch gar nicht vom Nationalsozialismus befreit. Ein paar Kilometer südlich zwischen Dornbirn und Hohenems wurde noch gekämpft. Ein Techniker der ehemaligen RAVAG, Otto Schubert, hatte eine Sendeanlage vor der Zerstörung durch die Nazis gerettet, und ging um 16.00 Uhr auf Sendung. Nach der Kennmelodie „Wiener Blut“ meldete sich Schuberts zwölfjähriger Sohn mit den Worten: „Hier ist der Österreichische Rundfunk, Radio Vorarlberg in Dornbirn“.

14 *Pernthaler*, Staatsgründungsakte 49 ff.

15 *Weinzierl*, Vor- und Frühgeschichte 98.

16 *Grabherr*, Vorarlberger Geschichte (1986) 278.

Es handelte sich um eine der ersten freien Rundfunksendungen aus dem wiedererstandenen Österreich. Die Wendung „Österreichischer Rundfunk, Radio Vorarlberg“ scheint mir ein Symbol (nicht mehr und nicht weniger: Der RAVAG-Techniker war natürlich zu keinem Zeitpunkt von irgendeiner politischen Autorität dazu befugt worden) dafür zu sein, dass sich – anders als nach 1918 – die Glieder nicht erst in einem langwierigen und schmerzhaften Prozess zueinander finden mussten, sondern schon in der Stunde Null nach Einheit trachteten.

Es gab aber auch viel augenfälligere Symbole: Den alliierten Truppen wehten beim Einmarsch in viele Städte schon rot-weiß-rote Fahnen entgegen, wie etwa in dem von der Widerstandsbewegung befreiten Innsbruck, die zuweilen, wie Erich Kästner beobachten konnte, das Hakenkreuz nur zu deutlich durchschimmern ließen.¹⁷ Die Perspektive war für die Bevölkerung wie für die politischen Eliten sicherlich die Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreichs. Blicken wir nochmals in den äußersten Westen: Am 24. Mai 1945 schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ über die Situation in Vorarlberg: *„Alle Berichte stimmen darin überein, dass die Bevölkerung das Ende des nationalsozialistischen Regimes und die Gründung eines neuen Österreich mit größter Erleichterung begrüßt habe“*.

3. Ein unabhängiges Österreich als gemeinsames Ziel?

Dass es zu diesem neuen Österreich kommen musste, erscheint uns im nachhinein nicht mehr so gewiss: Wie jüngere Erkenntnisse der zeitgeschichtlichen Forschung ergeben haben, verfolgte die Moskauer Deklaration der Alliierten, die am 1. November 1943 die Wiedererrichtung Österreichs versprochen hatte, primär propagandistische Züge, um in Österreich Aufstände gegen das nationalsozialistische Regime hervorzurufen.¹⁸ Das staatsrechtliche Schicksal war zur Stunde Null in den letzten April- und ersten Maitagen des Jahres 1945 noch völlig offen. Dies galt umso mehr, als die Westalliierten von einem tiefen Misstrauen gegenüber der Renner-Regierung beseelt waren.¹⁹

17 Hanisch, Der lange Schatten des Staates 405, mit Hinweis auf Kästner.

18 Siehe dazu Keyserlinck, 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Widerstand, in: Steininger/Gehler (Hg), Österreich im 20. Jahrhundert (1997) Bd 2, 18.

19 Siehe dazu auch Hanisch, Der lange Schatten des Staates (1994) 403.

Die Renner-Regierung übte außerhalb der Sowjetischen Besatzungszone keinerlei Souveränität aus. Sämtliche Staatsämter waren den von den Besatzungsmächten eingesetzten provisorischen Landesregierungen unterworfen. Die Gesetzblätter der Renner-Regierung wurden in den von den Westalliierten besetzten Gebieten nicht gelesen – weil sie dort nicht zugänglich waren.

Souveränität – freilich eine von den Besatzungsmächten deutlich eingeschränkte – übten außerhalb der sowjetischen Besatzungszone lediglich die Landesregierungen aus. Man kann daher mit Pernthaler staatsrechtlich durchaus von neuen Staatsgründungsakten der Länder nach 1945 sprechen.

Außerdem: So ganz unumstritten war die Wiedererrichtung eines eigenen unabhängigen Österreich entgegen dem äußeren Anschein zur Stunde Null nicht ganz: Anders als nach 1918 war beispielsweise ein Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz zwar überhaupt keine Option, die noch ernsthaft diskutiert wurde. Wenngleich nicht von offizieller Seite gefördert, so gab es doch Bestrebungen, die westlichen Bundesländer – in verschiedenen Konzepten auch ganz Österreich, so klar war das nicht immer – gemeinsam mit Bayern, Baden, Württemberg in einem süddeutschen Staat zusammen zu fassen.²⁰ In Vorarlberg war dieses Konzept unter „Alpenland“ bekannt geworden. Sogar einige Flugblätter wurden – freilich erst im Februar 1946 – verbreitet.²¹ Eine gewichtige Rolle hat dabei auch der ehemalige Unterrichtsminister der Ersten Republik, *Dr. Emil Schneider* gespielt.²² Für die Franzosen war das Projekt offenbar so brisant, dass sie sogar in einer Meinungsumfrage 1946 erheben konnten, dass sich immerhin 29% der Tiroler und Vorarlberger Bevölkerung für das Vorhaben erwärmten.²³ Als Hauptstadt dieses neuen Staates soll übrigens Salzburg vorgesehen gewesen sein.

Das Alpenlandprojekt war auch in Wien nicht ganz unbekannt geblieben: In einem Zeitzeugengespräch am 28. November 1964 erinnerte sich der ehemalige Bundesminister Dr. Alfred Migsch an

20 Dazu grundlegend *Klöckler*, *Abendland – Alpenland – Alemannien* (1998); siehe dazu auch *Bundschuh*, *Das befreite Land – die „Besatzungszeit“*, in: *Bundschuh/Pichler/Walser*, *Wieder Österreich* (1995) 63.

21 *Klöckler*, *Abendland – Alpenland – Alemannien* 132.

22 Dazu näher *Klöckler*, *Die Ursprünge der Alpenlandpläne nach 1945*, in: *Plitzner/Scheffknecht* (Hg), *Minister Dr. Emil Schneider. Ein Unterrichtsminister aus dem „schwärzesten“ Österreich* (2001) 321 ff. In der Gruppe um Schneider befanden sich auch der Bürgermeister von Bregenz und ein Bezirkshauptmann.

23 *Klöckler*, *Ursprünge* 340 f.

*„Strömungen mit dem Sitz in Salzburg, die Salzburg, Vorarlberg, Tirol und Bayern zu einem Süddeutschen Staat zusammen schließen wollten. Die Agententätigkeit dafür reichte bis 1946. Diese Bestrebungen gingen von den Vertretern des römisch-katholischen Hochadels aus. Man wollte Otto von Habsburg hinaufheben.“*²⁴

Die Haltung der Besatzungsmächte, vereitelte derartige, im nachhinein etwas operettenhaft erscheinende Pläne freilich bereits zu einem Zeitpunkt als sie noch gar nicht gereift waren: De Gaulle trat von Beginn an für ein von Deutschland vollkommen losgelöstes Österreich ein. Eine Vereinigung mit Bayern, unter dem Vorwand, einen Block süddeutscher, katholischer Staaten zu gründen, kam für ihn überhaupt nicht in Frage. Unter diesen Aspekten konnte sich der Franzose De Gaulle sogar für den Föderalismus erwärmen und schlug für Vorarlberg und Tirol eine „ausreichend große Autonomie“ innerhalb des österreichischen Staates vor.²⁵ Auf der anderen Seite verlangte er aber auch von der dortigen Militärregierung, dass „keine separatistischen Tendenzen ermutigt werden dürfen“.²⁶

Auch für die politischen Eliten im Westen war die Wiedergewinnung der Einheit und Unabhängigkeit Österreichs zweifellos ein vorrangiges Ziel, aber kein Ziel, das ohne wenn und aber erreicht werden musste. Der Vorarlberger Landeshauptmann Ulrich Ilg schrieb in seinen Lebenserinnerungen²⁷: *„Selbstverständlich musste die Einheit möglichst bald erreicht werden, aber nicht unter Aufzwingung einer neuen Verfassung und nur unter Hintanhaltung eines zu großen kommunistischen Einflusses. Der Eiserner Vorhang an der Enns erfüllte uns nach wie vor mit Sorge und Misstrauen. Dessen ungeachtet musste auf das Zustandekommen einer gesamtösterreichischen Konferenz hingearbeitet werden, welche die Abhaltung allgemeiner Wahlen anstreben müsste.“*

Gemeint war damit:

- Beibehaltung bzw. Rückkehr zur bundesstaatlichen Verfassung (Ablehnung einer „neuen“ Verfassung).
- Aufnahme von Vertretern des „Westens“ in die Regierung (Hintanhaltung eines zu großen kommunistischen Einflusses)

24 Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945 – Die Wiedererrichtung der Republik Österreich (1965) 192.

25 Klöckler, Abendland – Alpenland – Alemannien 136.

26 Klöckler, Abendland – Alpenland – Alemannien 136.

27 Ilg, Meine Lebenserinnerungen (1985) 59.

- Ehebaldigste Abhaltung demokratischer Wahlen.

4. Der Weg zu den Länderkonferenzen aus der Perspektive der Länder

Wie ernst es zumindest dem Westen mit der Wiederherstellung des Bundesstaates war, zeigt eine sehr deutliche EntschlieÙung der Provisorischer Tiroler Landesversammlung vom 8. Oktober 1945, zu einem Zeitpunkt, als die erste Länderkonferenz bereits abgehalten worden war:

„Die Provisorische Tiroler Landesversammlung fordert die Vertreter Tirols in der Länderkonferenz und die übrigen Ländervertreter auf, alle Gesetze und Verordnungen, durch die die Länderrechte beeinträchtigt werden, zurückzuweisen und dahin zu wirken, dass der bundesstaatliche Charakter Österreichs im Sinne der Verfassung des Jahres 1929 vollauf gewahrt bleibt.“²⁸

Es fällt auf, dass sich die Tiroler ausdrücklich das B-VG in der Fassung von 1929 und nicht etwa von 1920/25, die doch wesentlich föderalistischer gestaltet war, wünschen. Aber dies stand zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon kaum mehr zur Debatte: Die Länderkonferenz vom 24.-26. September hatte gerade diese Entscheidung vorweg genommen. Ich möchte diese Frage aber noch aufschieben und zunächst das Vorfeld der Länderkonferenzen behandeln:

Trotz der Unterteilung in die vier Besatzungszonen, trotz des Umstandes, dass die Renner-Regierung in den westlich besetzten Ländern nicht anerkannt war, kam es doch zu verschiedensten Kontakten und Absprachen, die mitunter nur auf abenteuerliche Weise hergestellt werden konnten, wie etwa im Fall der Kontaktaufnahme des „Abgesandten der Bundes-ÖVP“ Herbert Braunsteiner, der, nachdem er durch die Enns geschwommen war, in Salzburg den Tiroler Landeshauptmann Gruber traf.²⁹

Wesentliche Vorleistungen für ein vereinigtes Österreich wurden in Länderkonferenzen der ÖVP erbracht. So fand am 29. Juli 1945 eine erste Konferenz der westlichen Länder (Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Oberösterreich) statt. Der Vorarlberger Landeshauptmann Ulrich Ilg äußerte sich dabei wie folgt:

²⁸ In vollem Wortlaut angeführt bei *Pernthaler*, Staatsgründungsakte 78 f.

²⁹ *Weinzierl*, Vor- und Frühgeschichte 103.

„Wir wollen Österreich als freien Staat aufbauen. Eine Aktivierung der österreichischen Regierung sollte möglichst bald erreicht werden, wobei die Bundesländer entsprechend berücksichtigt werden müssen“.

Eine ausdrückliche Forderung nach Wiederbegründung des Bundesstaates kann dem Protokoll nicht entnommen werden, doch waren sich die Teilnehmer einig, dass das neue Österreich wiederum von den Ländern getragen sein musste. Eine weitere Bundesländerkonferenz der ÖVP-Vertreter, diesmal jedoch unter Beteiligung nahezu aller Bundesländer, fand am 19. August wiederum in Salzburg statt.

Bei einer dritten Konferenz der ÖVP-Vertreter der Bundesländer am 23. September 1945, also einen (!) Tag vor der Länderkonferenz wurde erstmals wörtlich die Wiederherstellung der Bundesverfassung von 1929/30 (!) gefordert. Damit war eine wesentliche Vorentscheidung getroffen. Die Frage „1929“ oder „1920/1925“ war also nicht etwa eine *conditio sine qua non* der Staatsregierung, sondern war schon von den Ländern untereinander entschieden worden. Dies erstaunt etwas, die Position der Vorarlberger war es jedenfalls nicht.³⁰

Der Weg zu den Länderkonferenzen wird noch in anderen Referaten geschildert. Ich beschränke mich im gegebenen Zusammenhang auf die Perspektive der Vorarlberger Delegation:

Die Länderkonferenz war einige Tage zuvor den Ländern avisiert worden. Die offizielle, vom 19. September 1945 datierte Einladung auf den 24. September langte naturgemäß erst kurz zuvor bei den Ländern ein, in Vorarlberg am 22. September. Die von Renner persönlich unterfertigte Einladung führte aus:

„Die Provisorische Staatsregierung hofft, dass bei dieser Länderkonferenz jedes Land (die Gemeinde Wien) durch den Landeshauptmann (Bürgermeister) und je einen Landesrat (Mitglied des Stadtsenates) sowie den Obmann der drei politischen Parteien vertreten sein wird.

Ich bitte, auch den Landesamtsdirektor (Magistratsdirektor) zu der Konferenz mitzunehmen.“

Die Forderung nach einer Vertretung aller drei Parteien (also der ÖVP, SPÖ und KPÖ) war nicht überall leicht zu erfüllen:

30 Siehe die Unterredung mit Grabherr bei Feichtenberger, Länderkonferenzen 174.

Der ehemalige Vorarlberger Landesamtsdirektor Dr. Elmar Grabherr erinnerte sich in einem Zeitzeugengespräch, über die pragmatische Weise, in der Vorarlberg das „Kommunistenproblem“ löste:

„Da es bei uns keine Kommunisten gab, sagte der sozialistische Landesrat Mayer, dass er die Kommunisten mitvertrete. Aber knapp vor der Länderkonferenz kam die Mitteilung, dass alle drei Parteien mitvertreten sein müssten. Wir suchten also verzweifelt einen Kommunisten.“³¹

Schließlich fanden sogar die Vorarlberger aber einen echten Kommunisten, womit auch dieses Problem bereinigt war.³²

Die Ländervertreter wurden bei dieser Gelegenheit erstmals mit den von der Regierung Renner erlassenen Gesetzen konfrontiert:

„Einen Tag vor der Abreise nach Salzburg (dort war ein Zwischenhalt vorgesehen, möglicherweise nahmen die Vorarlberger auch an der ÖVP-Vorbesprechung teil) traf der Kurier von Wien ein, mit der Einladung. Er hatte einen Stoß von Staatsgesetzblättern mitgebracht, in dieser kurzen Zeit war es aber unmöglich, diesen Pack durchzusehen. Während der Fahrt nach Salzburg beschäftigte ich mich mit dem Pack.“³³

Die Tagesordnung für die Politische Kommission sah eine „Aussprache über Fragen der Verfassung, über die Zusammensetzung der Staatsregierung und über die nächsten politischen Aufgaben“ vor. Die Frage der Bundesstaatlichkeit wurde also nicht ausdrücklich thematisiert, sondern war als Teil des sehr allgemeinen Themas der Aussprache über Fragen der Verfassung zu sehen.³⁴

In einem 13-seitigen Bericht des Staatsamtes für Inneres wurde die Frage der Wiederherstellung der Bundesstaatlichkeit nicht angesprochen, wohl aber die Einrichtung „autonomer Bezirke“. Als Vorläufer der neu einzurichtenden Organe, die als Vertreter der Bevölkerung dem Bezirkshauptmann zur Seite stehen sollen, habe Niederösterreich dreigliedrige Beiräte der Bezirkshauptmannschaften ins Leben gerufen.

31 Feichtenberger, Länderkonferenzen 174 f. Die Unterredung wurde am 21. Jänner 1964 geführt.

32 Max Haller (1895 – 1971), ein Bregenzer, war durch Jahre der wohl prominenteste Kommunist in Vorarlberg.

33 Feichtenberger, Länderkonferenzen 173.

34 VLA, AVLReg Prs 575/1945.

Es gibt Hinweise, dass *Renner* der Frage der Bundesstaatlichkeit ausweichen wollte:

Noch einmal *Elmar Grabherr*: „Die Bundesstaatlichkeit war von der Provisorischen Staatsregierung abgeschafft worden, wie 1918, Österreich hatte eine zentralistische Verfassung. Im Westen wurde diese Verfassung nicht anerkannt. Dann sollte die Bundesstaatlichkeit erst später behandelt werden. Da stellten wir die Forderung: Entweder ein föderalistisches Österreich oder keines.“³⁵

Damit stellt sich nun die Frage: Wer waren „wir“? Vorarlberg und Tirol? Andere auch?

Der Zeitzeuge *Fritz Molden*, damals Mitarbeiter des Tiroler Landeshauptmannes *Karl Gruber* erinnert sich: „Unter den west- und südösterreichischen Delegationen wurden etwaige Differenzen, die es natürlich auch in großer Zahl gegeben hat, so unterspielt, dass für die Ostösterreicher der Eindruck erweckt wurde, dass der Westen und der Süden Österreichs als ein einheitlicher Block auftritt. Die Ostösterreicher sind dagegen nie als ein Block aufgetreten: Da gab es den Renner mit den Sozialisten, die Kommunisten, und da gab es die ÖVP mit Figl, die ein bisschen unter dem Rock des Westens Schutz gesucht hat, wenn ich das pointiert ausdrücken darf.“³⁶

Bei allen Vorbehalten, die gegenüber derartigen subjektiven Eindrücken zu erheben sind: Es deutet wohl viel auf eine einigermaßen geschlossene Position der Länder außerhalb der sowjetischen Besatzungszone hin. Die Wortführer sind wohl im Westen zu suchen, insbesondere der Tiroler Landeshauptmann *Karl Gruber*.

5. Nachklang der ersten Länderkonferenz

Trotzdem schien auch nach der Länderkonferenz die Rückkehr zum Bundesstaat noch keineswegs so gewiss, wie sie uns heute scheint. Es war wohl nicht nur auf das alemannische Understatement des Befragten zurück zu führen, wenn die „Neue Zürcher Zeitung“ am 18. Oktober 1945 über eine Aussprache mit dem Vorarlberger Landeshauptmann *Ulrich Ilg* lediglich schreiben konnte: „Über die Länderkonferenz in Wien wollte sich Landeshauptmann *Ilg* nicht einlässlicher äußern. Es sei immerhin gelungen, ein Auseinanderfallen der

35 *Feichtenberger*, Länderkonferenzen 174.

36 *Prinz*, Interview mit *Fritz Molden*, in: *Bezemek et al (Hg), Länderkonferenzen 1945 (1995) 115.*

Konferenz zu verhindern.“ Das war eine beachtliche Zurückhaltung angesichts der Tatsache, dass Ilg maßgeblich für den Föderalismus in Österreich kämpfte.³⁷

Sie war jedoch nicht ganz unbegründet: Das von der provisorischen Staatsregierung am 12. Oktober 1945 erlassene Verfassungsgesetz über die Abänderung der Vorläufigen Verfassung, das die Gesetzgebungshoheit der Länder wieder herstellte, enthielt nämlich den Zusatz, dass der Bund das Recht haben sollte, „im zwingenden Bedarfsfalle“ die Landesgesetzgebung durch einheitliche Regelung der Staatsregierung auszuschalten. Dies war offenbar nicht in den Länderkonferenzen vereinbart, sondern eine eigenständige Entscheidung der Regierung Renner.³⁸

Am 24. Oktober 1945 beeilte sich jedenfalls Renner persönlich dem Vorarlberger Landeshauptmann Ulrich Ilg mitzuteilen, dass „die Provisorische Staatsregierung von dem anlässlich der Beratungen dieses Entwurfes geäußerten Wunsch der Länder Kenntnis genommen und beschlossen (hat), von diesem Bedarfsgesetzgebungsrecht nur in zwingenden Fällen und womöglich nach vorangegangener Fühlungnahme mit den zuständigen Organen der betroffenen Länder Gebrauch zu machen.“³⁹

Bemerkenswert ist freilich, dass dem Protokoll des Kabinettsrates vom 12. Oktober 1945 genau diese Erklärung nicht zu entnehmen ist.⁴⁰ Sie ist entweder nur am Rande oder überhaupt nicht zur Sprache gekommen.

6. Eine modifizierte These zum Gründungsmythos

Wie steht es nun mit dem Gründungsmythos? Diese Frage sollen die Referate des heutigen Tages insgesamt beantworten. Vor dem Hintergrund der, wie ich betone in Unkenntnis des Inhaltes dieser

37 Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Frage der Länderkonferenzen oder die Stellung Vorarlbergs zum Gesamtstaat in den Beratungsgegenständen des Landesausschusses kein einziges Mal aufsteht (siehe *Weber* [Hg], *Befreiung und Restauration* (2005)).

38 *Grabherr*, *Vorarlberger Geschichte* 280.

39 Schreiben des Staatskanzlers der Republik Österreich vom 24. Oktober 1945, ZI 6625-2a/45 (VLA AVLReg Prs 575/1945).

40 Siehe *Enderle-Burcell/Jerabek* (Hg), *Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945* (2003) 109 ff.

Beiträge, riskiere ich es dennoch, eine These zum „Gründungsmythos“ der Zweiten Republik in den Raum zu stellen:

Die Renner-Regierung hatte nur dann die Chance, die Einheit Österreichs wiederherzustellen, wenn die Länder außerhalb der Sowjetischen Besatzungszone dieser Einheit zustimmten. Dies zeigt sich daran, dass die westlichen Alliierten die Regierung Renner erst anerkannten, nämlich am 20. Oktober 1945, nachdem den Ergebnissen der Länderkonferenz durch die Änderung der Vorläufigen Verfassung und die Aufnahme von Vertretern der westlichen Länder entsprochen worden war.

Die Länder erbrachten die Zustimmung zur Renner-Regierung und verlangten dafür die Wiederherstellung von Bundesstaat, Beteiligung an der Regierung und Demokratie. Wäre die Länderkonferenz gescheitert, wäre es nicht zur Anerkennung der Renner-Regierung gekommen. Wie die Geschichte der Zweiten Republik in diesem Fall verlaufen wäre, lässt sich natürlich nur spekulieren. Die Konsequenzen eines Negierens der Wünsche und Forderungen der Länder durch das nur von den Sowjets anerkannte Kabinett in Wien wären jedenfalls nicht abzusehen gewesen.⁴¹

Aber ziehen wir doch einen authentischen Zeugen, nämlich Staatskanzler Renner selbst, zu Rate mit seiner zum Schluss der Konferenz, am 26. September 1945, so gegen 17.15 Uhr protokollierten euphorischen Erklärung:

*„Es ist, wenn man die Geschichte zu Rate zieht, selten so, dass eine große Sache auf den ersten Wurf so gelingt, dass sie Dauer hat. Die erste Republik, die hier begründet wurde, ist nach Jahren gescheitert (...). Und wenn in der Geschichte fast keine große Sache auf den ersten Hieb gelingt – auf den zweiten muss sie gelingen. Und auf diesen **zweiten Versuch, durch den Zusammenschluss unserer Länder unsere Republik für die Ewigkeit zu begründen**, auf diesen Versuch sind wir stolz. Und dieser Versuch muss gelingen durch unsere gemeinsame Tatkraft.“*⁴²

Das Protokoll vermerkt dazu „*stürmischen, lang anhaltenden, sich immer wieder erneuernden Beifall und Händeklatschen.*“ Man war sich ganz offenbar einig.

41 Mulley, Staatsgründung 1945. Bemerkungen zur personellen und föderalen Rekonstruktion der Republik Österreich im Jahre 1945, in: Bezemek et al (Hg), Länderkonferenzen 1945 (1995) 31.

42 Protokoll der 3. Sitzung der Länderkonferenz am 26. September 1945.

Meine Damen und Herren, es wäre vielleicht angebracht, bei diesem erhabenen Augenblick stehen zu bleiben, lassen Sie mich dennoch zum Epilog an die Peripherie, nach Vorarlberg, zurück kehren:

Dieser zweite Versuch, von dem Karl Renner sprach, ist, es wäre vermessen, das Gegenteil zu behaupten, geglückt und wir alle können stolz darauf sein. Wie gut er geglückt ist, möchte ich wieder an Hand einer ausländischen Stimme verdeutlichen:

Am 25. November 1945 wurden in ganz Österreich Nationalrats- und Landtagswahlen abgehalten. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb dazu am 30. November 1945 unter dem Titel „Die Geburtsstunde der österreichischen Demokratie“: „Letzten Sonntag boten die Wahllokale im (sic!) Vorarlberg ein ähnliches Bild, wie das bei Urnengängen in der Schweiz der Fall zu sein pflegt. Die Wahlen vollzogen sich in vollkommener Ruhe und Ordnung. Ihre Organisation war ganz in den Händen der einheimischen Behörden, die Besetzungsbehörden (sic!) blieben unsichtbar.“

Einen Unterschied musste das wohlwollende Weltblatt aus dem Musterland der Demokratie freilich feststellen: „Unsere österreichischen Freunde waren ganz überrascht, als wir ihnen sagten, es gebe in der Schweiz kein Frauenstimmrecht -, so selbstverständlich schien es ihnen, dass zur Demokratie auch das Stimmrecht der Frauen gehöre.“ Auch auf diese Selbstverständlichkeit dürfen wir stolz sein.

Die Bedeutung der Länderkonferenz für die Wiederbegründung der Republik

Konstituierung der Provisorischen Staatsregierung Renner

Die erste Sitzung des Kabinetts der provisorischen Staatsregierung Karl Renner fand am 29. April 1945 im Wiener Rathaus statt.¹ Die gemeinsam mit Vertretern der provisorischen Wiener Stadtverwaltung abgehaltene Sitzung endete mit einem Gang zum Parlamentsgebäude, der symbolischen Wiederinbesitznahme des Parlaments für die künftige österreichische Volksvertretung. Der provisorische Bürgermeister der Stadt Wien, Theodor Körner, begrüßte die Regierung als Hausherr: „So wie das Rathaus durch den Einzug seiner jetzigen demokratischen Verwaltung Wien von der Schande befreit und entschönt hat, so mögen Sie, Herr Staatskanzler, das Parlament, das Symbol der Freiheit der Republik, entschönen und befreien!“²

Die eigentliche Konstituierung der Provisorischen Staatsregierung erfolgte am Tag darauf in der 2. Sitzung des Kabinettsrates. Davor waren eingehende Parteienbesprechungen und die Zustimmung des sowjetischen Marschalls Fedor Tolbuchin notwendig gewesen. Bei der Bildung der Regierung trat Karl Renner führend auf. Schon im Brief an Stalin vom 15. April 1945, in dem sich Karl Renner für höhere Aufgaben empfahl, hatte er betont: „Ein weiterer Vorteil ist, dass ich als erster Kanzler der Republik Österreich mit den Modalitäten einer Staatsgründung wie mit der Einrichtung einer öffentlichen Verwaltung vertraut bin und mir daher zutrauen kann, das Werk der Wiedererweckung Österreichs aufzugreifen und anzubahnen.“³ In einem von ihm verfassten Proklamationsentwurf

1 Die folgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf den Kabinettsratsprotokollen der Provisorischen Staatsregierung Renner, die von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien (ÖGQ) in drei Bänden ediert wurden. Derzeit arbeitet die ÖGQ an der Edition der Ministerratsprotokolle der Regierung Figl I, vier von zwölf Bänden sind bereits erschienen.

2 Enderle-Burcel/Jeřábek/Kammerhofer (Hg), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Band 1, Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945 (1995) (Renner, Band 1) 2, Kabinettsratsprotokoll (KRP) Nr 1 vom 29. April 1945.

3 Kocensky (Hg), Dokumentation zur Österreichischen Zeitgeschichte 1945-1955 (1970) 26.

hieß es: „Im Einvernehmen mit allen demokratischen antifaschistischen Parteien Österreichs, mit Ausschluss der Faschisten und Nationalsozialisten, mit Zustimmung des Kommandos der besetzenden Roten Armee hat der erste Staatskanzler und letzte Präsident der demokratischen Volksvertretung der gewaltsam aufgehobenen ehemaligen Bundesrepublik Österreich Dr. Karl Renner als nächsten Schritt zur Wiederbefreiung unseres Volkes und zur Aufrichtung der selbständigen, unabhängigen, demokratischen Zweiten Republik Österreich die Bildung einer Staatsregierung und die Neuschöpfung der erforderlichen Zentralbehörden in Angriff genommen.“⁴

Diese Rolle des pragmatischen und erfahrenen Baumeisters des Staates füllte Renner bis zur Bildung der Regierung Figl mit zunehmend autoritären Tendenzen aus.⁵ Der Staatskanzler als Vorsitzender der Staatsregierung ging weit über seine Rolle als *primus inter pares* hinaus.⁶ Karl Renner hatte es stets verstanden, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten – von einsamen Entschlüssen bis zur Drohung mit dem eigenen Rücktritt – zu nützen.⁷

Renner griff in der Terminologie mit der Bezeichnung „Staatskanzler“ und „Staatssekretäre“ bewusst auf den Beginn der Ersten Republik zurück. Die Staatssekretäre waren Ressortchefs mit den Vollmachten von Ministern. Zur Erledigung der einzelnen Verwaltungsaufgaben war eine nicht genau fixierte Anzahl von Unterstaatssekretären vorgesehen. Den Staatssekretären waren Angehörige der anderen beiden Parteien als „kontrollierende“ Unterstaatssekretäre beigelegt. An der Staatsregierung waren alle drei von der sowjetischen Besatzungsmacht zugelassenen Parteien annähernd gleich stark vertreten. Die Österreichische Volkspartei stellte wie die Sozialistische Partei Österreichs elf Staats- und Unterstaatssekretäre, die Kommunistische Partei Österreichs neun, ergänzt durch drei parteilose Regierungsmitglieder.

Die Zusammensetzung der Provisorischen Staatsregierung wies einige Besonderheiten auf. Von den anfangs 34 Regierungsmitgliedern kamen 21 aus Wien und zehn aus Niederösterreich. Erst mit der Regierungsumbildung nach der Länderkonferenz im September 1945 kam es zu einer stärkeren Einbindung von Politikern aus den südlichen und westlichen Bundesländern. Die Zahl der Regierungsmitglieder stieg im

4 Proklamationsentwurf Renners, Kundmachung Nr 1, zitiert nach Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945-1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik (1955) 33.

5 Vgl exemplarisch Renner, Band 1, 368-380, KRP Nr 16/3 vom 10. Juli 1945.

6 Müller, Regierung und Kabinettsystem, in: Dachs/Gerlich/Gottweis/Horner/Kramer/Lauber/Müller/Tálos (Hg), Handbuch des politischen Systems Österreichs (1991) 121.

7 Pelinka/Welan, Demokratie und Verfassung in Österreich (1971) 190-192.

Laufe des Jahres 1945 weiter an, die Provisorische Staatsregierung war damit ein relativ großes Gremium. Dies lag wohl auch darin begründet, dass die Regierung Legislative und Exekutive vereinte.⁸ Für wichtige, schwierige und rasch zu treffende Entscheidungen wurde daher der Politische Kabinettsrat installiert. Ihm gehörten neben Staatskanzler Karl Renner drei Staatssekretäre ohne Portefeuille an, Adolf Schärf für die SPÖ, Leopold Figl für die ÖVP und Johann Koplenig für die KPÖ. Auffallend ist zudem die relativ große Zahl von 13 Regierungsmitgliedern der Provisorischen Staatsregierung, die während des Nationalsozialismus Verfolgung erlitten hatten. Die wesentlich kleinere Regierung Figl I mit durchschnittlich 17 Mitgliedern wies sogar zwölf bis 14 Politiker auf, die politischer Verfolgung ausgesetzt waren. Die Betroffenen waren auf die drei politischen Parteien ähnlich verteilt.

In den ersten Monaten ihres Bestehens musste sich die Provisorische Regierung Renner vor allem mit der sowjetischen Besatzungsmacht auseinandersetzen. Die Kabinettsratsprotokolle enthalten zahlreiche Beispiele für eine positive Zusammenarbeit. Laufend kam es zu Hilfestellung bei Ernährungs-, Versorgungs- und Wirtschaftsfragen. Der sowjetischen Weisung, „dass nicht allzu viele Gesetze gemacht werden, sondern dass wichtige praktische Arbeit gemacht wird“⁹, folgte die österreichische Regierung allerdings nicht. Neben den notwendigen wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen wurde die gesamte Verwaltung mit Hilfe zahlreicher Gesetze rasch wieder aufgebaut.

Die sowjetische Besatzungsmacht gab der Provisorischen Staatsregierung weit reichende Möglichkeiten der administrativen und legislativen Entfaltung, die mit den Bedingungen in den westlichen Bundesländern nicht vergleichbar war. Dabei spielte eine Rolle, dass die Sowjetunion durch die nicht unwesentliche Beteiligung der KPÖ an der Regierung indirekt Einfluss auf deren Tätigkeit zu nehmen versuchte.¹⁰

Die Förderung der Regierung Renner durch die Sowjets erregte allerdings Misstrauen bei den Westmächten und verzögerte die Ausdehnung der Autorität der auch als „Marionettenregierung“ bezeichneten Regie-

8 Durch die Vorläufige Verfassung ermächtigte die Provisorische Staatsregierung sich selbst zur „einheitlichen Leitung der staatlichen Gesetzgebung und der obersten staatlichen Vollziehung für alle Teilbereiche des Staates“. Vgl. StGBI Nr 5 vom 1. Mai 1945, § 4, Abs 2.

9 Renner, Band 1, 19, KRP Nr 4 vom 8. Mai 1945.

10 Stourzh, Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages (1975) 19.

rung Renner auf ganz Österreich und ihre Anerkennung durch die westlichen Alliierten bis 20. Oktober 1945.¹¹

Länderkonferenzen

Obwohl sich also der Wirkungsbereich der Provisorischen Regierung Renner zunächst auf die sowjetische Besatzungszone beschränkte, wurden vom Anspruch her alle gesetzlichen Maßnahmen für den Gesamtstaat geschaffen.

Mit Zufriedenheit registrierte die Regierung das erstmalige Zusammentreten des Alliierten Rates am 11. September 1945, der die Wiedervereinigung und den wirtschaftlichen Aufbau des Landes zur dringendsten Aufgabe erklärte und zwar „keine offizielle Anerkennung, aber anerkennende Worte“ über die Arbeit des Kabinetts brachte.¹² Die Regierung antwortete mit einem Aufruf an den Alliierten Rat, in dem sie einerseits ihre bisherigen Leistungen, andererseits die Notwendigkeit der Ausdehnung der Regierungsgewalt auf ganz Österreich sowie die Abhaltung von Wahlen betonte. Renner argumentierte gar mit dem „inneren Wesen des Österreichers, der in seiner ganzen Art allzeit fremdenfreundlich, friedliebend und den kulturellen Bestrebungen aller Nationen offen gewesen ist.“¹³

Im Vorfeld der Länderkonferenz gab es intensive Kontakte zu den Vertretern der einzelnen Alliierten. In informellen Gesprächen sollten die Haltungen und Erwartungen der Besatzungsmächte in Erfahrung gebracht werden. Die drei westlichen Alliierten standen der Länderkonferenz durchaus positiv gegenüber, erwarteten sie sich doch als deren Folge das Zurückdrängen des kommunistischen bzw. sowjetischen Einflusses auf die Provisorische Staatsregierung. In den Gesprächen ging es auch um die Ausweitung der Regierungsgewalt auf ganz Österreich und die Anerkennung der Regierung durch die Alliierten. Die

11 ÖStA (Österreichisches Staatsarchiv), AdR (Archiv der Republik), StK/AA (Staatskanzlei/Auswärtige Angelegenheiten), GZl 1.165-pol/1945 Länderkonferenz, Zl 1.650-pol/1945. *Enderle-Burcel/Jerábek* (Hg), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Band 3, Protokolle des Kabinettsrates 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945, Wien 2003 (Renner Band 3) 180 f, KRP Nr 36 vom 24. Oktober 1945.

12 Renner, Band 3, 3, KRP Nr 30/1 vom 12. September 1945.

13 Ebenda, 4.

Sowjetunion stand der Länderkonferenz skeptisch gegenüber, „sie fragen immer wieder, was wir von der Konferenz erwarten“. ¹⁴

Ein besonderer Dorn im Auge war den westlichen Alliierten der große Einfluss der Kommunisten auf den Sicherheitsapparat durch den Staatssekretär für Inneres Franz Honner und Dr. Heinrich Dürmayer als Leiter der Staatspolizei. Der US-amerikanische Diplomat und politische Berater des Hochkommissars General Mark W. Clark, John George Erhardt, versicherte in einer Unterredung am 19. September 1945 dem Vertreter des Amtes für die Auswärtigen Angelegenheiten bei der US-amerikanischen Delegation der Alliierten Kommission in Wien, Dr. Ludwig Kleinwächter: „Wir Amerikaner sind durchaus für die Anerkennung der Renner-Regierung, aber die Polizeiorganisation gefällt uns nicht.“ ¹⁵ Ähnlich äußerte sich der französische Hochkommissar Emile A. Béthouart, der in einer Unterredung erkennen ließ, „dass es besonders das kommunistische Innenministerium und darin ganz besonders die kommunistische Polizei sei, die ihn störe. Er sagte, ‚ob ein Sozialist oder ein Volksparteiler das Innenministerium verwaltet, geht uns nichts an und ist uns ganz gleich.‘ Aber ein Kommunist ist offenbar eine Schwierigkeit.“ ¹⁶ Und der „Chef des Politischen Büros im Großbritannischen Teil der Alliierten Kommission“, John W. Nicholls, teilte Staatskanzler Renner sein Unverständnis „über die Stellung der Kommunistischen Partei, von der so viele Schlüsselstellungen eingenommen würden, was ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht entspreche“, mit. ¹⁷

Am 20. September 1945 genehmigte der Alliierte Rat schließlich offiziell die Abhaltung der Länderkonferenz: „Der Alliierte Rat stimmt nach Erhalt eines Memorandums von Dr. Renner dessen Vorschlag zu, eine Konferenz der Ländervertreter einzuberufen. Auf der Konferenz sollen alle Länder und alle drei demokratischen Parteien vertreten sein. Der Gegenstand der Konferenz soll darin bestehen, in völliger Freiheit zu beraten, welche Erweiterung oder Reorganisation der Provisorischen Regierung notwendig ist, wenn eine solche erforderlich erscheint. Die Ergebnisse der Beratungen der Konferenz werden durch den Alliierten Rat erwogen werden. Der Alliierte Rat stimmt überein, dass jede Besatzungsmacht die Reise der Ländervertreter nach Wien erleichtern soll.“ ¹⁸ Die Alliierten sagten auch organisatorische Unterstützung zu, so

14 ÖStA, AdR, StK/AA, GZ 1.165-pol/1945 Länderkonferenz, ZI 1.205-pol/1945 Einberufung der Länderkonferenz.

15 ÖStA, AdR, StK/AA, GZ 1.165-pol/1945 Länderkonferenz, ZI 1.241-pol/1945.

16 Ebenda, ZI 1.238-pol/1945.

17 Ebenda, ZI 1.231-pol/1945.

18 Ebenda, ZI 1.274-pol/1945.

sollte ein amerikanisches Flugzeug die Delegierten aus den westlichen Bundesländern nach Wien bringen.

Die Durchführung der Länderkonferenz war schon alleine in organisatorischer Hinsicht nicht einfach. Die Einladungen mussten durch Boten ausgehändigt werden. Mit den Alliierten war zuerst die Frage der Reisebewilligung sowie der Genehmigung zum Überschreiten der Demarkationslinien für die Delegierten aus den südlichen und westlichen Bundesländern zu klären. Da es kaum regulären Reiseverkehr gab, der überdies höchst unzuverlässig war, nahm die Regierung das Angebot der westlichen Alliierten, die Bundesländervertreter mit eigenen Autos oder Flugzeugen nach Wien zu transportieren, gerne an. Auch die Hotelunterkunft für die Delegierten und deren Chauffeure war zu sichern und schließlich mit 1.552,34 RM zu bezahlen. Nicht zuletzt musste für die Beistellung von Rauchwaren gesorgt werden, das mit 544,50 RM zu Buche schlug.¹⁹

Vor der Länderkonferenz im September 1945 waren auch Renner gewisse Bedenken über sein Vorgehen bei der Staatsgründung gekommen. Zumindest fühlte er sich im Kabinettsrat kurz vor der Länderkonferenz bemüht, sein Handeln in den vorangegangenen Monaten zu rechtfertigen. Mehrmals betonte er im Kabinettsrat vom 19. September 1945, dass weder er noch die politischen Parteien oder die Regierungsmitglieder die Macht usurpiert hätten. Renner betonte, dass die Regierung „die vollste Legitimation“ besäße, „für den ganzen Staat zu handeln“ und eine „absolut vorgesehene und in der Tat bewiesene Überparteilichkeit“ an den Tag gelegt habe.²⁰ Für das weitere Vorgehen der Regierung meinte der Staatskanzler: „Ich bin dafür, dass wir das System der bewussten und institutionalisierten Überparteilichkeit bis nach den Wahlen beibehalten.“²¹ Als Grundlinie gegenüber den vier Besatzungsmächten formulierte Renner: „Jeder Gegensatz schlägt auf uns selbst zurück und trifft uns schwer. Deshalb sollten wir in allen Dingen die Verständigung suchen.“²²

ÖVP und SPÖ führten im Vorfeld der Länderkonferenz österreichweite Beratungen durch, um einheitliche Parteilinien festzulegen und Forderungen für die Länderkonferenz zu formulieren. Die Durchführung der Länderkonferenz und die Einigung auf gemeinsame Resolutionen stellten einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem föderalistischen Bundesstaat dar. Im Kabinettsrat wurde die Länderkonferenz penibel vorbereitet.

19 ÖStA, AdR, StK Präsidium, GZl 8.405-Präs/1945 Länderkonferenz, Zl 8.525-Präs/1945, Zl 8.541-Präs/1945 und Zl 8.666-Präs/1945.

20 Renner, Band 3, 45, KRP Nr 31 vom 19. September 1945.

21 Ebenda, 48.

22 Ebenda, 50.

Renner machte umfassende Vorschläge zu Tagesordnung und Verhandlungsführung, arbeitete auch die Resolutionsvorschläge der einzelnen Kommissionen aus. Der Kanzler war sich der Bedeutung der Länderkonferenz im Klaren, nichts sollte unvorbereitet oder dem Zufall überlassen sein.

Die Vorbereitung der Länderkonferenz stand im Mittelpunkt der Kabinettsratssitzung vom 19. September 1945. Renner betonte die Legitimität der Provisorischen Staatsregierung und empfahl selbstbewusstes Auftreten: „Ich möchte nicht, dass die Staatsregierung dort mit dem Gefühl eines mangelnden Rechts oder gar eines schlechten Gewissens erscheint, vielleicht mit dem Gefühl gar, auf der Anklagebank zu sitzen, weil man sich ein Recht usurpiert habe, wofür man hinterher Deckung suchen soll. Das wäre ein absolut falscher Gesichtspunkt (...). Also keine Schwäche, keine übertriebene Bescheidenheit, selbstverständlich nach der anderen Richtung kein Auftrumpfen!“²³

Verhandelt werden sollte bei der Länderkonferenz in einer politischen, einer juristischen und einer ökonomischen Kommission. Die zuständigen Staatssekretäre hatten Bericht über ihre bisherige Tätigkeit abzulegen und in straffer Verhandlungsführung einheitliche Resolutionen durchzusetzen. In der Folge erläuterte Renner, der glaubte, „ein bißchen Prophet spielen zu müssen in Bezug auf die mögliche Haltung der Parteien“²⁴, im Kabinettsrat die verschiedenen Szenarien der Verhandlungen in der Länderkonferenz und die notwendige Regierungstaktik in den Fragen der Regierungserweiterung, der Neuwahlen, der Wirtschaftspolitik, der Ernährung und der Entnazifizierung.

Der Beginn der Konferenz war mit Montag, 24. September 1945, 14 Uhr 30 im Niederösterreichischen Landhaus in der Herrengasse in Wien geplant. Wegen Reiseschwierigkeiten verspäteten sich die Tiroler und Vorarlberger Delegierten und Staatskanzler Renner konnte die 1. Sitzung der Länderkonferenz erst um 18 Uhr 25 eröffnen. An der Länderkonferenz nahmen neben den Mitgliedern der Staatsregierung in der Regel acht Vertreter jedes Bundeslandes teil. Auf die offizielle Eröffnung der Konferenz folgte die Begrüßung des Hausherrn, des Niederösterreichischen Landeshauptmannes Leopold Figl. Anschließend gab Renner eine ausführliche prinzipielle Erklärung ab, die von pathetischer Sprache gekennzeichnet war. Renner skizzierte aus seiner Sicht die bisherige Tätigkeit seiner Regierung. Als demokratische Legitimation der Staatsregierung sah er die Einbindung der drei Parteien. Als entscheidende

²³ Ebenda, 45-46.

²⁴ Ebenda, 47.

Fragen der unmittelbaren Zukunft nannte er die Anerkennung der Regierung durch die Alliierten, die Abhaltung von gesamtstaatlichen Wahlen, die Entnazifizierung und den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, der die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung beinhaltete. Als Ziel gab er die rasche Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit vor.

In den folgenden zwei Tagen wurden die Beratungen wie vorgesehen in drei Kommissionen abgeführt. Das Plenum verabschiedete schließlich zahlreiche von den Unterkommissionen vorbereitete Resolutionen.

Renner konnte seine Vorstellungen im wesentlichen durchsetzen und bilanzierte zufrieden: „Diese Länderkonferenz war ohne allen Zweifel ein großer politischer Erfolg.“²⁵ Entscheidend war die Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung durch alle Bundesländer. Gewisse Abstriche musste Renner nur bei der Erweiterung der Regierung machen. Statt einem geplanten Staatsamt für Verkehr mußte Renner einem eigenen Staatsamt für Äußeres in der Staatskanzlei zustimmen, das mit dem betont prowestlichen und Wien gegenüber kritisch gestimmten Tiroler Dr. Karl Gruber besetzt wurde. Die Schaffung eines Staatsamtes für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (mit dem Kärntner Ing. Vinzenz Schumy als Staatssekretär) sowie die Einsetzung zusätzlicher Unterstaatssekretäre im Staatsamt für Inneres (Dr. Josef Sommer) und im Staatsamt für Volksernährung (der ehemalige Vorarlberger Landeshauptmann Ing. Ernst Winsauer) folgte Renners Vorstellungen. Dies war ein bewusstes Zeichen an die der Regierung Renner skeptisch gegenüberstehenden westlichen und südlichen Bundesländer und ein symbolischer Akt zur Betonung eines einheitlichen Staates, der Etablierung der gesamtstaatlichen Autorität.

Insgesamt brachte die mit 26. September 1945 vorgenommene Erweiterung der Regierung zunehmenden politischen Einfluss der ÖVP und der Bundesländer. Aus gesundheitlichen Gründen wurde der Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft Rudolf Buchinger durch Josef Kraus, bisher Unterstaatssekretär im Staatsamt für Volksernährung, ersetzt.

Obwohl Renner gehofft hatte, dass es nicht notwendig weil auch nicht „wünschenswert“ sein werde, eine zweite Länderkonferenz einzuberufen, kam es am 9. und 10. Oktober 1945 zur zweiten Länderkonferenz, am 25. Oktober 1945 zu einer dritten. Auch auf diesen beiden Länderkonferenzen wurden die Verhandlungen in drei Kommissionen beibehalten. Bei der zweiten Länderkonferenz stand die Vorbereitung der für

25 Renner, Band 3, 68, KRP Nr 32/2 vom 29. September 1945.

den 25. November 1945 geplanten Nationalrats- und Landtagswahlen auf dem Programm. Erstmals wurde eine Entscheidung, nämlich über das Wahlrecht ehemaliger Nationalsozialisten, von der Staatsregierung an die Länderkonferenz delegiert. Nach einer langen kontroversiellen Diskussion im Kabinettsrat meinte der Kanzler: „Ich sehe auch keinen anderen Weg als den von Staatssekretär Raab zuletzt vorgeschlagenen, dass die Länderkonferenz die Sache bereinigen soll.“²⁶

Die dritte Länderkonferenz befasste sich neben der Verabschiedung eines „Winterprogramms“ vor allem mit der Novellierung des Verbots-gesetzes und des Wirtschaftssäuberungsgesetzes, also mit der Entnazi-fizierung.

In allen Länderkonferenzen wurden Ernährungsfragen ausführlich diskutiert. Am Ende der Länderkonferenzen standen Resolutionen der politischen, juridischen und ökonomischen Kommission. Äußerst umfangreich waren die Resolutionen der dritten Länderkonferenz, die beinahe alle Bereiche der Politik abdeckten und von Renner als künftiges Arbeitsprogramm der Regierung bezeichnet wurden.²⁷ Die Stellung der Provisorischen Staatsregierung gegenüber den Ländern stieg stetig. Hatte es in der ersten Länderkonferenz noch harte Debatten und Zugeständnisse an die Forderungen der westlichen Bundesländer gegeben, wurden die von Renner im Kabinettsrat am 24. Oktober vorgetragenen Resolutionsentwürfe von der Länderkonferenz am folgenden Tag fast unverändert angenommen.

Die erfolgreich durchgeführten Länderkonferenzen brachten eine notwendige Voraussetzung für die Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung Renner durch die Alliierten. Nach der ersten Länderkonferenz rechnete die Regierung täglich mit der Anerkennung, die aber vorläufig ausblieb. Renner, der Spannungen zwischen den Alliierten als Ursache der Verzögerung sah, meinte deutlich selbstbewusst: „Wir können nicht mehr von Tag zu Tag warten, bis die Anerkennung erfolgt. [...] Wir werden also so handeln müssen, als ob wir anerkannt wären. [...] Wir werden die mit der Länderkonferenz vereinbarten Staatsgesetze einfach für das ganze Staatsgebiet publizieren, die Staatsgesetzblätter hinaus-senden, sie durch unsere Landeshauptmänner den dortigen Komman-danten einhändigen, kurz wir werden uns einfach als Staatsregierung benehmen.“ Und dann, fast schon trotzig: „Sie sollen sich eine andere Regierung suchen, wenn sie glauben, eine finden zu können.“²⁸

26 Renner, Band 3, 102, KRP Nr 33/17 vom 3. Oktober 1945.

27 Renner, Band 3, 181-192, KRP Nr 36/1 vom 24. Oktober 1946.

28 Renner, Band 3, 114, KRP Nr 34/1 vom 12. Oktober 1946.

Am 20. Oktober 1945 stimmte der Alliierte Rat schließlich der Ausdehnung der Kompetenz der Regierung Renner auf ganz Österreich zu. Diese Zustimmung wurde als de facto-Anerkennung angesehen, die de jure-Anerkennung erfolgte erst nach der Bildung der Bundesregierung Figl im Jänner 1946.²⁹

Vorbereitung und Abhaltung der Wahlen

Die Abhaltung von Wahlen zählte zu einem der wichtigsten Ziele der Provisorischen Staatsregierung. Notwendig war dazu freilich die Ausweitung der Regierungsgewalt auf ganz Österreich und die Genehmigung der Alliierten. Schon vor der ersten Länderkonferenz entwarf Renner im Kabinettsrat ein Szenario zur Durchführung der Wahlen, das er bald darauf präzisierte.³⁰ Mitte November 1945 sollten gleichzeitig Nationalrats- und Landtagswahlen durchgeführt werden, der konstituierte Nationalrat und Bundesrat sollten als Bundesversammlung einen Bundespräsidenten wählen, „sodass wir zu Weihnachten eine fertige definitive Regierung besäßen.“³¹ Die penible Planung entsprach schließlich auch terminlich dem tatsächlichen Verlauf. Einige Fragen blieben allerdings noch ungeklärt und wurden in einem Komitee zur Vorbereitung der Wahlen im Staatsamt für Inneres, auf den weiteren Länderkonferenzen und im Politischen Kabinettsrat verhandelt. Dazu gehörten vor allem der Wahlausschluss ehemaliger Mitglieder der NSDAP, die Wahl des Bundespräsidenten, die Anlegung von Wählerverzeichnissen und organisatorisch-technische sowie logistische Schwierigkeiten der Durchführung.³²

Die Nationalratswahlen endeten mit einem Sieg der Österreichische Volkspartei, die 85 der 165 Mandate erzielte. 76 Mandate entfielen auf die Sozialistische Partei Österreichs und lediglich 4 Mandate auf die schwer enttäuschte Kommunistische Partei Österreichs. Die Provisorische Regierung demissionierte und wurde vom Politischen Kabinettsrat mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Konstituierung des Nationalrates und der Bestellung einer neuen Regierung betraut.³³

29 Vgl. die Ministerratsprotokolle der Regierung Figl I, Protokoll Nr 2/1 vom 9. Jänner 1946.

30 Renner, Band 3, 50-52 und 72-75, KRP Nr 31/1 vom 19. September 1945 und Nr 32/2 vom 29. September 1945.

31 Renner, Band 3, 51, KRP Nr 31/1 vom 19. September 1945.

32 Renner, Band 3, 76, KRP Nr 32/2 vom 29. September 1945.

33 Renner, Band 3, 333 f., KRP Nr 40/1 vom 28. November 1945.

Karl Gruber als „Mann des Westens“ – Zur Geschichte der ersten Länderkonferenz vom 24. bis 26. September 1945 und den Folgen

Vorbemerkung

Dieser Beitrag versucht, basierend auf der relevanten Forschungsliteratur und zT noch nicht ausgewertetem amerikanischen und französischen Quellenmaterial, auf folgende Fragestellungen einzugehen: Welche Rolle spielte Tirols Landeshauptmann Karl Gruber im Jahre 1945, vor allem in der offenen und spannenden Entwicklung im Vorfeld der österreichischen Länderkonferenzen,¹ insbesondere der ersten? Wie wurde er überhaupt zum „Sprecher des Westens“? Welche Wahrnehmungen und Auffassungen gab es von der provisorischen Regierung Karl Renner in Innsbruck und umgekehrt? Ist die Ansicht zutreffend, es habe unter Grubers Führung Bestrebungen zur Bildung einer westlichen Gegenregierung und somit Gefahren für eine Spaltung Österreichs gegeben? Welche Rolle spielten die Vorkonferenzen der westlichen VP-Vertreter in Salzburg im Juli, August und September? Was führte schließlich zur Einigung der ersten Länderkonferenz in Wien? Welche Rolle spielten Briten, Amerikaner, Franzosen und Sowjets?

1. Die Mission Braunsteiner, Nachrichten aus Wien und Renners Information über westliche Sonderpolitik

Erste Berichte über die Verhältnisse in Wien erhielt Gruber von dem ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und österreichischen Patrioten

¹ Siehe hierzu grundlegend Die Länderkonferenzen 1945. Dokumente und Materialien. Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Sonderband (1995).

Herbert Braunsteiner,² der vom 17. Mai bis 4. Juni 1945 als Vertrauensmann der Wiener ÖVP in den Westen des Landes geschickt worden war, die Enns durchschwommen und sich durch die russischen Grenzwachen geschlichen hatte, um die Lage in Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Südtirol und Kärnten zu sondieren und Verbindung mit bürgerlich-konservativen Kreisen aufzunehmen. Die Amerikaner waren über dessen Mission informiert.³ Nach einem Besuch bei Bischof Paulus Rusch und Landesrat Anton Hradetzky traf Braunsteiner mit Gruber zusammen. Braunsteiner schilderte die Begegnung in einem Zeitzeugengespräch wie folgt:

„Gruber war ein sehr intelligenter Mensch, und ich glaube – das ist meine persönliche Meinung –, dass er wusste, dass er auf Dauer nicht Landeshauptmann in Tirol bleiben würde, sondern der Bauernbund und alles, was in diesem Land war, wieder an die Macht drängen würde. Gruber sprach sehr offen mit mir und fragte mich, wie ich mir die Regierung vorstellen würde. Natürlich wäre das eine provisorische Regierung, aber die endgültige würde gesamtösterreichisch sein und föderativ wirken. Ich glaube, dass ich ihm damit schon einen Hinweis gab, dass da für ihn Platz wäre.“⁴

War Tirols Landeshauptmann über die Lage der Volkspartei in Wien unterrichtet, so blieben Nachrichten über die Haltung der Sozialdemokraten, vom Chef der provisorischen Regierung, zunächst spärlich. Dies sollte sich ändern, als der gebürtige Innsbrucker Ingenieur Karl Maly, der als Informant für die Anglo-Amerikaner arbeitete, mit einem Ausweis des Military Government durch Österreich fuhr und Anfang Juni

-
- 2 *Rauchensteiner*, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, (1987) 49 f; *Braunsteiner*, Der Aufbau der Österreichischen Volkspartei bundesweit, in: Christliche Demokratie 4 (Juni 1986), Heft 2, 91-94. Angaben Grubers zufolge war auch sein Kamerad aus der Zeit des Widerstands, Walter De Comtes, als Kundschafter zwischen Ost- und Westösterreich tätig, vgl. *Gruber*, Die Reise ins Ungewisse, in: Salzburger Nachrichten [1965], Dokumentation: 20 Jahre 2. Republik, VII. Siehe auch die grundlegende Arbeit von *Eisterer*, Französische Besatzungspolitik in Tirol und Vorarlberg. Aspekte der sozialen politischen und ökonomischen Entwicklung 1945/46, phil Diss 1990; publiziert unter dem Titel: Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9) (1991); eine komprimierte Fassung seiner Forschungen auch in: *Rauchensteiner/Etschmann* (Hg), Österreich 1945. Ein Ende und viele Anfänge (Forschungen zur Militärgeschichte 4), 1997, 229-246.
 - 3 Austrian Report No 7, The Foundation of the Renner Government, 7.6.1945 von Lorenz Eitner, 2nd Lt. der Research and Analysis Headquarters 2677th Regiment OSS (PROV) APO 512 U.S. Army. National Archives Record Administration (NARA), Washington/DC, College Park, Maryland, Record Group (RG) 260, ACA Austria, Box 870, Folder: H II Austrian Govt. Background Material II.
 - 4 *Braunsteiner*, „So blieb mir nichts anderes übrig, als die Enns zu durchschwimmen“, in: Wohnout (Hg), Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich 1 [1997] (1997) 71-86, hier 82 ff, 83.

in Tirol eintraf, um mit der ÖWB und den Sicherheitsstellen Fühlung zu nehmen. In Wien führte er seinen Angaben zufolge ein Gespräch mit Renner, dessen Inhalt Fritz Molden an Karl Gruber weiterleitete und für den Landeshauptmann aufschlussreich gewesen sein dürfte:

„Die Russen halten das von ihnen besetzte Gebiet hermetisch abgeschlossen. Fremder darf niemand hinein, auch keine Amerikaner [...]. An den Grenzen wurden wir von russischen Offizieren abgeholt, die uns gleich in das Gästehaus nach Wien brachten. Renner hat sich ganz auf die Russen abgestimmt. [...] Er [Renner] müsse vollkommen mit den Russen zusammenarbeiten, er hoffe aber, dass er nach den Verhandlungen den größten Teil von Österreich freibekommen werde. In Wien ist man der Meinung - und dies ist auch die Meinung von Renner, dass sich hier in Innsbruck eine 2. österr. Regierung bilde. [...]“⁵

Maly blieb bis zum 7. Juni in Innsbruck. Das Sicherheitsbüro erkannte richtig, dass er zwei Herren diene, zumal er „weitgehend durch linksradikale bzw russisch angehauchte Ideen beeinflusst zu sein“ schien. Seine Angaben, soweit sie Wien und die russische Zone betrafen, wurden mit Skepsis aufgenommen, doch war er in der Lage, seine Aussagen über die Tätigkeit in Oberösterreich und die Kooperation mit US-Stellen dokumentarisch zu belegen. Abschließend hieß es, dass Maly „zweifelsohne in positiver Weise am Wiederaufbau Österreichs tätig“ sei.⁶

Der Tiroler Landeshauptmann war im Juli 1945 offenbar nicht willens, ein Arrangement mit dem österreichischen Staatskanzler einzugehen. Als dieser seine Fühler ausgestreckt hatte, wies der Tiroler diese schroff zurück, wie ein OSS-Agent berichtete:

„Informant states that on about 9 July 1945, Gruber received a letter from Renner, thanking him for his alleged request to subordinate his regime to the Renner Government. Gruber denies having sent such a message, and was incensed by the so-called answer. He is reported to have written Renner to the effect that he does not consider the Vienna regime representative and that he would not accept order from it.“⁷

Die Grundaussage dieses Dokuments wird durch eine andere Quelle bestätigt. Der Staatskanzler war durch einen eigenen Kurier über die politische Lage in den westlichen Ländern relativ gut unterrichtet. Von

5 Bericht des Sicherheitsbüros Tirol/Security Office Tyrol, 4.6.1945. Tiroler Landesarchiv (TLA), Innsbruck, Akten des Herrn LH 1945/46, Berichte, Fasz 1.

6 Ebd.

7 Vgl Punkt 9 in: Report „Political Meeting to be Held in Salzburg“, 21.7.1945“. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181.

Karl R. Stadler, der als erster aus dem authentischen Bericht publizierte,⁸ wissen wir, dass es sich um Ernst Lemberger handelte, der später an der österreichischen Botschaft in Washington und in Brüssel bei der EWG akkreditiert war. Am 14. Juli besuchte er den Tiroler Landeshauptmann.

Alarmierend waren dann für Renner die Informationen über „westländische Sonderbestrebungen“, die durch Nichtanerkennung seiner Regierung auf eine bedrohliche Einwirkung seines Amtsbereichs hinausliefen. Urheber seien Mitglieder älterer Parteiformationen und Sondergruppen, die in Gruber „einen Führer gewonnen zu haben“ schienen. Dieses Wort allein musste schon alarmierend wirken. Über die politischen Auffassungen des Landeshauptmanns berichtete Lemberger folgendermaßen:

„Die westlichen Bundesländer der Republik Österreich erklären sich mit der zur Zeit in Wien aufgestellten Provisorischen Regierung nicht einverstanden. Es wurde mir versichert und dies sehr betont, dass man den Staatskanzler Dr. Renner sehr schätze und ihn unbedingt als Staatskanzler der Republik Österreich weiter an der Spitze der österreichischen Regierung sehen möchte, aber mit den derzeitigen in Wien stehenden Regierungsmitgliedern nicht einverstanden sei. Man wünsche keine Staatssekretäre, sondern wieder Minister. Die Regierungszusammensetzung soll ferner aus 50% konservativen Gruppen und 50% Links- und Rechtsparteien bestehen.

Es wird daher am 29. Juli 1945 in Salzburg eine Konferenz der westlichen Bundesländer stattfinden, die das Ziel hat, ein Verhandlungskomitee zu gründen, welches dann über die erwähnten Punkte mit der Wiener Regierung in Verhandlung treten soll.“⁹

Wie der Kurier des Staatskanzlers weiter berichtete, befänden sich die kommunistischen und sozialistischen Landesregierungsmitglieder in Unkenntnis der Konferenz, damit wäre nur die Volkspartei vertreten. Die übrigen Parteienvertreter in Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Kärnten seien damit selbstverständlich nicht einverstanden. Klarheit müsse erlangt werden, ob das Treffen in Salzburg „auf einstimmigen Beschluss der Landesregierung oder nur von einigen Aufbauschern in Szene gesetzt“ werde. Gruber habe sich jedenfalls „bemüht“ mitzuteilen, „dass entsprechend der zentralen Lage Tirols zwischen den westlichen Bundesländern er als Landeshauptmann voraussichtlich den Vorsitz

8 Stadler, Adolf Schärf. Mensch, Politiker, Staatsmann (1982) 209 f.

9 Diese Passage ist bereits abgedruckt in: Stadler, Adolf Schärf, 214; Dass Gruber von Renner „eine gute Meinung“ hatte, bestätigte er bei einem Symposium über Renner im Jahre 1980, vgl. Gruber, Karl Renner wurde rot im Gesicht!, in: Nasko (Hg), Karl Renner in Dokumenten und Erinnerungen (1982) 205-207, hier 205.

dieser Salzburger Konferenz führen werde".¹⁰ Als der Kurier den Kärntner Landeshauptmann hiervon unterrichtete, war dieser „darob sehr ent-rüstet“. Er erklärte, es käme nicht in Frage, „dass sich die Kärntner Regierung mit einem Vertreter bei dieser Konferenz einfinden würde“.¹¹

Für Renner war aufgrund dieser Mitteilungen über Grubers Vorhaben Handlungsbedarf gegeben. Er teilte Adolf Schärf das Ergebnis der Kurier-reise mit und ließ wissen, dass die Staatsregierung eine Länderkonferenz sämtlicher Landesregierungen nach Wien einberufen müsse, wenn erfor-derlich auch eine Zusammenkunft aller Landesobmänner aller drei Parteien, „um die Wünsche der Länder entgegenzunehmen“. Renner schätzte die Tendenzen für eine von gewissen Kreisen gesteuerte Sonderpolitik in den westlichen Ländern gefährlich genug ein. Die Ver-antwortlichen aller drei demokratischen Parteien sollten noch vor dem 29. Juli in die Pflicht genommen werden, „ihren Einfluss im Sinne der Einheit der Staatsverwaltung und Staatsregierung auszuüben“.¹² Von den provi-sorischen Länderregierungen konnte Renner eine derartige Erklärung selbstverständlich noch nicht fordern.

Seine Befürchtungen gingen zu weit, denn Grubers Bedenken rich-te-ten sich lediglich gegen die personelle Zusammensetzung der proviso-rischen Regierung, nicht jedoch gegen eine Regierung der Einheit.¹³ Die in Salzburg anberaumte westliche VP-Länderkonferenz hatte eine bemerkenswerte Vorgeschichte, die zunächst behandelt werden muss, um dann auf die parteipolitische Entscheidung Grubers und seine Haltung gegenüber Wien weiter einzugehen.

2. Wie wurde Karl Gruber „Mann des Westens“?

Bereits am 8. Juli war eine Besprechung der Ländervertreter aus Tirol und Salzburg bei Anwesenheit beider Landeshauptleute, Karl Gruber und Adolf Schemel, zur Vorbereitung einer ersten ÖVP-Länderkonferenz für

10 Bericht „Mitteilungen des Staatskanzlers: Die Lage in den westlichen Ländern“ [Juli 1945, basierend auf Lembergers Bericht], 20. Verein zur Geschichte der Arbeiter-bewegung (VGA), Wien, Schärf Nachlass, Mappe 4/175, Box 25 (detto in Mappe 4/281, Box 43), 19.

11 Ebd., 21.

12 Ebd., 21. Vgl. auch *Feichtenberger*, Die Länderkonferenzen 1945 – Die Wieder-errichtung der Republik Österreich, phil Diss (1965) 173-195; Nach *Rauchensteiner*, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955 (1979) 120, hatte Renner jedoch bereits im April 1945 erwogen, seine provisorische Regierung um Vertreter der westlichen Länder zu erweitern.

13 Report „Karl Gruber and Dissatisfaction with the Provisional Government in Vienna“, 20.5.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 180, Folder 2.

den 29. Juli angesetzt worden.¹⁴ Grubers Teilnahme von Amtswegen musste Bedenken erregen. Französische Beobachter sahen sie mit gemischten Gefühlen: „He was censured and threatened with removal by a Lt. Col. Lebeau, while he was complimented for his initiative by Commandant Roger of the French Foreign Office.“¹⁵ Unterschiedliche Meinungen alliierter Dienstgrade, wobei wie in diesem Fall ein Oberleutnant mit Entlassung drohte, während ein Major seine Initiative begrüßte, hielten Gruber längst nicht mehr ab, eigene Entscheidungen zu treffen. Ganz im Gegenteil waren sie ihm ein Ansporn, nun selbst zu handeln. Er hatte schon in seiner Berliner Zeit im Krieg bewiesen, dass er mit Militärs und sonstigen Vorgesetzten geschickt umgehen konnte. Sollte er etwa nun „von Pontius zu Pilatus laufen“, um die Erlaubnis für die Salzburger Besprechung einzuholen? Eine derartige Handlungsweise hieße ihn falsch einschätzen.

Auffallend am VP-Treffen war tatsächlich, dass der Landeshauptmann teilnahm, ohne Parteiobmann Hans Gamper in Kenntnis gesetzt zu haben, zweifellos eine schwerwiegende Brückierung. Am 31. Juli diskutierten die Vertreter der Volkspartei das Salzburger Ergebnis. Gamper war begreiflicherweise aufgebracht, glatt übergangen worden zu sein. Wie der in Salzburg anwesende Bauernvertreter Josef Muigg berichtete, hatte der Landeshauptmann „den Einlader gespielt“, obwohl er zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht Mitglied der ÖVP Landesgruppe Tirol war.¹⁶

Kollegialität war nicht seine starke Seite, wenn es um eigene Interessen ging. Der Vorgang, der nicht als Jux, sondern als ziel-gerichtetes Verhalten zu deuten ist, zeigt die Unverfrorenheit und Bissigkeit, mit der Gruber selbst gegenüber leitenden Mitgliedern der Partei auftrat, der er

14 Vgl. die Reports „Political Meeting to be Held in Salzburg“, 21.7.1945“ und „Conference of Volkspartei Representatives“, 29.7.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181 und die Protokolle abgedruckt in: Gehler (Hg), Karl Gruber. Reden und Dokumente 1945-1953. Eine Auswahl (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 2), 1994 [29.7.1945], 60-67, [19.8.1945] 68-75; Die von Reichhold, Die ÖVP vom 17. April bis 25. November 1945, in: Christliche Demokratie 4 (Juni 1986), Heft 2, 95-103, hier 101 und Reichhold, Geschichte der ÖVP (1975) 111 sowie basierend darauf auch bei Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955 (1979) 120, angeführte erste Phase der ÖVP-Bildung – so Reichhold – „mit einem Treffen Figls, Raabs und Weinbergers mit den ÖVP-Landespolitikern der westlichen und südlichen Bundesländer in Salzburg am 23. Juni [sic!]“, welches nach der Erkundungsfahrt Braunsteiners zustande gekommen war, ist mW bisher nicht belegt.

15 OSS-Bericht „Austria, French Activities in Innsbruck“, 3.8.1945, in: Rathkolb (Hg), Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung (1985) 388.

16 Protokoll über die erweiterte Parteileitungssitzung vom 31.7.1945 und Bericht über die Konferenz in Salzburg, LR Muigg. AKVI, Material Botschafter Steiner Südtirol/Tirol; Report „Political Meeting in Innsbruck to Elect a National Government“, 17.8.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181.

anzugehören wünschte, wenn diese ihm im Wege standen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass Gruber unter amerikanischem Druck handelte, wenn diese sein Erscheinen als Landeshauptmann auf einer Parteiversammlung nicht nur duldeten, sondern ihn sogar als Hauptredner zuließen. Also war es vielleicht doch eine Intrige, die durchaus im Sinne Grubers war, denn nichts würde näher liegen, als die Annahme, dass die Westmächte ihn als einen der Spitzenpolitiker einer möglichen Gegenregierung in Bereitschaft hielten. Der Fall trat schließlich dank der politischen Vernunft der Beteiligten nicht ein, zeigt aber auch, dass ein nicht denkunmöglicher Separatismus scheitern musste, wenn Landespolitiker nicht mittaten.

Muigg führte aus, dass sich seine Erwartungen nicht erfüllten. Ferdinand Graf, Generalsekretär des Österreichischen Bauernbundes, hatte Heinrich Gleissner nach Linz eine Warnung überbracht, wonach „Gruber eine Stellungnahme gegen Wien aufziehen wolle, dass die Wiener Regierung nicht anerkannt [...], ja dass eine Art Gegenregierung aus den Bundesländern etabliert werden soll“. Deshalb habe Gleissner nur zwei Vertreter, darunter Landesobmann Zehetner entsandt. Aus der Steiermark und Kärnten war trotz Einladung niemand erschienen. Damit sei das Treffen keines der Landeshauptleute, sondern eines der ÖVP-Vertreter gewesen.¹⁷ Im Ergebnis war Gruber also gescheitert, wenn er eine Art Doppelfunktion als Landeshauptmann und ÖVP-Prätendent beabsichtigt haben sollte, in Österreich an erster Stelle zu stehen, was aber eher unwahrscheinlich ist.

Muigg berichtete weiter: Die Parteiorganisation solle in allen Ländern errichtet werden, das Generalsekretariat in Salzburg sein. Er sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden, sowohl hinsichtlich des Programms der Besprechung „als auch hinsichtlich anderer Dinge“. Muigg habe darauf verwiesen, dass in Tirol über die zweite bürgerliche Partei noch keine völlige Einigung erreicht sei. Eine zweite Rechtspartei gelte es „unter allen Umständen“ zu verhindern. Vertreter der westlichen Alliierten waren anwesend und im Bilde, hatten aber in die Debatte nicht eingegriffen. Hauptredner sei Gruber gewesen. Muiggs Darstellung zufolge hatte er „allseits einen sehr guten Eindruck hinterlassen und einzelne waren ganz begeistert über seine Ausführungen und man hat ihm fast in allen Dingen zugestimmt“. Gamper legte gegen den Vorgang Verwahrung ein: Es gehe nicht an, dass jemand, der gar nicht bei der Partei sei, für sie spreche und handle. Oberstleutnant Lorenz Eitner räumte ein, dass er vom parteipolitischen Aspekt des Salzburger Treffens unterrichtet war, weil sein Neffe amerikanischer Offizier sei. Er schlug vor, einen

17 Protokoll, ebd.

Ausschuss einzusetzen, der das Programm studieren und sich auf die nächste Konferenz vorbereiten solle. Muigg gab zu, dass es ein Fehler war, Gamper nicht einzuladen. Es wäre aber ungut gewesen, den gerügten Umstand auf der Konferenz vorzubringen. Der Wunsch zu einem Treffen sei ursprünglich von Gleissner ausgegangen, worauf Gruber den Einlader gespielt habe. Er hatte laut Muigg „selbst nicht recht verstanden, was es werden soll“. Ernst Würtele pflichtete Gamper bei, dass Gruber keine Legitimation besessen habe, worauf Jenewein einwarf, das Positive dürfe nicht übersehen werden. Salzburg sei „ein großer Schritt nach vorwärts“. „Der Zusammenschluss aller nicht rot-besetzten Länder sei notwendig.“ Man müsse jedoch verlangen, dass die Einladungen an die Tiroler Volkspartei gehen sollten. Legitimiert sei der Parteibmann oder ein von ihm nominierter Vertreter. Der Gamper-Gefolgsmann Jenewein hatte inzwischen von nicht-österreichischer Seite ebenfalls erfahren, dass das Ganze vom Landeshauptmann „gemanaged“ worden sei, er „einen sehr guten Eindruck auf die anderen gemacht hat und die Situation stets in der Hand hatte“. Jenewein schlug einen Weg vor, der Zustimmung fand: „Es würde die Tiroler Interessen schädigen, wenn es wegen dieser Sache zu einem Kampf zwischen Landeshauptmann und TVP käme. Es ist aber auszusprechen, dass die TVP bedauert, dass ihr Obmann nicht eingeladen worden wäre und dass Dr. Gruber sich endlich einmal entscheiden soll.“ Die erweiterte Parteileitung kam zum Schluss, „dass L.R. Muigg in Salzburg vor vollendeten Tatsachen stand und er nicht anders handeln konnte, weiters, dass O. Lt. Eitner mit der Staatspartei weiter verhandeln soll“.¹⁸

Damit war die Rechnung Grubers aufgegangen. Tatsache war, dass er durch die von ihm geduldete oder veranlasste Absenz Gampers, ohne Legitimation für die Tiroler Volkspartei sprach und als Landeshauptmann auch das parteipolitische Heft stärker an sich riss, so dass seine Position im westösterreichischen Lager unangreifbar wurde. Eine brillant eingefädelte Intrige mit der bizarren Folge, dass er, um einen Skandal zu vermeiden, gebeten werden musste, der ÖVP nun endlich beizutreten, so dass er immer noch die Wahl einer anderen Entscheidung hatte. Man hätte sich gewünscht, dass der spätere Außenminister in anderen Situationen mit ähnlicher Raffinesse vorgegangen wäre. Andererseits ist begreiflich, dass die Kräfte sich in Tirol selbst verstärkten, um ihn nach Wien abzuschieben, womit auch ihm wiederum gedient war. In seiner eigenwilligen Art als Landeshauptmann schob Gruber also Gamper bei-seite. Nicht nur mit dessen weiterer Gegnerschaft war zu rechnen,

18 Ebd.; vgl auch die zweite Phase des ÖVP-Formationsprozesses mit Errichtung des „Generalsekretariats West“ bei Reichhold, Die ÖVP vom 17. April bis 25. November 1945, 101.

sondern auch mit der anderer VP-Kreise, von den Sozialdemokraten gar nicht zu sprechen, so dass in Tirol wahrscheinlich über 50% der politisch maßgebenden Szene gegen ihn war. Eine bemerkenswerte Konstellation, wenn man bedenkt, dass Gruber sich die Möglichkeit geschaffen hatte, als „Vertreter des Westens“ im Volkspartei-Verbund der westlichen Länder zu erscheinen.

Seine Rolle als „Sprecher der westlichen Bundesländer“¹⁹ im Sommer und Herbst 1945 war mitentscheidend für den folgenden Karrieresprung, der nicht nur auf seinen bloßen Ruf nach Wien zurückging, sondern maßgeblich auf einen zweifellos genialen Zug in seiner Persönlichkeit, das Richtige zu tun, wenn es um seine Laufbahn ging. Dann schreckte er auch vor unkonventionellen Handlungen nicht zurück. Die Provokation der Tiroler Parteileitung begünstigte seine Karriere in Wien. Er hatte offenbar damit gerechnet, dass man den Schleier über die Salzburger Affäre breiten würde. Die Rolle, die Landesrat Muigg bei dieser Intrige spielte, bedürfte noch der Aufklärung. Orientierte er Gamper ebenfalls nicht, so wäre seine „Komplizenschaft“ erwiesen. Es ist nicht ganz begreiflich, warum Gamper selbst so isoliert war, dass er von dem sich anbahnenden Vorgang in Salzburg nichts erfuhr. Wie man die Sache auch betrachtet, es war ein Meisterstreich des Landeshauptmanns.

Noch war er nicht sicher, ob die Volkspartei die Mehrheit im Land erringen würde, er zögerte daher noch mit dem Beitritt. Die Salzburger Aktion zeigte Wirkung, die provisorische Regierung zog es vor, ihn in Wien unter Kontrolle zu haben. In eine Rangstufe unter Landeshauptmann, wenngleich weitgehend provisorischen Charakters, durfte man ihn nicht einstufen. Also winkte die Stelle eines Staatssekretärs, in welchem Referat war noch ungewiss. Der Routinier Renner würde sich zweifellos etwas einfallen lassen, um den jungen Mann die Zügel anzulegen. Dieser hatte aber in der Rüstungsindustrie des Dritten Reiches gegenüber seinen kollegial eingestellten „preußischen“ Vorgesetzten soviel an Selbstbewusstsein gezeigt, dass er wohl annehmen durfte, auch in Wien erfolgreich zu sein. So deutlich hatte er sich bisher als „Mann des Westens“ noch nie gezeigt, was eine Änderung seiner Haltung nicht ausschloss. Hierfür war er genügend politischer *self made man*, als Typus jener Seltsamkeiten, die Umbruchszeiten hervorbringen. Rücksichtslosigkeit und Egoismus trugen mit zu dieser Konstellation bei: Der „Mann des Westens“ war zu einem guten Teil selbsternannt, was sich in die vielen Provisorien und Sonderbarkeiten des Jahres 1945 nahtlos einfügt.

19 Vgl. auch *Rauchensteiner*, Der Sonderfall 123, basierend auf Angaben Grubers, wonach dieser zum Vertreter des Westens nominiert worden sei.

3. Fusion der „Staatspartei“ mit der „Volkspartei“

Französische Beobachter, die Informationen vom OSS zugespielt erhielten, stuften Gruber als „Betriebsbudel“ („animateur“) der Staatspartei ein. Sein Ziel sei es, „d'orienter le Centre entre les socialistes et les ultra conservateurs“. Ein christlichsozialer Gewährsmann betrachtete den Landeshauptmann „comme un monarchiste possible [sic!], partisan de certains elements Nazis ou Heimwehr [sic!], organisateur de valeur, mais sans experience politique“. Waren die ersten Beurteilungen falsch, so trafen die letzten zu. Es erschien immerhin zweifelhaft, „que les anciens socialistes chrétiens se joignent au nouveau groupement; ils préféreront plutôt agir independamment“.²⁰ Der Bericht erweist die Trivialität in der Berichterstattung alliierter Geheimdienste und welche Zufälle bei der Überlieferung von Informationen und der Wahl von Persönlichkeiten in den zu vergebenden Regierungsämtern mitgespielt haben dürften (Vgl auch die Ablehnung von Ing. Julius Raab durch die sowjetische Vertretung). Allerdings war es für so manchen Ausländer im Nachrichtendienst nicht immer einfach, werdende Politiker, die selbst noch taktierten, richtig einzuschätzen. Gruber wurde nicht nur von Seiten des OSS, sondern auch von späteren Historikern mit legitimistischen Ideen in Verbindung gebracht. Die in nachrichtendienstlichen Dokumenten auftauchende These, er habe mit der Parteineugründung die Restauration einer Monarchie begünstigen wollen,²¹ ist nicht haltbar.

In der Zeit der Formulierung des Staatspartei-Programms erwies sich für Gruber der Bauernbund als „das gesunde und stabilisierende Element“ des künftigen politischen Systems. Diese mächtige Interessensvertretung erklärte sich jedoch zur Mitwirkung nur bereit, wenn die „Tiroler Volkspartei“ sich mit der Staatspartei fusionieren würde. Diese Aussage war für Gruber richtungsweisend. Innerparteiliche und bundespolitische Erwägungen kamen hinzu: Mit Sorge beobachtete er, dass die Staatspartei Gefahr lief, „weniger zum Sammelbecken der Mittelschichten

20 Étude de la Situation en Autriche Rapport Général, L.B./L.P. Q.G. du 15ème Groupe d'Armée Bureau du Chef de Section G2 Secret Intelligence Summary n. 4, 20.6.1945. Ministère des Affaires Étrangères (MAE), Z Europe Autriche 1944-1949, Vol 95, Fol 22 f.

21 Report „Conditions in the Tirol and Vorarlberg“, 8.6.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 180, Folder 2, in dem es heißt: „According to informant, no recognized officials of a provincial government are functioning in the Tirol, with the exception of Karl Gruber, the Landeshauptmann, who is a potential Monarchist and supporter of Heimwehr and Nazi elements.“ – Erste Information ist zutreffend, die letzten drei hingegen sind falsch; vgl auch Rathkolb (Hg), Gesellschaft und Politik, 375 und darauf basierend: Stifter, Die Wiederaufrüstung Österreichs. Die geheime Remilitarisierung der westlichen Besatzungszonen 1945-1955 (Wiener Zeitgeschichte-Studien 1) (1996) 118.

als der rechtsradikalen Gruppen“ zu werden, „die heimatlos geworden waren und vorerst zwischen den Fronten standen“. Die Entwicklung im Osten Österreichs ließ es empfehlenswert erscheinen, „am rechten Flügel nicht Zersplitterungen zu begünstigen, sondern eine starke geschlossene Front aufzurichten“.²² Er ließ, wie auch aus einer späteren Publikation ersichtlich, das Projekt „Staatspartei“ fallen, weil eine „Spaltung der Abwehrkräfte gegen die bolschewistische Angriffswelle“ zu befürchten war.²³

Die Fusion der beiden Rechtsparteien wurde von der französischen Besatzungsmacht begrüßt, was die zentrale Rolle des Bauernbundes bestätigt, der angeblich 70% der Bevölkerung repräsentierte. Die Fusionsforderung des Bauernbundes wird auch von einer französischen Quelle bestätigt: Dieser hatte beschlossen, sich keiner der Parteien anzuschließen, solange sich diese nicht vereint hätten. In diesem Sinne wirkte vor allem der mit Gruber befreundete Muigg.²⁴

In der dritten Juliwoche begannen die Verhandlungen. Für die VP vermittelten Alois Grauss, Josef Muigg, Alfons Weißgatterer, Lorenz Eitner, Ernst Würtele und Franz Jenewein, für die Staatspartei ua Eduard Reut-Nicolussi und Anton Melzer. Am 23. Juli wurde beschlossen, „zur Schaffung einer breiten, alle aufbauwilligen Kräfte des Landes umfassenden, politischen Organisation“ die Gründung einer „Österreichischen Volkspartei“ zu beantragen. Die Sitzung wurde dann bis zum 2. August vertagt. Bis dahin sollten von jeder der beiden Parteien für jeden Bezirk des Landes drei Personen zur Auswahl als Bezirksvertreter namhaft gemacht werden. Die Entscheidung wurde gegen die Stimmen von Würtele und Jenewein, dem Vertrauensmann Gampers, angenommen.²⁵

Gruber datiert den Beginn der wochenlangen Fusionsverhandlungen auf „Anfang Juli“, wobei er aus taktischen Gründen an der Debatte in der Öffentlichkeit nicht teilnahm. Die Verhandlungen waren aus seiner Sicht für die Staatspartei „nicht übermäßig befriedigend“, doch hatte man sich durch den Zusammenschluss innerhalb der neu gebildeten Volkspartei „einen beachtlichen Einfluss gesichert“.²⁶

22 Manuskript „Politik in Tirol“, 11. KGA (Karl Gruber Archiv), Institut für Zeitgeschichte/ Universität Innsbruck, Karton 21, 13.

23 Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich (1953?) 30.

24 Rapport du 31 août 1945. MAE, Z Europe Autriche 1944-1949, Vol 95, Fol 314-316, hier 316.

25 Beschlussprotokoll der gemeinsamen Vertretersitzung der Tiroler Volkspartei und der Demokratischen Österreichischen Staatspartei in Innsbruck, Landhaus Zimmer 752, am 23.7.1945. Archiv des Karl-von-Vogelsang-Instituts (AKVI), Wien, Material Botschafter Steiner Südtirol/Tirol.

26 Politik in Tirol, 13.

Er bezeichnete sich rückblickend als Obmann der „eher von den Jungen des Widerstandes begründeten Staatspartei“, was jedoch durch authentische Quellen nicht bestätigt wird.²⁷ Reut und Melzer hatten für ihre programmatisch-ideologische Ausrichtung wohl mehr Gewicht, wobei Ludwig Reichhold beizupflichten ist, dass die Staatspartei „eigentlich nur auf dem Papier in Form von Statuten bestand“.²⁸

Eine Reise in die vierfach besetzte Hauptstadt im September 1945 dürfte für Gruber wohl den endgültigen Ausschlag gegeben haben, dass er vom Staatspartei-Projekt abließ: „[...] unser Aufenthalt in Wien überzeugte uns, dass dies kein Zeitpunkt war, in dem man staats-politische Experimente riskieren konnte“, wobei er wohl eher solche von Parteigründungen meinte. Mit Figl gab es Gespräche zwecks Bildung einer einheitlichen Volkspartei, mit Renner wurde eine einzuberufende Länderkonferenz beratschlagt.²⁹

Die innerhalb des bürgerlich-konservativen Lagers erforderlichen programmatischen Auseinandersetzungen politischen Inhalts blieben der Außenwelt weitgehend verborgen. Der Wille zur politischen Zusammenarbeit war 1945 stärker als nach 1919. Die einstimmige Erklärung der Landesversammlung führte in Grundfragen zum Konsens, wobei ein deutliches innenpolitisches Feindbild beschworen werden konnte:

„Alle im provisorischen Tiroler Landtag vertretenen Parteien begrüßten die Wiederaufrichtung eines freien, demokratischen Österreichs und alle Schritte zur raschesten Wiedererlangung der politischen und wirtschaftlichen Einheit des Bundesstaates. Zur Verwirklichung dieses Zieles sind die Parteien übereingekommen, ihre ganzen Kräfte einheitlich für den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau und [die] Ausrottung [sic!] des nationalsozialistischen Giftes einzusetzen.“³⁰

27 Steiner, Weichenstellung für das neue Österreich, in: Weg der Hoffnung 1945 – 1955 – 1985, Sondernummer der Neuen Tiroler Zeitung, 1985, ohne Seitenangabe [8-9, hier 8] schreibt, dass Gruber die Staatspartei „gegründet“ habe. Nach Ansicht des Verfassers kann Gruber bestenfalls als Mitbegründer gelten, zumal Ernst Grünewald, Franz Gschnitzer, Anton Melzer und Eduard Reut-Nicolussi die Bildung der Partei wenn nicht maßgeblich so doch mitbestimmten.

28 Reichhold, Die ÖVP vom 17. April bis 25. November 1945 97.

29 Gruber-Konzept für einen Artikel in der Weltwoche, 1986. KGA, Ordner Karl Gruber M-Z; Gruber, Die Situation 1945 in Tirol, 123 führte hierzu Jahrzehnte später aus, dass er „nach einem gewissen Studium der Wiener Verhältnisse“ zur Auffassung gelangt sei, „dass wir unmöglich mit mehreren Parteien gegen diese riesige Linksflut auftreten können“.

30 Stenographische Berichte des Tiroler Landtages. Protokoll der 1. Sitzung der provisorischen Tiroler Landesversammlung, 10.7.1945, 15; vgl. Lang, Der Landtag in der Zweiten Republik (1945-1982), in: Schober, Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 4) (1984) 473-506, hier 473 f.

Die Einheit des Staates stand an erster Stelle, die „Ausrottung“ des Nazismus erst an zweiter. Damit hatte das Land Tirol ein wichtiges Zeichen gesetzt. Politische und wirtschaftliche Geschlossenheit hatten den Vorrang. Dass dieser Gesamtstaat im Gegensatz zu den deutschen Besatzungszonen durch eine konstruktive Politik tatkräftig angestrebt wurde, sollte sich bald zeigen, womit wir beim nächsten Thema wären.

4. Eine Gegenregierung in Innsbruck unter Führung Grubers?

Wiederholt wurde Gruber der Sezessionsabsichten bezichtigt, die von Tiroler Kreisen ausgingen. Zuletzt hielt der Renner-Biograph Walter Rauscher fest, der Tiroler Landeshauptmann habe an der Spitze der „Los-von-Wien-Bewegung“, gestanden. Wenngleich er dies noch in Anführungszeichen setzt, spricht der Autor im Anschluss dann vom „westösterreichischen Separatismus“.³¹ Die sozialistische Seite, besonders Adolf Schärf, hegte offenbar derartige Befürchtungen, die primär aus partei- und dann aus staatspolitischer Besorgnis erwachsen sein dürften:

„Separationsbestrebungen: Salzburger VP-Konferenz lehnt die Bestrebungen aus Tirol ab. Das war der wichtigste Schritt zur Gemeinsamkeit und späteren Befreiung Österreichs. In Deutschland waren die westdeutschen Parteien zu sehr antikommunistisch, das führte zur Teilung, da sie keine Verbindung mit dem Osten aufnahmen. Wenn die separatistischen Bestrebungen durchgedrungen wären, dann wären Wien, Niederösterreich, Burgenland und ein Teil Oberösterreichs kommunistisch geworden.“³²

Alfred Migsch präzierte die Position des späteren Vizekanzlers. Er führte als Zeitzeuge rückblickend aus:

„Tirol: Es gab Strömungen mit dem Sitz in Salzburg, die Salzburg, Vorarlberg, Tirol und Bayern zu einem süddeutschen Staat zusammenschließen wollten. Die Agententätigkeit dafür reichte bis 1946. Diese Bestrebungen gingen von den Vertretern des europäischen römisch-

31 *Rauscher, Karl Renner. Ein – österreichischer – Mythos* (1995) 332. Die Angaben sind jedenfalls bezüglich Gruber zumeist wenig klar, ja vage. – Schon zu seiner Zeit setzte diese Tendenzen („Western separatist activities“) in Anführungszeichen der feinfühligste US-Beobachter Martin F. Herz, vgl Dok 22: Memorandum, 14.12.1945, in: Wagnleitner (Ed), *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz, Political Officer of the US Legation in Vienna 1945-1948* (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, hg v Fritz Fellner, 4) (1984) 71-92, hier 82.

32 Unterredung mit Bundespräsident Dr. Adolf Schärf, 26.11.1963, in: Feichtenberger, *Die Länderkonferenzen 1945 195*; Karl Kunst, *Tiroler Sozialdemokrat*, bot an, über Schärf zu vermitteln, um die Spannungen zwischen Gruber und der Renner-Regierung abzubauen, Report „Proposed Efforts to Ease Political Tensions“, 10.9.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181.

katholischen Hochadels aus. Man wollte Otto von Habsburg hinaufheben. Die Tiroler Volkspartei war der unsicherste Kantonist. Diese schwankende Rolle war für Schärf bestimmend, einen Tiroler in die Provisorische Staatsregierung aufzunehmen. Als es Konflikte mit den Russen gab, wurden die Trennungsversuche des Westens wieder stark. In Salzburg wurde ein Zentrum gegründet. Führende Männer waren beteiligt. Schärf unternahm Aktionen, um das zu unterbinden: Er hatte für so etwas ein unerhört wachsames Ohr.“³³

Nicht nur von sozialistischer Seite, sondern auch aus den eigenen Parteireihen wurden derartige Vorwürfe laut. So erklärte Leopold Figl in einem Zeitzeugengespräch 1963, befragt zu den Salzburger VP-Konferenzen:

„Tirol steht mit den Separationsbestrebungen allein da. Die anderen westlichen Länder wollen keine eigene Regierung des Westens. Die Staatspartei Grubers genießt nicht einmal das Vertrauen der französischen Besatzungsmacht. Als Gruber einmal nach Wien kommt, verhaften ihn die Franzosen, und er kommt erst nach meinen Interventionen frei.“³⁴

Auch in der Historiographie wurde die These vertreten, dass mit den Salzburger Konferenzen „die Spaltungstendenzen“ beseitigt werden konnten.³⁵ Die Frage bleibt aber bestehen: Lassen sich die im wesentlichen übereinstimmenden Aussagen dieser bedeutenden Zeitzeugen über Grubers Rolle³⁶ – die in der Literatur stets verschwommen blieb und nie restlos geklärt wurde – durch andere Quellen vom chronologischen Ablauf und vor allem durch logisch-politisches Handeln bestätigen?

Die US-Administration als stärkste Besatzungsmacht hatte ihn aus erster Anschauung kennen gelernt und verlor in Bezug auf die Generallinie ihrer Politik 1945/46 nie die Kontrolle über ihn. Die Amerikaner versuchten sich seit Mai rasch ein umfassendes Bild von den Verhältnissen vor Ort zu machen. Eine entscheidende Frage lautete für sie, welche Haltung in Westösterreich zu den politischen Vorgängen im Osten des Landes eingenommen wurde. Bemerkenswert ist hierbei, dass ihre Einstellung gegenüber der provisorischen Regierung Renner trotz gemein-

33 Unterredung mit Min. a.D. Dr. Alfred Migsch, 28.11.1964, in: Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945 192.

34 Unterredung mit Altbundeskanzler Landeshauptmann Dr. h.c. Dipl.Ing. Leopold Figl, 10.12.1963, zit n ebd., 185.

35 So *Rauchensteiner*, Der Sonderfall 120.

36 Vgl die diesbezüglichen ambivalent anmutenden Formulierungen von *Gruber*, Zwischen Befreiung und Freiheit, 30 f. Warum wurde einem französischen Offizier „ein – allerdings etwas frisiertes – Protokoll“ ausgehändigt? Hatte Gruber die Politik der französischen Besatzungsmacht negativ beurteilt?

samer westallierter Vorbehalte nicht vollkommen bzw grundsätzlich ablehnend war. Bei einer Nichtanerkennung durch die Westmächte wurde vor allem eine Zerreißung des Landes befürchtet. In einem Bericht, vermutlich aus der Feder von dem Briten in US-Geheimdiensten, Edgeworth M. Leslie, heißt es:

„Reactions to the Renner Cabinet in Vienna are mixed. There is a wide feeling that it may be representative of Vienna political groups but not of the country as a whole. The refusal of the Americans and British to recognize the cabinet caused surprise and is interpreted in some quarters as evidence of the validity of the Nazi contention that war between the western Allies and Russia is inevitable.“³⁷

Wenn Leslie „contention“ im Sinne von „Behauptung“ gebraucht und statt „Russia“ Ostblock gesetzt hätte, so war die Nazi-Behauptung nicht ohne Voraussicht. Eine Wiederholung der Interventionskriege mittels subtilerer, aber nicht weniger wirksamer Mittel konnte sich damals auch Leslie noch nicht vorstellen. Es kam nun darauf an, dass sich Österreich nicht vom Wirbel neuer Konfrontationen erfassen ließ und sich den „cauchemar des coalitions“ ersparte. Noch lag der so genannte Kalte Krieg fern der Wahrnehmbarkeit. Aber die Weichen konnten schon jetzt durch die Schaffung des süddeutschen Staates gestellt werden, wie ihn Churchill favorisierte. Unter den schärfsten Gegnern befand sich sicher der Tiroler Landeshauptmann, schon wegen seiner Wiener Ambitionen.

Besonderes Gewicht musste daher seiner Haltung zukommen. Der amerikanische Politoffizier Major Martin F. Herz berichtete, dass Gruber, „who came from outside with orders from Vienna, claims to represent the Catholic labor point-of-view“ und ermittelte ferner,

„that the Innsbruck Resistance Movement recognizes the Austrian Renner government (established by the Russians in Vienna), even though they express the hope that subsequent democratic procedures will enable the provinces to exert their weight towards including more representatives of their own political complexion (i.e. more right wing representation). The movement has no contact, however, with the Vienna government“.³⁸

37 Summary of Report on Austrian Tirol, May 15, 1945 [von E. M. Leslie]. AKVI, Material Botschafter Steiner. Südtirol/Tirol.

38 Supreme Head Quarters Allied Expeditionary Force, Psychological Warfare Division (PWD), Reconnaissance Trip to Austria, 21.5.1945 von Martin F. Herz. NARA, RG 226, XL. 131772 Confidential, abgedruckt in: Rathkolb (Hg), Gesellschaft und Politik, 362-365, hier 363.

Trotz bestehender Inhomogenität des bürgerlichen Parteienspektrums war in entscheidenden oder grundsätzlichen Fragen immer ein politischer Konsens möglich. Die *Neue Zürcher Zeitung* ging weiter, wenn sie berichtete, dass in Tirol eine Konzentration der politischen Kräfte von der Volkspartei bis zu den Kommunisten gegeben und somit eine Parteienkonkurrenz ausgeschaltet sei. Laut *Zeitspiegel*, der das Schweizer Blatt zitierte, habe der österreichische Staatsgedanke Festigkeit erwiesen, es herrsche kein Separatismus, der Gedanke einer Gegenregierung in dem von westlichen Truppen besetzten Österreich werde abgelehnt. Hinzugefügt wurde weiters, dass die Sendungen des steirischen Rundfunks – für Wochen die einzige Informationsquelle der Tiroler Bevölkerung – Beachtung finden würden, da sie aufschlussreiche Einblicke in die „russische Variante einer autonomen österreichischen Republik“ lieferten.³⁹

Im Osten Österreichs musste aber schon der Name „Staatspartei“ unter katholisch-konservativen Auspizien Besorgnis erregen. Die angestrengte nervliche Belastung der Regierungsmitglieder, die sich aus den oft widerlichen Erscheinungen des Besatzungsalltags und den schlechten Kommunikationsmöglichkeiten mit den Ländern ergaben, bildeten den Nährboden für separatistische Verdächtigungen, die angeregt durch die vermeintliche Sonderstellung Tirols, kolportiert wurden. So schien Renner fest davon überzeugt, dass in Innsbruck eine zweite österreichische Regierung gebildet werde. Schärf betrachtete ex post facto die *österreichische* Politik zur nationalen Einheit im Unterschied zur *deutschen*. Sein Verdacht gegenüber Gruber, zusammen mit den Westalliierten eine westösterreichische Regierung bilden zu wollen, *welche* die Einheit Österreichs verhindern würde, ist allerdings nicht verifizierbar.⁴⁰

Gegen die Annahmen und Vermutungen spricht eine Reihe von zeitgenössischen Quellen. Zunächst das Protokoll des Treffens vom 8. Juli zwischen Gruber und Schemel zur Vorbereitung der Konferenz für den 29. Juli. Hierzu sollten mit den Funktionären der ÖVP alle Vertreter der „rechtsstehenden Parteien“ eingeladen werden, „die nicht den Sozialdemokraten oder Kommunisten angehören“ [sic!], um einen ständigen Ausschuss zu wählen, „der gegenüber dem amerikanischen Abschnittskommandanten die Interessen *der gesamten* Bundesländer [Herv M.G.] zu vertreten“ habe. Damit sollte bezweckt werden,

39 „Tirol“, in: *Zeitspiegel* VII. (14.7.1945), No 28, 6.

40 *Holzner*, Untersuchungen zur Überwindung des Nationalsozialismus in Österreich, phil Diss (1971) 159 f; *Schärf*, Zwischen Demokratie und Volksdemokratie, in: *Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945* (1960) 93-218, III.

„dass auch auf das von den Russen besetzte Gebiet in der Weise ein geschlossener Einfluss ausgeübt wird, um die Wiener Zentralregierung Österreichs so zu erstellen, dass sie den Wünschen *des gesamten österreichischen Volkes* entspricht, ferner um damit endlich zu erreichen, dass *die zentrale Verwaltung Österreichs durch Wien* [Herv M.G.] erfolgt“.

Gruber unterrichtete den US-Abschnittskommandanten hiervon, „der die Schaffung einer solchen Institution für die gesamten Bundesländer wärmstens befürwortet[e]“. Diese sollte „selbstverständlich *keine Nebenregierung* [Herv M.G.] gegen ein später zu errichtendes Generalsekretariat der ÖVP in Wien, sondern eine Gesamtzusammenfassung aller rechtsstehenden Kreise [sein], weil wir zB in Kärnten und anderen Bundesländern außer der ÖVP auch noch den Landbund und andere rechtsstehende Parteien haben“. ⁴¹

Auch die Absicht, „vorläufig“ das Generalsekretariat der ÖVP in Salzburg zu etablieren, erregte in linken Kreisen Argwohn. Weitere Nahrung für die Skepsis boten die beiden VP-„Vor“-Konferenzen am 29. Juli und 19. August 1945 in Salzburg. Die entscheidenden Impulse zu deren Abhaltung waren, wie bereits gezeigt worden ist, von Gruber ausgegangen, wobei es Hindernisse für die Juli-Zusammenkunft zu überwinden galt, da der alliierte Militärkommandant Oberst Norcross zuerst Einspruch erhoben hatte. Gemeinsam mit dem Salzburger Landessekretär Trummer war es dann möglich, die Bewilligung für die Konferenz zu erhalten. Gruber hielt die Vorkonferenzen für notwendig, um den „politischen Boden [zu] bestimmen, auf dem die Volkspartei stehen wird“ und um eine „Stellungnahme zur österreichischen Zentralgewalt“ abzugeben, sprach sich aber eindeutig für die „Rückkehr zum einheitlichen Wirtschaftsgebiet und zur einheitlichen Verwaltung“ ⁴² aus und plädierte für die Einsetzung eines Ausschusses, der diese Fragen „weitgehendst behandelt“ und befugt sein sollte, in Salzburg errichtet zu werden.

Aus der Widerstandszeit Grubers in Berlin ist seine möglichst risikofreie Handlungsweise nachweisbar. Es ist daher gut denkbar, dass er zunächst vom „sicheren“ Salzburg aus zu taktieren versuchte. Die Wahl des Tagungsorts im westlichen Besatzungsraum beweist allein noch keine Sezessionsabsicht, vielmehr entsprach er dem realen Gewicht des „schwarzen“ Westens gegenüber dem „roten“ Wien. Auf der anderen

41 Protokoll über die Besprechung der Länder Tirol und Salzburg am Sonntag, den 8.7. 1945, 16 Uhr in der Landesleitung Chiemseehof. Anwesend waren für Tirol Landeshauptmann Gruber, für Salzburg Landeshauptmann Schemel, Martin Huber, Hofrat Stemberger und Landessekretär Trummer. KGA, Karton 1.

42 Protokoll über die Bundesländerkonferenz der Vertreter der ÖVP, 29.7.1945 in Salzburg, 3. KGA, Karton 1; publiziert inzwischen in: Gehler (Hg), Reden und Dokumente 60-67.

Seite war es zu dieser Zeit, als noch weitgehende Übereinstimmung unter den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition herrschte, schwer denkbar, dass die Amerikaner der Bildung einer Salzburger Gegenregierung unter einer provisorischen Präsidentschaft des Tiroler Landeshauptmanns zustimmten. Dies hätte zu sofortigen sowjetischen Gegenmaßnahmen in Wien und ihrer Zone geführt mit unvorhersehbaren Folgen für das alliierte Verhältnis. Es ist wohl aber nicht von der Hand zu weisen, dass das Weiße Haus aus der österreichischen Entwicklung, insbesondere aber aus der geschickten Art, wie österreichische Politiker es verstanden, die Einheit des Landes im Konsens der aus der Zwischenkriegszeit tief verfeindeten bürgerlichen und sozialistischen Parteien zu wahren, Jahre später, die Lehren aus diesem „Negativbeispiel“ zog und eine parallele Entwicklung in Deutschland nicht mehr begünstigte.

Grubers Vorbehalte gegen die Zusammensetzung der provisorischen Regierung ließen aufhören. Außerdem hatte er in einem Memorandum an den Innsbrucker Militärgouverneur in Form einer Frage eine Konferenz der politischen Vertreter aller Bundesländer zur Neukonstituierung der bereits bestehenden österreichischen Regierung vorgeschlagen:

„Though I am convinced that a civil Austrian government should be set up at the earliest possible moment, no Austrian government can be recognized, to my opinion, that has not been formed with the active cooperation of all provinces. To our information, the Renner government has been built up under a certain amount of pressure and there can be no doubt that the composition of this government must be changed as soon as relations between the provinces and Vienna have been reestablished. [...] Would you hold it wise to propose a meeting of all provincial governments under the supervision of the Western powers in order to clear this point with all civil governments concerned? As this matter seems to me to be of the highest importance for the future of Austria, I would be very much obliged if you could give it particular attention.“⁴³

Bei amerikanischen Beobachtern ist in der weiteren Entwicklung der Eindruck entstanden, dass es eine Tendenz in West-Österreich gebe,

43 „Relations to the Vienna Government“, Dr. Gruber an Lt. Col. John G. Watts, 24.6. 1945. NARA, Lot 54 D 331, Box 3; *Leidentrost*, Die Amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944-1947, phil Diss (1986) 207 f.

eine Art Gegenregierung zum Renner-Kabinett⁴⁴ einzurichten, die vor allem von ihm getragen werde und später von sozialistischer Seite als „Gefahr aus Innsbruck“⁴⁵ charakterisiert wurde. Sogar bürgerliche Kreise waren beunruhigt.

Der junge Landeshauptmann erschien Lois Weinberger „als sehr aktiv, beweglich, aber auch als irgendwie gefährlich“. Der vom Osten gesandte Kurier (Braunsteiner) hatte auch nicht vergessen, „darauf hinzuweisen, dass dieser neue Mann in Tirol in seiner Jugend bei den 'Roten Falken' gewesen sei“. Weinberger konnte neben Zweifel auch Schmunzeln und Amüsement nicht verbergen:

„Man stelle sich vor, ein Roter Falke ÖVP-Landeshauptmann von Tirol! Wir haben gelacht und die anderen haben vernünftigerweise gelächelt und ich selbst habe mir gedacht, dass hoffentlich noch recht viele ehemalige 'Rote Falken' in unsere Volkspartei kommen und mit uns für Österreich, für die Freiheit und für ein menschenwürdiges Leben arbeiten werden.“

Als Weinberger Gruber dann in Salzburg persönlich kennen lernte, kam er zum Schluss, dass von dem „Roten Falken“ „nichts mehr zu merken war“, es sei denn, dass eine gewisse Angriffslust noch von dort herrührte“.⁴⁶

Zeitzeuge Ludwig Steiner bezeichnet das provisorische Kabinett nach den ersten Aufrufen als „übertrieben sowjetfreundlich“. Auch war der Inhalt eines Renner-Briefs an die Sowjets bekannt geworden, in dem von

44 Vgl zB die Informationen über ein Treffen in Salzburg am 13.[sic!].8.1945 in Salzburg: „The meeting, called by Gruber, was supposed to have been a conference of the secretaries of the different Landeshauptmänner. The Landeshauptmänner of Salzburg and Upper Austria refused to participate. From a memorandum which he received from Baron Masburg [sic!], informant learned that the real purpose of the meeting was the election of a second Austrian government, a body which would assume the functions of a legal and recognized government until the time it would be merged with a government recognized by the Allies. This body, to be known as the State Commissariat for Economy, would include elements from all Austria, with its seat at Salzburg, until transferred to Vienna“, in: Report „Political Meeting in Innsbruck to Elect a National Government“, 17.8.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181 – Das Memorandum stammte von „Baron Masburg“, der Informant nannte zwar Gruber in seinem Bericht, bezog sich aber nicht auf Aussagen von ihm; Leidenfrost, *Die Amerikanische Besatzungsmacht*, 234 f; *Bischof, Between Responsibility and Rehabilitation: Austria in International Politics, 1940-1950*, ph Th (1989) 164, 183.

45 *Schärf, Zwischen Demokratie und Volksdemokratie* 97; *Blöchl, Meine Lebenserinnerungen* (1975) 194.

46 *Weinberger, Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich* (1948) 267 f.

einem sozialistischen Österreich die Rede war.⁴⁷ Ein Artikel des Tiroler Landeshauptmanns in der Zürcher *Weltwoche* über das zukünftige Verhältnis des österreichischen Westens zur Regierung Renner sollte ein Warnsignal sein. Die Veröffentlichung erregte den Unwillen der sowjetischen Militärregierung.⁴⁸ Er hatte argumentiert, dass sich Österreich in einem Zustand der Desintegration befinde. Man könne ruhig sagen, dass durch die Viermächte-Verwaltung die Interessen des Landes „nicht immer [...] an erster Stelle liegen“ würden, ja „gewisse wirtschaftliche Maßnahmen“ damit nicht im Einklang stünden. Der Wunsch der Länder sei, „möglichst bald eine wirklich gut funktionierende, starke österreichische Regierung in Wien zu sehen“:

„Die Länder haben aber trotzdem keine Lust, die durch ein fait accompli entstandene Wiener Regierung anzuerkennen, von der alle Länder das Empfinden haben, dass sie vielleicht eine Repräsentation der Wiener Verhältnisse darstellt, niemals aber eine Repräsentation des gesamten Österreich.“⁴⁹

Die Furcht vor einer Radikalisierung des öffentlichen Lebens halte die Länder in der Frage der Beurteilung ihrer Verhältnisse zur Wiener Regierung zurück, auch der politische Opportunismus sei eine zu berücksichtigende Gefahr. Dabei redete Gruber der Nichtanerkennung der „so einseitig orientierte[n]“ Regierung durch die Westalliierten das Wort:

„Wenn in den Massen das Gefühl entsteht, dass eine so einseitig orientierte Regierung von allen alliierten Mächten anerkannt und unterstützt wird, wird sich bei vielen der Gedanke festsetzen, dass die politische Führung in Österreich endgültig auf die Linke übergegangen ist. Dann werden es viele nicht versäumen wollen, sich rechtzeitig auf die

47 Steiner, Weichenstellung für das neue Österreich, in: Weg der Hoffnung 1945 – 1955 – 1985, Sondernummer der Neuen Tiroler Zeitung, 1985, ohne Seitenangabe [8-9, hier 9]. Steiner nennt den sowjetischen Oberkommandierenden als Adressaten, es handelte sich aber wohl um den „Genossen Stalin“. In dem berühmten Schreiben Renners vom 15. April 1945 hieß es sinngemäß, dass es „unfraglich“ sei und „keiner Betonung“ bedürfe, dass die Zukunft Österreichs dem Sozialismus gehören würde, vgl. Nasko, April 1945: Renners Ambitionen trafen sich mit Stalins Absichten, in: Österreich in Geschichte und Literatur (1983), Heft 6, 336-346, hier 341. Siehe zuletzt basierend auf sowjetrussischem Quellenmaterial fundamental: Mueller, Stalin, Renner und die Wiedergeburt Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), Heft 1, 125-154.

48 Gruber-Konzept für einen Artikel in der *Weltwoche*, 1986. KGA. Ordner Karl Gruber M-Z; Gruber, Die Situation 1945 in Tirol, 123 zufolge hatte der Schweizer Bundesrat und Sozialdemokrat, Oprecht, dem das Blatt gehörte, diesen Artikel von ihm erbeten. Gruber war der Bitte nachgekommen, machte jedoch zur Bedingung, dass der Artikel erst veröffentlicht werden dürfe, wenn er von Wien zurückgekehrt sei. Die weiteren Angaben Grubers zum Artikel sind nicht stimmig.

49 Artikel „Die Lage in Österreich“, in: Die *Weltwoche*, 24.8.1945, in: Gehler (Hg), Reden und Dokumente 76-77, hier 76.

richtige Seite zu schlagen, weil sie des politischen Kampfes müde sind, weil sie politisch entwurzelt und noch nicht mit neuen politischen Idealen erfüllt sind.“⁵⁰

Er gab andererseits zu verstehen, dass es niemanden in der Volkspartei gebe, „der nicht in Dr. Renner einen gemäßigten und erfahrenen Vertreter der politischen Zusammenarbeit sehen würde“, doch sei die Zusammensetzung seiner Regierung das Problem. Die Bundesländer könnten auch nicht der KPÖ eine paritätische Vertretung in der Regierung zubilligen, wie sie den Großparteien zustehe. Gruber unterstrich, dass es „ein verhängnisvoller Fehler der Alliierten“ wäre, „eine Lösung zu präjudizieren, deren Berechtigung „überall Zweifel“ finde. Die Mächte wären gut beraten, die Interessen der Länder vor Augen zu haben, wenn die Anerkennung einer neuen Regierung ins Auge gefasst würde.“⁵¹

Was motivierte den Landeshauptmann zu diesem Artikel? Auf Veranlassung des Herausgebers der *Weltwoche* war dieser zustande gekommen. Er wollte Grubers Angaben zufolge „die Schweizer Öffentlichkeit über unser Verhältnis zu Wien“ unterrichten. Angesichts zahlloser Gerüchte im Ausland, wonach die Österreicher unter sich uneins wären, habe er eingewilligt, den Artikel zu verfassen.⁵² Dies schloss aber nicht aus, dass der Beitrag einen innenpolitischen Zweck verfolgte, nämlich, wie erwähnt, ein Warnsignal gegen Renner aufzuziehen.

Wenngleich Gruber Renners moderates und ausgleichendes Wesen als Politiker würdigte, so spricht vieles dafür, dass er bei einer unverändert gebliebenen Regierungszusammensetzung die Zusammenarbeit verweigert hätte. Durch seine starke Profilierung als „Mann des Westens“ erwuchs den Westalliierten eine Schlüsselfigur, die gegen Renner aufgebaut werden konnte, wodurch die Sowjets zum Einlenken veranlasst werden konnten. Durch seine Aufnahme in das Kabinett erweiterte sich der Spielraum der Regierung auf ganz Österreich. Der „Proporz“ entstand nicht nur innerhalb dieser, sondern, was für den späteren Staatsvertrag wichtig war, blieb auch innerhalb der Militärregierungen im Prinzip erhalten. Es kam nun darauf an, dieses, bei etwaigen Belastungsproben durch Konflikte unter den Großmächten, sicher durch alle Klippen zu steuern, gewiss keine leichte Aufgabe für alle politisch in Österreich verantwortlichen Persönlichkeiten und Staatsmänner. Das Nachgeben des Kanzlers gab jedenfalls den Weg frei zur gesamtösterreichischen Länderkonferenz, die zwangsläufig zu pro-westlichen Veränderungen im

50 Ebd., 77.

51 Ebd.

52 Gruber, Die Reise ins Ungewisse, in: Salzburger Nachrichten [1965], Dokumentation: 20 Jahre 2. Republik, VII.

Regierungsgefüge führen musste. Die Literatur verzeichnet eine existentielle Bedrohung westlicher Politiker durch die provisorische Regierung,⁵³ was jedoch zweifelhaft erscheint. Es stellt sich viel mehr die Frage, ob nicht beide unter dem gleichen Druck standen, denn eines war sicher, ein schrecklicher Winter nahte heran, und es erwies sich als unabdingbar, ein positives psychologisches Zeichen innerer Zusammengehörigkeit zu setzen.

Als gesichert erscheint jedenfalls, dass sich Renner durch die Andeutungen und Initiativen des Tiroler Landeshauptmanns im Juli und August in seiner politischen Existenz zunehmend unter Druck gesetzt fühlen musste. Gruber verfolgte zwar keine Spaltungstendenzen, aus taktischen und Gründen des persönlich-politischen Vorteils spielte er aber mit solchen Denkmöglichkeiten bzw schloss solche öffentlich nicht aus. Wie ernsthaft die „Westintegrations“-Absichten des „sagenhaften Landeshauptmanns von Tirol“, so Lois Weinberger, wirklich waren, war an den VP-Treffen der westlichen Bundesländer zu erkennen.

Die VP-Bundesländerkonferenz verabschiedete am 29. Juli eine Resolution, die sechs Punkte enthielt: Unbeschadet der Aufteilung des Staatsgebiets in vier Zonen wurde *erstens* den Alliierten der Wunsch unterbreitet, „im Interesse der alsbaldigen Aktivierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens einen ungehinderten Verkehr innerhalb des Staatsgebietes [zu] ermöglichen“. Die Staatsregierung sollte *zweitens* durch Repräsentanten der in ihr bisher nicht vertretenen Länder „entsprechend deren politischer, sozialer und wirtschaftlicher Struktur ergänzt“ werden, „um das Vertrauen in sie in allen Ländern zu festigen“. *Drittens* bekräftigten die westlichen Vertreter in Salzburg analog zur Erklärung der provisorischen Regierung Renner vom 27. April als quasi politisch-moralisches Staatsprinzip die Opferthese, wobei sie auf den Abwehrkampf des Ständestaates verwiesen, „dass Österreich als erstes Land durch volle fünf Jahre im Kampf gegen den Nationalsozialismus allein Stand gehalten hat und als erstes Land seiner staatlichen Selbstständigkeit beraubt wurde“. (Tatsächlich paktierten während dieser Zeit die westlichen Staatsmänner mit Hitler und gaben sich am Obersalzberg die Klinke in die Hand.) Gefordert wurde daher der Status als „befreite Nation“ und die Gleichstellung mit „anderen von Hitler erst nachher ebenso vergewaltigten Völker[n]“, *viertens* die sofortige Beteiligung an der UNRRA-Hilfe und *fünftens* die Beseitigung aller Hindernisse, die ein gutes Einvernehmen zwischen Militär- und Staatsregierung verhindern würden. *Sechstens* gab man zur Durchsetzung dieser Ziele die Bildung

53 So argumentiert Rathkolb (Hg), Gesellschaft und Politik, 360; zuletzt auch Rauscher, Renner 335.

eines Verhandlungsausschusses mit Sitz in Salzburg bekannt, dem von Tiroler Seite Gruber und Muigg angehörten.⁵⁴

Wie Gruber später anmerkte, sorgten OSS-Beobachter dafür, dass diesem Appell va gegenüber der UNRRA in Washington „der größte Nachdruck“ verliehen wurde. Wenige Wochen später, seien die ersten Schritte für diesbezügliche Hilfsmaßnahmen eingeleitet worden.⁵⁵

Der Resolution konnte nicht ein Hauch von Separatismus entnommen werden. Grubers Wille, unter demokratischen Vorbedingungen zu einer einheitlichen gesamtstaatlichen Lösung beizutragen, ist erkennbar. Sollte er auch nur ansatzweise secessionistische Aktionen im Sinne gehabt haben – was angesichts seiner Biographie und Sozialisation im Widerstand sowie aufgrund seiner zahlreichen authentischen Äußerungen auszuschließen ist –, so hätte er sich wohl gegen die übrigen VP-Vertreter aus den Ländern wie Gleissner (Oberösterreich), Rehrl (Salzburg), Grossauer (Kärnten), Figl (Niederösterreich), Hurdes (Wien) und Mohr (Burgenland) kaum durchsetzen können, denn innerhalb dieses Gremiums gab es kein Taktieren mehr.

Primär ging es ihm darum, die ÖVP als gleichberechtigten Faktor in die Innenpolitik einzubringen, „weil nur dann die absolute Gewähr besteht, dass Österreich der ÖVP als Mehrheit gehören und durch Zersplitterung in mehr Parteien die Gefahr vermieden wird, linksgerichteten Parteien in billiger Weise die Mehrheit zu verschaffen“.⁵⁶ In der Frage, welche Position gegenüber der Renner-Regierung einzunehmen sei, hielt es Josef Leidenfrost für offen, ob die von Gruber erwähnte „politische[n] Organisation des österreichischen Westens“⁵⁷ nur einer einheitlichen Sprachregelung der Konferenzteilnehmer dienen oder aber die Formierung einer westlichen „Gegenregierung“ unter möglicher Mithilfe der Amerikaner implizieren sollte.⁵⁸ Die ermittelten Quellen sprechen meines Erachtens für die erste Version.

Das Resultat der Besprechungen in Salzburg war nach Grubers politischem Buch die Entscheidung, mit der Regierung Renner Fühlung zu nehmen und deren Erweiterung durch westliche Vertrauensleute zu erreichen, damit „der kommunistische Griff nach der Regierungsgewalt gelockert“ werde.⁵⁹ Diesem Befund entspricht – wie schon erwähnt –

54 Resolution der Bundesländerkonferenz am 29.7.1945 in Salzburg. TLA, Akten des Herrn LH 1945/46, Mappe Parteien 1945/46, Fasz 1.

55 Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit 32.

56 Leidenfrost, Die Amerikanische Besatzungsmacht 235.

57 Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit 31.

58 Leidenfrost, Die Amerikanische Besatzungsmacht 235 f.

59 Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit 32.

auch die Darstellung der Parteigeschichtsschreibung⁶⁰ und eine Meldung der OSS-Berichterstatte Edgar N. Johnson und Paul R. Sweet:

„The recent Volkspartei conference in Salzburg had in mind the hope that the VP can form an alliance with the Western Powers [...] against the USSR. They hoped to form under American auspices a Western Austrian block, which would be in a position to demand a modification of the Government. The initiative came from the questionable Dr. Gruber of Tirol.“⁶¹

Der „Westblock“ war also nur eine Station auf dem Weg, die Regierung umzuformen. Die Ambivalenz von OSS-Berichten ist bereits andernorts angedeutet worden. Der Initiator „Dr. Gruber“ wird im Bericht als „fragwürdig“ bezeichnet. Es ist möglich, dass der Landeshauptmann glaubte, Einwänden, wie sie der Militärkommandant Col. Norcross der VP-Konferenz bereitet hatte, durch Betonung seines Antikommunismus gegen die infiltrierte Rennerregierung, vorbeugen zu müssen. Der Umgang mit den verschiedenen Besatzungsautoritäten unterlag Gesetzen, die nur schwer nachvollziehbar sind, weil die Ansichten unter den Offizieren selbst nicht einheitlich waren. Deshalb sollten ihre Äußerungen aus momentan gegebenem Anlass nicht überbewertet werden, weil die endgültige Entscheidung höheren Orts anders lauten konnte. An eine „alliance with the Western Powers [...] against the USSR“ konnte die Volkspartei natürlich nicht denken. Interessant ist jedoch zu sehen, wie weit gewisse Leute des OSS ihrer Zeit schon voraus waren.

Aus den Protokollen der Vorkonferenzen vom Sommer 1945 gehen separatistische Aspirationen des Landeshauptmanns nicht hervor. Grubers Wortmeldungen lassen nicht den Schluss zu, dass er derartige Ziele verfolgt hätte.⁶² Keine Rede war von Westorientierung oder Abspaltung. Im Gegenteil: Die anwesenden Vertreter der amerikanischen Militärregierung wurden von einem Konferenzteilnehmer gebeten, den Österreichern „bald ein einheitliches Österreich“ zu geben. Gruber widersprach dem nicht, sondern bedauerte die Trennung der Länder, weil in seiner Zone mit den Amerikanern „in vielen Punkten eine einheitliche Linie“ gegeben sei:

„Nur besteht der Eindruck, dass das amerikanische Gesetzbuch, das sie für Österreich mithaben, Schuld ist an vielen Missverständnissen. So

60 Reichhold, Geschichte der ÖVP (1975) 111 f.

61 Zit n Leidenfrost, Die Amerikanische Besatzungsmacht 237; vgl auch Bericht „The Renner Government“ von Johnson/Sweet, 14.9.1945, in: Rathkolb (Hg), Gesellschaft und Politik, 181 (hier Anm k).

62 Protokoll über die Bundesländerkonferenz der Vertreter der ÖVP, 29.7.1945 in Salzburg, 3. KGA, Karton 1.

kann eine Verwaltung nicht gemacht werden. Es ist nicht unsere Sache, die Organisation der Amerikaner aufzuziehen oder einer Kritik zu unterwerfen, sondern wir haben festzustellen, dass die Wirkung dieser Organisation auf die österreichische Verwaltung eine denkbar ungünstige war. Tirol leidet sehr schwer unter der restlosen Trennung der Länder untereinander. Tirol ist auf den Austausch angewiesen.“⁶³

Er forderte, die Behandlung der Nationalsozialisten den Österreichern zu überlassen und brachte den Vorschlag ein, „dass *in allen Gebieten Österreichs* [Herv. M.G.], ohne Rücksicht auf die jeweilige Besatzungsmacht, dieselben Bedingungen der politischen Betätigung zugestanden werden“. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.⁶⁴

Auf der zweiten Vorkonferenz berichtete er von einer Reihe von Schwierigkeiten, nämlich dass sich zwischen den Absichten der Zentralstellen der Besatzungsmacht und den untergeordneten ausführenden Organen „sehr häufig Differenzen ergeben“. Er ließ wissen, dass er in Tirol in „einer sehr starken Auseinandersetzung“ mit der Militärregierung verwickelt sei. Gemeint war nun die französische. Gruber sah in den alliierten Bezirksverwaltungen die Hauptquelle der Friktionen innerhalb der Gesamtadministration. Daher forderte er ihre Umwandlung auf bloße Kontrollorgane, während die Militärregierung ihre Weisungen direkt den österreichischen Landesregierungen erteilen sollte. Mit dieser Verwaltungsvereinfachung wäre ein erster Teilrückzug der Militäradministration erreicht gewesen, freilich nur auf unterster Ebene. Gruber hierzu weiter: In den nächsten Tagen werde ein diesbezüglicher Antrag gestellt werden, „weil diese Lösung *den österreichischen Wiederaufbau* [Herv. M.G.] in entscheidender Weise beeinflusst“.⁶⁵

Diese Vorstellungen konnten allerdings erst mit dem Zweiten Alliierten Kontrollabkommen vom Sommer 1946 verwirklicht werden. Gruber ließ in allen seinen Beiträgen erkennen, dass sich seine Vorstellungen in gesamtösterreichischen Bahnen bewegten. Unter anderem wurde auch der beschleunigte Abbau der Demarkationslinien und die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit des Bundesgebietes gefordert.⁶⁶

63 Ebd, 6 f.

64 Ebd, 10 ff.

65 Protokoll über die zweite Bundesländerkonferenz der ÖVP in Salzburg 19.8.1945, 5. KGA, Karton 1. Gruber schreibt, dass diese Konferenz am 20.8. abgehalten wurde, was auch Leidenfrost, Die Amerikanische Besatzungsmacht, übernimmt, das Protokoll der Konferenz ist jedoch eindeutig mit 19.8. angegeben.

66 Ebd, 10.

Bei der Besprechung am 19. August waren Gamper und Gruber anwesend.⁶⁷ Aus einem ungezeichneten Bericht des Detachments A-2 des 2677th OSS-Regiments, sehr wahrscheinlich von Leslie, geht Grubers pro-gesamtösterreichische Tendenz erneut hervor: Er betonte auf parteipolitischer Ebene, „that the secretariat should not be a central office of the V.P. but a temporary liaison office only, between Vienna and the Western Provinces“ und erwähnte wohl zur Genugtuung Gampers, nicht als Sprecher der Tiroler Volkspartei aufzutreten. Österreich sei nicht nur in vier Zonen geteilt, sondern jede Zone nochmals für sich unterteilt „as the result of the extensive powers practiced by local military commanders [...] These powers should be curtailed with the objective of changing the district administrative office into control offices [...]. It was essential that the Occupation troops as well as the civil population should be subjected to centrally enforced laws and regulations.“ Gemeint waren die anarchischen Zustände, die in Tirol aufgrund der unabhängig agierenden lokalen französischen Besatzungsoffiziere herrschten. Der OSS-Bericht hob weiters hervor – was aus dem österreichischen Protokoll nicht derart explizit hervorgeht – dass Gruber die von der politischen Linken angegriffenen Heimwehrlere in Schutz nahm:

„In the political field he pointed to the danger arising from the fact that the parties of the Left are attacking Heimwehr elements as violently as the Nazis. He himself as a democrat had no wish to defend Fascist elements, with whom he had always been at loggerheads. But the ruthless exclusion of former Heimwehr elements from all key positions [...]“,⁶⁸

verband er mit der Warnung, diese Kreise zu Gegnern der jungen Demokratie zu stempeln. Mit Oberösterreichs Landeshauptmann Gleissner stimmte er überein, den Güterausaustausch zwischen den Bundesländern durch Errichtung eines „interprovincial committee[es]“ in Salzburg zu verbessern. Diese Frage sollte aber noch mit den übrigen Landeshauptleuten besprochen werden.⁶⁹ Es ist möglich, dass hiermit

67 Report „Austrian People's Party Conference in Salzburg, 19 August 1945“, 19.8.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181.

68 Abschrift eines Bericht auf Briefpapier des Detachment A-2, 2677th Regiment OSS (PROV), APO 512, U.S. Army. AKVI, Material Botschafter Steiner. Südtirol/Tirol; Report „Proposals Made at Austrian People's Party Conference in Salzburg“, 19.8.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181; Report „Austrian People's Party Conference in Salzburg, 19 August 1945“, 19.8.1945. Ebd, hierin heißt es, Gruber zitierend: „There is increasing danger from the fact that leftist parties are attacking Heimwehr elements as violently as the Nazis. Although such elements should not be defended, ruthless exclusion of them from *public life* is impractical. At present, however, they should be excluded from all *key positions* [Herv M.G.]“; John G. Erhardt an Secretary of State, 24.10.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181; Rauchensteiner, Die Zwei 65.

69 Ebd (Abschrift).

Eigenmächtigkeiten des Tirolers vorgebeugt werden sollten, denn ein derartiges Instrument konnte in Wien als weiterer Versuch zur Bildung einer Westadministration gedeutet werden. Diesmal scheint der Vorschlag aber vom oberösterreichischen Landeshauptmann gekommen zu sein.

Die Treffen in Salzburg sollten dazu dienen, wichtige Vorbereitungen für die erste gesamtösterreichische Länderkonferenz vom 24. bis 26. September in Wien zu treffen.⁷⁰ Für Gruber war diese Zusammenkunft von Bedeutung. Schon Mitte August war er nach Wien gereist, um für die westlichen Landeshauptleute die Lage zu erkunden und erste Kontakte mit der Zentralregierung zu knüpfen.⁷¹ Es ist erstaunlich, wie schnell die gesamtösterreichische Solidarisierung unter den Landeshauptleuten trotz Trennung durch Militärregierungsgrenzen fortschritt. Die gesamt-österreichische Länderkonferenz wurde von ihnen, in offenbar richtiger Einschätzung der Lage in Wien, zur Schlüsselfrage der Zweiten Republik erhoben.

Mit Schreiben vom 22. August teilte Gruber dem Militärgouverneur von Tirol die Forderungen der Volkspartei an die Renner-Regierung mit. Die zentralen Sätze dieses Briefes lauteten:

„La composition proposée doit assurer un gouvernement qui présente une construction aussi conforme que possible à la distribution de la population selon les pays et les convictions politiques [...] 50% pour les partis de gauche et 50% pour les partis de droite est donc une solution qui présente le mieux les circonstances politiques actuelles [...]. Le comité n'a pas d'objections contre la personne du Dr. Renner. Il désire seulement qu'un homme incliné vers une politique modérée soit à la tête du gouvernement.“⁷²

Für den Fall einer Nichtannahme der westlichen Bedingungen stand die entsprechende Konsequenz für den Tiroler Landeshauptmann fest. Dem OSS-Agenten Leslie und persönlichen Vertrauten ließ er wissen, „that if agreement was not soon reached in Vienna with regard to a

70 Protokoll über die zweite Bundesländerkonferenz der ÖVP in Salzburg 19.8.1945, 10 f.

71 *Molden/Fepolinski/Waschlowski* auf dem berstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend (1976) 412 ff.

72 Durchschlag eines Schreibens Grubers an den Gouverneur von Tirol, 22 août 1945 mit „Directives pour le comité de négociations“. KGA, Karton 1; Die Nicht-Ablehnung Renners wurde in Salzburg sogar mit Einstimmigkeit beschlossen, wie aus einem OSS-Bericht hervorgeht: „The People's Party has no objection to Dr. Renner or any other Socialist heading the provisional government, provided he does not belong to the extreme left. The proposal that the People's Party should not reject Dr. Renner was adopted unanimously“, vgl. „Proposals Made at Austrian People's Party Conference in Salzburg“, 19.8.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181.

central Austrian administration, he would advocate the formation of a western Austrian government".⁷³

Diese nicht unerhebliche Reserveposition ist bemerkenswert.

Für die westlichen Landeshauptleute war es unumgänglich, besonders im Hinblick auf die Haltung „ihrer“ Besatzungsmächte, zunächst auf taktische Distanz zum „Ost-Kabinett“ zu gehen. Nur so gewannen sie für sich den notwendigen Manövrierraum. Renner konnte nun den Sowjets die „Gretchenfrage“ stellen, wie sie es mit der österreichischen Einheit hielten. Die Ablehnung einer 50%igen Beteiligung der bürgerlichen Partei an seinem Kabinett hätte entweder die westlichen Landeshauptmänner veranlassen müssen, Initiativen für die Bildung einer westösterreichischen Regierung zu ergreifen, wie Gruber es vorhatte, oder es wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Situation bewirkt worden, welche die österreichische US-Zone zum Teil der US-Zone Deutschlands unter einheitlicher Verwaltung hätte werden lassen, ohne dass die anderen westlichen Besatzungsmächte sich einer ähnlichen Entwicklung hätten entziehen können. Weiterhin mussten die Sowjets den Rücktritt der provisorischen Regierung Renner befürchten. Ein Zusammenschluss der SPÖ mit der KPÖ war mit ihm wohl nicht zu machen. So waren die Sowjets gut beraten, Renners Einlenken zu tolerieren, um eine für sie ungünstige politische Entwicklung in Österreich zu vermeiden. Das Verdienst Grubers als bedeutendster Politiker des österreichischen Westens der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Forderung nach 50%iger Regierungsbeteiligung und demgemäßiger Einsetzung „korrespondierender Minister“ (Kanzler-Vizekanzler, Inneres-Justiz) energisch verfochten zu haben, ist als Maßnahme von hoher staatspolitischer Tragweite anzusehen. Es drängt sich die Frage auf, ob eine derartige Entwicklung nicht auch in Deutschland möglich war, allerdings wird diese Ansicht umgehend Einwänden von dortigen konformistischen Historikern ausgesetzt sein.

5. Fahrt nach Wien und Vorbereitung für die erste Länderkonferenz

Für die große Länderkonferenz, von der sehr viel für die staatliche Zukunft Österreichs, aber auch für Grubers politische Karriere abhängen sollte, erfolgten wichtige Vorgespräche schon am 15. September, bei denen er mit Vertretern aller Lager zusammentraf. Mit dem Kommunisten Josef Ronczay, dem Sozialdemokraten Karl Kunst und dem Südtirol-

73 EML [Edgeworth Murray Leslie], Report „French Diplomatic Representatives in Tirol, 23.8.1945. NARA, RG 226, E 108, Box 9, Folder 66.

exponenten und Völkerrechtsprofessor Eduard Reut-Nicolussi war er Tage zuvor nach Wien gefahren – eine spontane und richtige Entscheidung, die der französische Zivilgouverneur Pierre Voizard angeregt und der französische Militärkommandant Marie-Emile Antoine Béthouart genehmigt hatte, um sich bei der Alliierten Kontrollkommission vorzustellen.⁷⁴

Grubers Artikel in der *Weltwoche* hatte dem sowjetischen Besatzungselement missfallen,⁷⁵ das gegen die Anwesenheit der Tiroler Delegation Protest einlegte.⁷⁶ Vorsorglich wurde die Abordnung im Hotel „Mariahilf“ nahe des Westbahnhofs auf Verlangen der Sowjets von der französischen Stadtkommandantur⁷⁷ „24 Stunden hinter Schloss und Riegel gesetzt“, weil sie ohne gültige Passierscheine anreisen, ihnen aber, wie Gruber nach seiner Rückkehr berichtete, „sonst weiter nichts in den Weg gelegt“ wurde.⁷⁸ Er stellte später den Vorgang dramatischer dar, als er war.

Nach Freilassung traf er mit Leopold Figl (ÖVP), Karl Renner (SPÖ), Adolf Schärp (SPÖ), Ernst Fischer (KPÖ) und Raoul Bumballa (ÖVP) zusammen. Die Hereinnahme des exponierten Widerständlers Bumballa ließ Gruber auf Bestrebungen der Bundespartei schließen, „wie sie auch hier in Tirol zur Umformung der Partei geführt haben“. Bumballa sollte den liberal-bürgerlichen Flügel an die ÖVP heranzuführen. Gruber gewann den Eindruck, „dass fähige Kräfte die Führung [der Partei] in Wien innehaben und mit Schwung an die Sache herangehen“. Er gewann Klarheit, dass der Boden dort „nicht verloren“ sei, es gelte „sogar viel zu gewinnen“. Ebenso verhalte es sich in Niederösterreich. Bei einer ÖVP-

74 Laut Bericht „Italy/Austria, South Tirol Question, 10.9.1945, in: Rathkolb (Hg), Gesellschaft und Politik, 405-406, hier 406, war dies am 8. September; während *Kunst*, Die abenteuerliche Fahrt nach Wien, in: Weg der Hoffnung 1945 – 1955 – 1985, Sondernummer der Neuen Tiroler Zeitung, 1985, ohne Seitenangabe [6-7, hier 5] das Abreisedatum mit dem 10. September datiert; Laut Gruber, Die Situation 1945 in Tirol, 123 fuhr er „im Juli nach Wien“, was zeitlich ebenfalls nicht stimmig ist.

75 Gruber, Die Reise ins Ungewisse, in: Salzburger Nachrichten [1965], Dokumentation: 20 Jahre 2. Republik, VII.

76 Vgl. die ausgeschmückte Erzählung bei Gruber, Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen (1976) 68 f.

77 *Kunst*, Die abenteuerliche Fahrt [7]. Nach Gruber, Patrioten aus allen Lagern fanden sich im Widerstand, in: Weg der Hoffnung 1945 – 1955 – 1985, Sondernummer der Neuen Tiroler Zeitung, 1985, ohne Seitenangabe [4-6, hier 5] wurde die Tiroler Delegation von der französischen Besatzungsmacht in Schutzhaft genommen, als die Sowjets drohten, „uns sofort als unautorisierte Besucher zu verhaften“. Nach *Kunst*, ebd. [7], hatten die von Anwesenheit der Tiroler Delegation in Wien nicht in Kenntnis gesetzten Sowjets, die Franzosen im Rahmen der ersten Sitzung des Alliierten Rates verständigt, um einzuschreiten. Béthouart setzte sich dann für die Ausfolgung von „laissez-passer“-Ausweisen für die Delegierten ein, die sie umgehend erhielten.

78 Niederschrift über die Verhandlungen bei der Sitzung des Parteivorstandes der ÖVP Landesgruppe Tirol, 18.9.1945. KGA, Karton 1.

Versammlung in Horn notierte er 8.000, bei einer fast gleichzeitigen KPÖ-Veranstaltung in St. Pölten seitens der KPÖ nur 600 Teilnehmer, worauf die russische Militärverwaltung öffentliche Kundgebungen verbieten ließ. Im Gespräch mit dem russischen Oberst und politischen Referenten bei allen russischen Truppen, Georgij Ivanovic Piperskij, empfing Gruber „nicht den Eindruck“, dass „Rußland in Österreich einen kommunistischen Stützpunkt errichten wolle“. Dieser sprach von einer „sichere[n] Anhängerschaft der ÖVP“ in Wien. Nach einer Unterredung mit Renner meinte er, „dass in der alten österreichischen Sozialdemokratie ziemlich viel Präpotenz herrsche“. Der Staatskanzler war der Auffassung, dass in Österreich ein „starker Zug nach links herrsche“. Schärf habe den Vorschlag der ÖVP auf eine Regierungsbeteiligung von 50% zurückgewiesen, konzidiere aber, dass Veränderungen erfolgen müssten. Mit Blick auf die im Jahre 1947 aufgedeckte „Figl-Fischerei“ war eine Bemerkung des Sozialisten aufschlussreich: Die ÖVP in Wien sei „eine Linksmehrheit so gewöhnt, dass sie den Wünschen von Links nicht energisch genug widersteht“. Amerikanische Gesprächspartner äußerten dagegen, dass die Renner Regierung „auf äußerst schwachen Füßen stehe“. Sie sei von keiner der vier alliierten Regierungen, sondern nur von der sowjetischen Militärverwaltung anerkannt. Gruber berichtete dem Landespartei Vorstand von seinen Wiener Eindrücken⁷⁹ und regte an, dass die Delegierten aus Tirol für die letzte VP-Konferenz in Salzburg am 23. September 1945⁸⁰ einheitliche Weisungen und Sprachregelungen erhalten sollten.

In Wien hatte Gruber mit Figl vereinbart, „ehebaldigst in Salzburg eine Konferenz aller der Volkspartei nahe stehenden Landesregierungen abzuhalten, um über ein gemeinsames Vorgehen einig zu werden“.⁸¹ Der Wiener ÖVP sei klarzumachen, so Gruber nach seiner Rückkehr in Innsbruck vor dem Parteivorstand, „dass sie mit Rücksicht auf die Meinungen in den Bundesländern keinen einschneidenden wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Änderungen zustimmen“ solle. Die „fast eigenmächtige Handlung“ der provisorischen Regierung, die sowjetische Besatzungsmacht an der Regelung der Erdölförderung zu beteiligen – gemeint war das Einlenken Renners hinsichtlich der Bildung einer gemischten sowjetisch-österreichischen Ölgesellschaft „Sanaphta“ mit angeblich gleichen Anteilen, aber nicht ganz geklärter Rechtslage bezüg-

79 Ebd.

80 Vgl. hierzu auch Reichhold, Die ÖVP vom 17. April bis 25. November 1945, 101; Falsche Datenangaben bei Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit 34 f.

81 Gruber, Die Reise ins Ungewisse, in: Salzburger Nachrichten [1965], Dokumentation: 20 Jahre 2. Republik, VII.

lich des „deutschen Eigentums“⁸² –, ließe erkennen, dass die Wiener Regierung sich nicht um die Meinung in den Bundesländern kümmere. Die provisorische Regierung dürfe erst nach einer Wahl Maßnahmen gesetzgebenden Charakters treffen. Die Legislative sei einer gemeinsamen Ländervertretung vorbehalten. Ebenso erhob er Einwände gegen den „straffen Zentralismus [...]“, den die Wiener Regierung zum Besten“ gebe.⁸³

Grubers Vorschläge für Direktiven des letzten vorbereitenden VP-Treffens in Salzburg kurz vor der Bundesländerkonferenz in Wien lauteten: *erstens* den Mitgliedern der Wiener ÖVP einzuschärfen, „sich von allen einschneidenden Beschlüssen fernzuhalten“; *zweitens* Einsatz für die Gesetzgebung des Länderrates und *drittens* absolute Unterstützung der Absicht der Bundesländer auf Umbildung der Rennerregierung in der Relation „50 Prozent rot zu 50 Prozent Volkspartei“. Gamper stimmte den Ausführungen Grubers mit einer Ausnahme zu: Er war für rasche Wahlen zuerst auf Länder-, dann auf Bundesebene. Grubers Vorschlag bezüglich der Weisungen wurde auf Antrag Muiggs vom Landesparteivorstand einstimmig angenommen.⁸⁴

Wie sich Kunst erinnerte, hatte Renner am Ende der Unterredungen in Wien Gruber mit den Worten auf die Schulter geklopft: „Sie, junger Mann, müssen noch einiges lernen, aber aus Ihnen wird noch etwas werden.“ In unguter Erinnerung an seine Unterzeichnung des Vertrags von St. Germain am 10. September 1919 äußerte sich der Staatskanzler, dass die Rückkehr Südtirols „der schönste Tag“ für ihn wäre.⁸⁵

Demnach bedurfte es keines besonderen Vorstoßes, um die Staatsregierung für das Thema zu motivieren. Fraglich bleibt freilich, ob sie die Aussichten hierfür so eindeutig gegeben ansah, weil sie zB durch die sowjetischen Forderungen nach österreichischem Erdöl hatte erfahren müssen, dass der Kreml keinesfalls gewillt war, Österreich nach den Erwartungen zu behandeln, die man aus dem Wortlaut der Moskauer Deklaration herauszulesen gewillt war. Viel sollte vom Ausgang der Wahlen in Österreich abhängen. Man hoffte österreichischerseits, dass die Westmächte einen für sie günstigen Ausgang der Nationalratswahlen

82 Zur mangelnden Legitimation der provisorischen Staatsregierung zur Vereinbarung, aber auch zur Verhandlungsdramatik, die zum Nicht-Abschluss führte, vgl. *Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955* (1998⁴) fünfte, um ein bibliographisches Nachwort ergänzte Neuauflage 2005, 88-94.

83 Niederschrift über die Verhandlungen bei der Sitzung des Parteivorstandes der ÖVP Landesgruppe Tirol, 18.9.1945. KGA, Karton 1.

84 Ebd; vgl. auch *Reichhold, Die ÖVP vom 17. April bis 25. November 1945* 101 f.

85 *Kunst, Die abenteuerliche Fahrt* [7].

durch eine geneigtere Südtirolpolitik honorieren würden. Gruber unterlag einer Fehleinschätzung, wenn er sich gegen die sofortigen Nationalratswahlen aussprach und eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse abwarten wollte. Seine Meinung war noch zu wenig situationsbedingten Gegebenheiten zugänglich: „In wirtschaftlich schwachen Zeiten habe die Linke immer mehr Auftrieb in den Massen. Wir wissen ja auch heute noch nicht, ob in der russischen Zone wirklich freie Wahlen sichergestellt sind.“ Es sei auch besser, ließ er wissen, „zuerst Landtagswahlen zu machen, und von Westen nach Osten“. Man habe auf dieser Ebene immer noch die Möglichkeit, solche Wahlen anzufechten, wenn schlechte Erfahrungen dies erforderlich machen würden. Solange keine Sicherheit für freie Parlamentswahlen gewährleistet sei, wünsche er keine.⁸⁶

Gruber ließ sich offenbar von den überoptimistischen Erwartungen der Sozialisten beeinflussen, wonach ein starker Linksruck zu erwarten sei. Das Gegenteil war zutreffend. Am 25. November sollten parallel zu den Landtags- auch die Nationalratswahlen abgehalten werden. Die Volkspartei sollte sich die absolute Mandatsmehrheit sichern, was eine bedeutende Umschichtung in den bisherigen schematisch-paritätischen Zusammensetzungen der Kommissionen, Ausschüsse und Gremien zur Folge hatte.⁸⁷ Rudolf G. Ardelt und Hanns Haas interpretierten das Ergebnis „als eindeutiges prowestliches Votum der Bevölkerung“.⁸⁸ Das

86 Niederschrift über die Verhandlungen bei der Sitzung des Parteivorstandes der ÖVP Landesgruppe Tirol, 18.9.1945. KGA, Karton 1. Diese Position vertrat Gruber bereits im August in Salzburg Vgl Report „Proposals Made at Austrian People's Party Conference in Salzburg“, 19.8.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181: „He and his colleagues believe that elections in Austria should be postponed until the autumn of 1946, because an election campaign would inevitably interfere with the work of the various provisional governments, which would be fatal before the present crisis in Austria is passed. The postponement [...] means that the provisional central government will remain in power for a year.“ Vgl auch Report „Reactions to Coming Elections“, 30.9.1945. NARA, RG 226, E 108, Box 10, Folder 69; vgl zur Haltung Grubers gegenüber Wahlen auch Dok 14: Memorandum, 25.9.1945, in: Wagnleitner (Ed), *Understanding Austria* 50-51, hier 51 (Punkt 5).

87 Adolf Platzgummer an Alfons Weißgatterer, 28.11.1945. TLA, Akten des Herrn LH 1945/46, Mappe Parteien 1945/46, Fasz 1; *Leidenfrost*, Die Nationalratswahlen 1945 und 1949: Innenpolitik zwischen den Besatzungsmächten, in: Bischof/Leidenfrost (Hg), *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4) (1988) 127-153, hier 134-137, 136.

88 *Ardelt/Haas*, Die Westintegration Österreichs nach 1945, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4 (1975), Heft 3, 379-399, hier 384 sowie den offensichtlich als Gegenschritt hierzu konzipierten, allerdings sehr grundlegenden Beitrag von *Bollmus*, Staatliche Einheit trotz Zonentrennung. Zur Politik des Staatskanzlers Karl Renner gegenüber den Besatzungsmächten in Österreich im Jahre 1945, in: Engelhardt/Sellin/Stuke (Hg), *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt* (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte Sonderband) (1976) 677-712 mit der relevanten Literatur zu Renner im Jahre 1945. *Bollmus* arbeitet heraus, dass va die Briten gegen eine Anerkennung der Regierung Renner waren und die Lage in Wien dabei offenbar fehlbeurteilten.

Provisorium hatte sich damit im Widerspruch mit dem Volkswillen befunden und die Hoffnung wuchs allenthalben, das Votum würde die Westmächte geschlossen für die Rückgabe Südtirols stimmen lassen. Soweit dieser zeitliche Vorgriff.

6. Kompromiss mit Renner auf der ersten Länderkonferenz 24.-26. September 1945

Am 23. September 1945 erzielten die Delegierten der Volkspartei auf dem letzten Treffen in Salzburg die Einigung aller Landesparteien. Figl hatte sich über ein Verbot des Treffens seitens der Amerikaner hinweggesetzt.⁸⁹ Die Anträge von Gruber und Figl, der erstmals als Obmann der Bundespartei amtierte, bildeten die Grundlage für einen Konsens, wobei Gruber und Gleissner eine höhere Beteiligung an der Regierung forderten.⁹⁰

Eine gemeinsame Linie für die erste gesamtösterreichische Länderkonferenz in Wien konnte vereinbart werden.⁹¹ In einer Art abschließenden Resolution hieß es, dass die ÖVP in allen Bundesländern „restlos durchorganisiert“ und unter eine einheitliche Führung gestellt worden sei. Die Bildung einer österreichischen Staatsregierung wurde nur als sinnvoll erachtet, wenn „ehestens die Demarkationslinien aufgehoben werden“ und „eine einheitliche Verwaltung“ geschaffen werde. Appelliert wurde an den Alliierten Rat um Verringerung der Besatzungstruppen. Es folgte das Bekenntnis zum bundesstaatlichen Aufbau Österreichs und der Wiederherstellung der Verfassung von 1920 und 1929. Erwartet wurden Maßnahmen zur Wiederherstellung der vollen staatlichen Souveränität sowie die Aufnahme in die Vereinten Nationen, die baldige Durchführung von Neuwahlen und bis zu deren Abhaltung die Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung und die Einsetzung eines Länderrates. In einem gesonderten Teil wurde auch die „Rückkehr Südtirols zu Österreich“ als nachdrückliche Forderung und berechtigter Gebietswunsch bezeichnet.⁹²

Die Staatsregierung sollte aus 12 Mitgliedern gebildet werden: insgesamt sechs ÖVP-Vertreter aus Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg und drei „Linkspartei“-Vertreter aus Wien

89 Aussage des Niederösterreichischen Landesamtsdirektors Dr. Vanura, 19.11.1963, in: Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945 31, 179.

90 Ebd., 31 basierend auf einer Aussage von Felix Hurdes, 12.9.1964, ebd., 190.

91 Reichhold, Geschichte der ÖVP 114 ff.; vgl. die aufschlussreichen Gesprächsprotokolle mit den Akteuren bei Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945 173-195.

92 Zweiseitiges Papier der ÖVP-Konferenz in Salzburg [September 1945]. TLA, Akten des Herrn LH Weißgatterer 1945/46, Fasz. 4; Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945 33.

und zu denen jeweils einer aus Niederösterreich, Kärnten und der Steiermark kommen sollten. Neben dem Kanzleramt sollten 10 Staatsämter (Inneres; Kultur- und Unterricht; Landwirtschaft; Arbeit; Finanzen; Justiz; Soziale Verwaltung; Ernährung; Handel, Industrie und Gewerbe; Verkehr) gebildet werden. Die Ämter sollten korrespondierend besetzt sein, d.h. wenn eines von der ÖVP belegt wurde, sollte das korrespondierende von der „Linkspartei“ eingenommen werden. Renner sollte von der ÖVP nicht abgelehnt werden. Als Obmann des Verhandlungskomitees der ÖVP-Vertreter fungierte Salzburger Regierungsrat Rehr, während Gruber als dessen Stellvertreter aufschien.⁹³

Demnach ist der regierungspolitische Proporz als austrospezifisches Kompromissphänomen schon in der Zeit der länderpolitisch bedingten Frontstellung gegen die Renner-Regierung im Sommer 1945 entstanden und nicht erst situationsbedingt aus der Entstehung der Großen Koalition im Herbst 1945 bzw der nach 1947 folgenden Jahre. Eine Konfrontationspolitik schwebte auch niemandem vor, sondern ein Kompromiss. Fritz Molden schreibt, dass die ÖVP-Delegierten aus ganz Österreich bemüht waren, zu einer gemeinsamen Regierungsbasis mit der Renner-Regierung in Wien zu kommen, um damit ihre internationale Anerkennung durch die Alliierten zu erreichen.⁹⁴ Ähnlich beschreibt der ÖVP-Historiograph Ludwig Reichhold die Forderungen der Salzburger Konferenz.⁹⁵

Der französische politische Vertreter, Louis de Monicault, berichtete Außenminister Georges Bidault, dass der Alliierte Rat die gesamt-österreichische Länderkonferenz genehmigt hatte. Bei Erweiterung der Regierung sei aber unklar, welche Kompetenzen die Ländervertreter erhalten sollten. Die von Renner eingeleiteten Nationalisierungen wichti-

93 Richtlinien der Verhandlungskon KGA, Karton 1; vgl auch *Reichhold*, Die ÖVP vom 17. April bis 25. November 1945 102.

94 *Molden/Fepolinski* 407 f, 410 f.

95 *Reichhold*, Geschichte der ÖVP 115 f. Nach Reichhold habe Gruber die Auflösung seiner „Staatspartei“ und ihre Fusionierung mit der ÖVP „von der Bedingung abhängig gemacht [...], dass ihm das Staatssekretariat des Äußeren übertragen werde“, was allerdings zeitlich nicht stimmig ist, da das Projekt der Staatspartei spätestens im Laufe des Juli/August 1945 begraben bzw diese bereits in der ÖVP-Tirol aufgegangen war. Gut denkbar ist jedoch, dass Gruber seinen Eintritt in die Volkspartei davon abhängig gemacht hat. Die Feststellung von Ludwig Reichhold, Die Entstehung der Volkspartei in den Bundesländern, in: Österreichische Monatshefte 31 (März/April 1975) 3/4, 26-30, hier 29, Gruber habe sich „bereits der ÖVP zugewandt, als die Staatspartei formell noch bestand“, ist zu korrigieren. Aus den neu ermittelten Dokumenten geht hervor, dass Gruber noch mit seinem Beitritt zur Volkspartei zögerte, als bereits die Fusionsverhandlungen im Gange waren, vgl hierzu und zu den Bedingungen der Volkspartei: Report „Information Concerning the Relations of the Tiroler Volkspartei and the Demokratische Staatspartei Austria, Innsbruck“, 26.6.1945; „Political Activity in the Tirol“, 3.8.1945. NARA, RG 263, Murphy Papers, Box 181.

ger Wirtschaftssektoren waren von den Ländervertretern nicht gutgeheißen worden und würden auch von der gemeinsamen Versammlung abgelehnt. Kritisiert würden von ihnen auch die Zentralisierungsbestrebungen.⁹⁶

Als Gruber Wien besuchte, teilte er Monicault mit, dass er die Frage der Regierungsumbildung mit Schärf besprochen habe. Dieser war der Auffassung, dass die Volkspartei zu viel verlange. Daher habe er einen Mittelweg („une solution intermédiaire“) vorgeschlagen: „le Volkspartei céderait autant de portefeuilles à des fonctionnaires pris en dehors des partis que les Socialistes seraient disposés, de leur côté, à en céder aux Communistes.“ Schärf lehnte aber auch diesen Vorschlag ab „tout en reconnaissant que la répartition égale des portefeuilles entre les trois partis dits démocratiques pouvait être discutée“. Gruber regte an, während einer Übergangszeit die Legislative einem Länderrat zu überantworten, auf den die vier Mächte den gleichen Einfluss durch Entsendung einer gleichen Zahl von Delegierten ausüben könnten. Sollte dieser Vorschlag angenommen werden, beschränke sich der Handlungsbereich der Regierung auf Fragen der Verwaltung und die Volkspartei habe keine Einwendungen.⁹⁷ Monicault kommentierte dieses Konzept nicht weiter. Gruber konnte sich mit diesem Vorschlag durchsetzen.

Die westliche Bundesländerabordnung trat am 24. September in Wien selbstbewusst auf, wobei Gruber sich pointiert für eine einschneidende Veränderung der Machtverteilung einsetzte. In einer späteren Publikation lässt er keinen Zweifel daran, dass die Zurückdrängung der Kommunisten sein Hauptanliegen war.⁹⁸ Der Sozialdemokrat Oskar Helmer würdigte ihn als einen geschickt taktierenden und exzellenten Debattenredner.⁹⁹

Wie sehr die These von Grubers angeblichen Absichten einer „Westintegration“ unter Separierung Westösterreichs fehlgeht, wird daran erkennbar, dass er durch sein couragiertes Auftreten für eine Eindämmung des kommunistischen Einflusses in der Renner-Regierung diese für die Westmächte, va die Anglo-Amerikaner, erst regierungsfähig machte, weil sie dadurch Kompromisslösungen zugänglich wurde. Damit stellte er seine gesamtstaatliche Konzeption erneut unter Beweis. Auf der anderen Seite war Gruber nicht bereit, in einem seiner Hauptanliegen, einer gleichwertigen Vertretung der Länder herbeizuführen, Konzesse-

96 Bericht „Länderconferenz de Vienne“ von Monicault an Bidault, 22.9.1945, Fol 49-50. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol 96.

97 Ebd.

98 Gruber, Zwischen Befreiung 35.

99 Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte (1957) 217.

sionen zu machen. Er erinnerte in einer späteren Veröffentlichung daran, dass die Westvertreter bei Misslingen ihrer Anliegen abgereist wären.¹⁰⁰ Nicht ohne Dramatik hieß es in einer weiteren Publikation, dass mit der sofortigen Abreise gedroht worden sei, wenn nicht „wenigstens ein Minimum an vernünftigen Konzessionen angeboten“ würde:

„Sie, meine Herren, haben uns unter Vorspiegelungen hierher gelockt, wir gehen!“ rief ich in den spannungsgeladenen Saal. Minutenlange Stille trat ein. Dann kam Bewegung in die Konferenz. Der sozialistische Bürgermeister von Linz, Dr. Koref, arbeitete schließlich einen Kompromiss aus, der auch uns tragbar erschien.“¹⁰¹

An anderer Stelle formulierte er dies so: „entweder eine Öffnung für das westliche Österreich oder gar nichts“.¹⁰² Wenngleich Gruber öfters zum Mittel des simplen „entweder-oder“ griff, so gibt es aber für dieses tumultuarische Verfahren einer Haltung der Ausschließlichkeit keinen zeitgenössischen dokumentarischen Beleg. Es blieb bei der Drohung und wohl kalkulierter „Kompromisslosigkeit“,¹⁰³ womit der Zweck vermutlich vollauf erreicht war: Der gemäßigte Sozialist Ernst Koref konnte in der heikelsten Frage, der Besetzung des Innenministeriums, vermitteln. Keine größeren Schwierigkeiten bot, wiederum im Gegensatz zu Deutschland, die Festsetzung freier und geheimer Wahlen in ganz Österreich. Seinem damaligen Sekretär Molden gemäß ging es Gruber

„vor allem um eine Balancierung der Gewichte innerhalb der Regierung und um echte Garantien für freie Wahlen auch in Ostösterreich. Es wurden auf Grund seiner Initiative eine Wahlkontroll-Kommission geschaffen und Vertreter West- und Südösterreichs – in der Mehrzahl zum bürgerlichen Lager zählend – in die Regierung aufgenommen.“¹⁰⁴

Er konnte und musste fordern, hatte er doch die Westmächte, va die Amerikaner, hinter sich. Eine zu nachgiebige Haltung hätte ihm Vertrauensverluste eingetragen, gab er doch später zu erkennen, „dass wir

100 Gruber, Zwischen Befreiung 35 f; zuletzt auch Rauscher, Renner 342 f.

101 Gruber, Ein politisches Leben 72; dramatischer in: ders, Zwischen Befreiung und Freiheit 38; vgl zum Vorschlag Korefs, der offenbar vorher schon mit Renner eingefädelt worden war und als Ausdruck der (souveränen) Verhandlungsregie Renners interpretiert wurde: Bollmus, Staatliche Einheit trotz Zonentrennung 711.

102 Gruber, Karl Renner wurde rot im Gesicht!, in: Nasko (Hg), Karl Renner in Dokumenten und Erinnerungen 205.

103 So aufschlussreich auch das Verhalten von Gruber und Ilg gegenüber dem US-Politoffizier Martin F. Herz, vgl Dok 14: Memorandum, 25.9.1945, in: Wagnleitner (Ed), Understanding Austria 50-51. Aus dem Dokument gehen verschiedene Überlegungen und Kombinationen hervor. Der Ausgang der Konferenz war am 25. September 1945 jedenfalls noch offen.

104 Molden/Fepolinski 420 ff.

ja das Abkommen auch den westlichen Alliierten zur Genehmigung vorlegen mussten".¹⁰⁵ Hauptgrund seiner Position der Härte sei jedoch die Befürchtung gewesen, „die völlig eingeschüchterte Bevölkerung in der Ostzone werde nicht politisch aktiv im Sinne der Freiheit und Demokratie werden [...]“.¹⁰⁶

Das für Gruber persönlich wichtigste Ergebnis der Konferenz war seine bis zur Wahl gültige Ernennung zum Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im neu geschaffenen Staatssekretariat für Äußeres.¹⁰⁷ Damit sollte Tirol eine wichtige Funktion für die Gestaltung der Außenpolitik, va der Südtirolpolitik erhalten. In einem US-Geheimdienstbericht wurde der Wechsel nüchtern kommentiert: „Grubers appointment has [...] been welcomed by his own Tyrolean People's Party, whose leaders seem gratified to have the ambitious and somewhat troublesome figure of Gruber removed from the local scene.“¹⁰⁸

Folgt man Manfred Rauchensteiner, so war in der politischen Kommission der Länderkonferenz vieles von dem „wohl erwarteten Kräfteressen zwischen Renner und Gruber“ abhängig, wenn auch der kommunistische Staatssekretär für Inneres, Franz Honner, an diesem Ringen mindestens ebenso beteiligt war.¹⁰⁹

Die Delegierten der ersten Länderkonferenz unterstrichen den hohen Stellenwert der Peripherie gegenüber dem Zentrum, wobei es der Aktivität des Tiroler Landeshauptmanns zu verdanken war, dass beim Rekonstruktionsprozess des österreichischen Bundesstaates¹¹⁰ früh die Länderinteressen zur Geltung gebracht werden konnten. Gruber ließ jedoch nach Konferenzende in einem Interview mit der *Wiener Zeitung* keinen Zweifel an der Bindung seiner engeren Heimat an den Bundesstaat:

„Wir Tiroler wünschen vor allem einen Bundesstaat, wie ihn die alte Verfassung von 1929 vorsieht. Die Stimmung für Wien ist in Tirol heute ganz anders als im Jahr 1918. Damals war sie gegen die Hauptstadt – heute, nachdem das deutsche Experiment hinter uns liegt, ist sie für Wien.“¹¹¹

105 Gruber, Ein politisches Leben 73.

106 Ebd.

107 Tiroler Tageszeitung, 27.9.1945.

108 Zit n Leidenfrost, Die Amerikanische Besatzungsmacht 243.

109 Rauchensteiner, Der Sonderfall 125.

110 Vgl Hellbling, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (1956) 463 ff.

111 Wiener Zeitung, 28.9.1945; vgl auch Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945 81.

Gruber, der den Konferenzverlauf als politischer Berichterstatter der westlichen Bundesländer wesentlich mitbestimmte, wirkte nicht nur an der Regierungszusammensetzung mit, sondern betonte auch die erforderliche Rekonstitution der Länderautonomie, die er „bei der Eigenart der österreichischen Volkszusammensetzung [als] eine wirkliche Existenzfrage des Staates“ bewertete. Die Länderrechte blieben gewahrt und durch Schaffung eines ständigen Länderrates wurde ihr Einfluss auf die Gesetzgebung gesichert. Laut Gruber zeigte Renner in diesem Bereich die größte Konzessionsbereitschaft.¹¹²

Der Staatskanzler legte mit erfolgreicher Abhaltung der Konferenz den Grundstein für die westliche Anerkennung seiner Regierung – der Alliierte Rat billigte deren Vorschläge und empfahl die Ausdehnung der Befugnisse der Staatsregierung auf ganz Österreich.¹¹³ Renner vollzog damit einen eindrucksvoll-demonstrativen Akt österreichischer Geschlossenheit und Einigkeit, wenngleich ihm die Umbildung und Erweiterung seines Kabinetts Kopfzerbrechen und Herzbluten bereitet haben dürfte. Wie Franz Honner in einem Zeitzeugengespräch 1963 mitteilte, wollte ursprünglich Renner „sich die Außenpolitik vorbehalten und nicht Gruber dafür einsetzen“. Er sei „gegen Gruber und gegen eine Erweiterung der Regierung“ gewesen.¹¹⁴

Was die Frage des Innenministeriums anlangte, gab Honner an:

„Sommer aus Oberösterreich sollte als Unterstaatssekretär für Inneres eingesetzt werden. Zuerst gab es Widerstände, da es schon zwei Unterstaatssekretäre gab, auch wir waren dagegen. Aber dann gab man nach, um die Wahlen als völlig frei bezeichnen zu können.“¹¹⁵

In dieser Frage muss zumindest von einem Teilerfolg des Tiroler Landeshauptmanns gesprochen werden. Auf der anderen Seite wurden Renners Bedenken gegen ihn deutlich, weil er ihm nur ein „Unterstaatssekretariat für Äußeres“ zugestand. Die Entmachtung Honners war die „Kabinettsfrage“,¹¹⁶ die ebenfalls mit einem Kompromiss¹¹⁷ durch die Hereinnahme Sommers entschärft werden konnte. Das Ringen mit dem Staatskanzler endete also mit einem vorläufigen Unentschieden. Renner

112 Die Länderkonferenz und die Umbildung der Regierung Renner – Ein Gespräch mit dem Staatssekretär Dr. Gruber, in: *Tiroler Tageszeitung*, 29.9.1945.

113 *Bollmus*, Staatliche Einheit trotz Zonentrennung 711.

114 *Feichtenberger*, Die Länderkonferenzen 1945 46.

115 Unterredung Min. a.D. Franz Honner, 27.11.1963, zit n ebd, 180.

116 *Rauchensteiner*, Der Sonderfall 125.

117 *Gruber*, Zwischen Befreiung und Freiheit 38; *ders*, Ein politisches Leben 72; es ist *Rauchensteiner*, Die Zwei 58, zuzustimmen, dass es „keine wirkliche Krise“ während der ersten Länderkonferenz gab.

wollte weiter die Hand auf das Außenressort halten. Diplomat Josef Schöner notierte: „Der Tiroler Landeshauptmann Dr. Gruber soll Unterstaatssekretär für Grenzfragen bei uns werden – ich bin neugierig!“¹¹⁸ Ein Landsmann hatte Gruber so dargestellt: „Wo der hinsteigt, wächst kein Gras mehr!“ Dagegen notierte Schöner:

„Ich hoffe, dass er endlich Leben in unsere so überaus vorsichtige und zurückhaltende Atmosphäre bringt. Vor allem wird er unsere Interessen wahrnehmen, sodass wir über den Status eines Blinddarms der Staatskanzlei, der nur so nebenbei mitläuft, endlich hinauskommen werden.“¹¹⁹

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass die Rangstufe „Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten“, wohlgemerkt ohne Einschränkung, das Selbstwertgefühl des Tirolers nicht unbedingt befriedigen und dieser den Vorgang als Versuch seiner Degradierung empfinden konnte.¹²⁰ Die Frage, wer das Außenressort definitiv übernehmen würde, sollte noch im Verlaufe des Oktobers für starke Spannungen mit dem Staatskanzler sorgen, um dann endgültig erst im November nach der Wahl gelöst zu werden. Der Tiroler war, wie die Amerikaner jedenfalls registrierten,

„satisfied with the results of the Conference. More party members had been included in accordance with known party strength. All the objectives to be reached had not been attained, but it was a step forward. The most important task facing the nation was the setting up of a Central Government for all Austria.“¹²¹

Konflikte mit den Kommunisten sah Gruber voraus, waren ihm doch bereits im Vorfeld der Konferenz Informationen zugegangen. Der Staatssekretär für Inneres Franz Honner (KPÖ) machte bei einer Konferenz des österreichischen Gewerkschaftsbundes eine für den Landeshauptmann alarmierende Äußerung: „Wir müssen selbst für uns arbeiten, um vorwärtszukommen.“ Er verwies darauf, dass die Vertreter der drei Parteien beschlossen hätten, die Regierung zu ersuchen, ein Gesetz über die Nationalisierung der Energiewirtschaft, der Berg- und Hütten-

118 Tagebucheintrag 26.9.1945, in: Csáky/Matscher/Stourzh (Hg), Josef Schöner, Wiener Tagebuch 1944/45 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 83) (1992) 394.

119 Ebd., 396; weitere zutreffende Charakterisierungen Grubers durch andere Diplomaten in: Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie 1945-1949. Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemanzipation Österreichs (tuduv-Studien, Reihe Politikwissenschaft 60), (1993) 75 f.

120 Tagebucheintrag 29.9.1945, in: Csáky/Matscher/Stourzh (Hg), Josef Schöner 399.

121 Bericht „Germany and Austria: Summary of Political Activity (Oct 1 - Oct 7) von J. Chapin, 8.10.1945, in: Rathkolb (Hg), Gesellschaft und Politik 189.

werke sowie anderer wichtiger Industriezweige vorzubereiten.¹²² Die Frage sollte strittig bleiben.

Im Zuge der ersten gesamtösterreichischen Länderkonferenz – die als Vorstufe bzw. Art Ersatz für den noch fehlenden Bundesrat angesehen werden kann¹²³ – kam es zu der von Gruber geforderten Umbildung des demokratisch noch nicht legitimierten Renner-Kabinetts: Von der Volkspartei wurden ua Josef Sommer aus Oberösterreich Unterstaatssekretär für Inneres und Alt-Vizekanzler Vinzenz Schumy aus Kärnten Unterstaatssekretär für das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung. Monicault, der den Eindruck gewann, dass die Konferenz insgesamt in einer herzlichen Atmosphäre verlief, berichtete, dass sich Gruber dem vollen kommunistischen Zugriff auf das Innenministerium und die Wiener Polizei heftig widersetzt hatte. Der Franzose verwies auf das Ergebnis der politischen Kommission, die den Einbau Sommers bestätigte:

„Il y eut cependant quelques controverses assez animées, en particulier entre les représentants de la Volkspartei et ceux de la Kommunistische Partei, les Socialistes étant en général demeurés en dehors du débat. Notamment, les Populistes reprochèrent véhément aux Communistes d'avoir noyauté la police viennoise. On m'a rapporté que M. Gruber avait à ce sujet adressé des critiques très violentes à l'égard de M. Honner, Ministre de l'Intérieur. Les communistes ayant manifesté très fermement leur volonté de garder le Ministère de l'intérieur, ce fut seulement après de longues discussions que l'on parvint à mettre sur pied le projet qui fait l'objet de la première motion politique.“¹²⁴

Mit seinem selbstbewussten Auftritt war der junge Tiroler Politiker österreichweit bekannt geworden. Sein couragiertes Handeln wurde international anerkannt. Die London *Times* veröffentlichte einen Bericht ihres Wien-Korrespondenten, wie der französische Botschafter René Massigli an den Quai d'Orsay berichtete und dabei nicht versäumte, das Verdienst der französischen Verwaltung hervorzuheben:

„[...] la personnalité la plus marquante révélée par la première conférence des délégués provinciaux a été celle du Docteur Gruber Gouverneur du Tyrol âgé de 36 ans, il a fait une profonde impression sur l'assemblée par son plaidoyer en faveur du maintien des autonomies

122 Tiroler Tageszeitung, 6.9.1945, Nr 65, 2.

123 So *Kunst*, Die abenteuerliche Fahrt [7].

124 Bericht „Länderkonferenz“ von Monicault an Bidault, 27.9.1945, Folio 66-69, hier 69. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol. 96; vgl auch *Reichhold*, Die ÖVP vom 17. April bis 25. November 1945 102.

provinciales. Le Landtag a été reconstitué au Tyrol. Ceci est un indice encourageant des conditions favorables dans lesquelles cette province a été mise en mesure de se remettre au travail sous l'occupation française."¹²⁵

Dass die gesamtösterreichische Länderkonferenz nicht als selbstverständlicher Vorgang aufzufassen ist, wird besonders deutlich, wenn man die Ereignisse und die weitere Entwicklung im besetzten Deutschland verfolgt. Hier wurde zwei Jahre später ein konsensfähiges Ergebnis auf der gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz in München am 6. Juni 1947 durch die starre und kompromisslose Haltung der Vertreter der provisorischen Westadministrationen verhindert,¹²⁶ woraus sich eine völlige andere Konstellation anbahnte als im benachbarten Österreich mit langfristigen, wenn nicht irreparabel erscheinenden, so doch äußerst belastenden Folgen für die Einheit und Zukunft des Landes. Damit soll nicht gesagt sein, dass eine erfolgreiche Konferenz zwischen den ostdeutschen Ministerpräsidenten und ihren westdeutschen Kollegen schon die deutsche Einheit bedeutet hätte, immerhin wäre es aber ein bedeutender Schritt in diese Richtung gewesen. Es sollte zu keiner solchen Zusammenkunft mehr kommen. Dagegen war die erste gesamtösterreichische Länderkonferenz Auftakt für weitere Konferenzen und die Wahrung der staatlichen Einheit. Den „Vorsprung an Staatlichkeit“ vor Deutschland (Manfried Rauchensteiner)¹²⁷ hatte Österreich nicht „geschenkt“ bekommen, sondern durch Umsicht und Konsensfähigkeit seiner Staatsmänner erkämpft, wobei Karl Gruber als eine der wesentlichsten Integrationsfiguren anzusehen ist, vermutlich eines seiner größten politischen Verdienste.

Die Reise der ostdeutschen Ministerpräsidenten in die Hauptstadt des nach der Zerschlagung Preußens nunmehr größten Flächenstaats Deutschlands, um eine deutsche Zentralverwaltung zu beraten – sie traten damit den Gang in die entgegen gesetzte Richtung wie die Landeshauptleute aus dem Westen Österreichs an – war mit Duldung bzw Erlaubnis der zuständigen Militärregierung, also der sowjetischen, erfolgt.¹²⁸

125 Télégramme à l'arrivée von René Massigli, 9.10.1945, Folio 143. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol 96.

126 Einschlägig *Steininger*, Zur Geschichte der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 23 (1975), 375-453 und danach: *Ders.*, 1947: „Dieser Vorfall bedeutet die Spaltung Deutschlands.“ Die Westdeutschen und der Weg in die Teilung, in: *Ders.*, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd 1: 1945-1947 (1996) 309-323.

127 *Rauchensteiner*, Der Sonderfall 127.

128 *Steininger*, „Dieser Vorfall bedeutet die Spaltung Deutschlands“ 316.

Während die russische Besatzungsmacht ebenfalls einer österreichischen Länderkonferenz in Wien zugestimmt hatte, konnte die westliche Seite die Münchner Verhandlungen nicht verhindern, geschweige denn ein Verbandsverbot über die deutsche Einheit aussprechen. Entscheidend war nach Rolf Steininger der fehlende Wille der Westdeutschen selbst.¹²⁹ Hinzu kam freilich noch die früh sich abzeichnende Entscheidungsfindung der westlichen Sieger – unter denen die Briten traditionell eine Vorreiterrolle spielten –, das westdeutsche Potential unter ihre Kontrolle zu bringen und sowohl gegen kommunistische Infiltrations- als auch gegen Sowjetisierungsversuche zu immunisieren.¹³⁰

Das München von 1947 und das Nichtzustandekommen weiterer Konferenzen war nur das Vorspiel der Politik von Konrad Adenauer, dem „auf Dauer markantesten Verfechter der Westintegration“ (Wilfried Loth),¹³¹ dessen Konzept den Erhalt der deutschen Einheit über die polit-strategische Aushilfe der selbsterklärten Neutralität bzw der auferlegten „Neutralisierung“ als zu „gefährlich“ betrachtete, damit aber die spätere Bundesrepublik zum Atomwaffenarsenal machen und die jahrzehntelange Teilung festschreiben sollte. Es ist nicht auszuschließen, dass sich bei einem Erfolg der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz noch eine Praxis hätte herausbilden können, die in ähnlicher Weise wie in Österreich zu einer Politik friedlicher Koexistenz zwischen den Blöcken geführt und den Kalten Krieg, wenn nicht verhindert, so doch in Mitteleuropa eine gemäßigte Variante gefunden hätte.

Um das Thema westösterreichischer Separatismus und Verbindungen zum Tiroler Landeshauptmann zu problematisieren, mag als Beleg dienen, dass er aus dem sicheren Innsbruck in das „Wespennest“ Wien reiste, bevor der historische Kompromiss mit Renner und den Kommunisten zustande kam. Zur Gewissheit wird sein Engagement für die österreichische Einheit, wenn er als zweifellos einflussreichster Mann des Westens der Persönlichkeit Konrad Adenauers gegenübergestellt wird.

Gruber wollte und konnte keine westlich ausgerichtete Satelliten- oder Vasallenrolle spielen. Adenauer wollte und durfte es mit Unterstützung der USA. Gruber trat dagegen für die Einheit seines Landes ein. Nur dann, wenn er Gegner des historischen Kompromisses gewesen wäre

129 Ebd, 317.

130 *Steininger*, Westdeutschland ein „Bollwerk gegen den Kommunismus“? Großbritannien und die deutsche Frage 1946, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 41 (1985), Heft 2, 163-207 [Dokumente 174-203].

131 *Loth*, Von der „Dritten Kraft“ zur Westintegration. Deutsche Europa-Projekte in der Nachkriegszeit, in: Knipping/Müller (Hg), *Aus der Ohnmacht zur Bündnismacht. Das Machtproblem in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1960* (1995) 57-83, bes 62-68, hier 63.

und die provisorische Renner-Regierung in ihrer Zusammensetzung toleriert oder Sozialisten und Kommunisten zum gemeinsamen Handeln ermuntert hätte, wäre ein Beleg für seine Sezessionsabsichten vorhanden. Hierzu hätten aber Renner und Schärp selbst durch Ablehnung jeder Kompromissformel mit beitragen müssen, was bekanntlich nicht geschah.

Die Bildung einer österreichischen „Sozialistischen Einheitspartei“ hätte zweifellos die westösterreichische Sezessionsideologie gestärkt. Selbst unter Druck der Sowjets wäre eine SED-ähnliche Formation in Österreich aber keine derart wirksame politische Kraft wie ein Jahr später die Einheitspartei in der Sowjetzone Deutschlands geworden, weil die westösterreichischen Vertreter den Gang zu Renner nicht scheuten, um ihre Kompromissbereitschaft zu manifestieren und die Einheit des Landes zu retten. Mit einiger Zuspitzung formuliert war es der gemäßigte Sozialist Koref, der die Kompromissformel fand, der auch die Kommunisten zustimmten. Ein derart gemäßigter Sozialist war der westdeutsche Kurt Schumacher¹³² nicht. Inwieweit die Sowjets aus dem österreichischen Geschehen des Sommers 1945 für ihre Zone in Ostdeutschland Lehren zogen, kann nur vermutet werden, ist aber nicht unwahrscheinlich.¹³³ Jedenfalls dürfte die Kontroverse um den westösterreichischen Separatismus und den Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber entschieden sein.

7. Misstrauen aufgrund der Kooperation mit den USA: Französische Offiziere spüren Grubers Vergangenheit nach

Für die Franzosen war Gruber als der von den Amerikanern eingesetzte provisorische Landeshauptmann zunächst „un homme peu connu“.¹³⁴ Erst nach seiner Nominierung zum Unterstaatssekretär begannen sie über ihn zu ermitteln. Monicault berichtete Bidault, dass Gruber „aktiv“, „jung“, „intelligent“ und „ein guter Redner“ sei, von woher er seine Unterstützung bezog und welche Besatzungsmacht er bevorzugte:

¹³² Vgl. hierzu den von der Friedrich Ebert Stiftung/Abteilung Politische Bildung herausgegebenen Band von Willy Albrecht (Bearb.), Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist (Materialien zur politischen Bildungsarbeit) (1988).

¹³³ Überliefert ist die Perzeption der „Gefahr Österreich“ nach der unerwartet desaströsen Wahlniederlage der KPÖ am 25.11.1945, die sich in der Politik der KPdSU und KPD niederschlug, vgl. Dok. 9: Information von Walter Ulbricht über ein Gespräch mit Bockow, Tulpanow, Wolkow am 22.12.1945, in: Badstübner/Loth (Hg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953 (1994) 62-63, hier 62.

¹³⁴ Rapport du 31 août 1945. MAE, Z Europe Autriche 1944-1949, Vol. 95, Fol. 314-316, hier 316.

„Assisté d'une femme bien douée, il a des ambitions et n'est pas sans surface. Il a été l'un des chefs de la résistance et ce titre, joint à celui de tyrolien, le mettait en avant dans les circonstances actuelles pour défendre de Vienne les intérêts nationaux autrichiens. Cependant sa personnalité est loin d'être indiscutée. Dans sa province même, où l'origine et le passé de chacun compte pour beaucoup, on le considère ni comme un tyrolien de vieille souche, ni comme un chrétien-social de conviction bien sincères. Sa réélection à la présidence du Gouvernement provincial était, m'a-t-on dit, assez douteuse.

J'ajoute que, dans ses fonctions d'administrateur, M. Gruber a toujours manifesté à notre égard une attitude des plus correcte, et qu'en politique, il garde soigneusement le contact avec nous. Toutefois, il me paraît pas qu'on puisse faire un fond absolu sur sa loyauté. Assuré de l'appui puissant que les Américains accordent au Volkspartei, il passe d'ailleurs dans le public comme beaucoup plus dévoué à leurs intérêts qu'aux nôtres.“¹³⁵

Britische Quellen bestätigten, dass österreichische Emigranten in England und das Foreign Office Gruber als „homme sérieux et d'une certaine valeur“ betrachteten:

„Il aurait écrit il y a encore quelques semaines un article dans la 'Weltwoche' de Zürich où il critiquait assez fortement le Gouvernement Renner. Son entrée au sein du Cabinet remanié serait une manifestation de l'accord unanime qui s'est réalisé à Vienne, d'autant plus que, lors de la Conférence des délégués provinciaux, ce serait lui qui aurait mené l'opposition contre la forme primitive du gouvernement.“¹³⁶

Seine Biographie ergab weitere Details. Die Mitgliedschaft in der sozialistischen Jugend war bekannt. „[I]l faisait partie du mouvement de résistance et a du de bonne heure entrer en contact avec les Américains“.¹³⁷ Das Augenmerk richtete sich besonders darauf, wie Gruber zum Landeshauptmann wurde:

„Peu avant la libération par les troupes américaines Gruber se trouvait à la tête du mouvement de résistance à Innsbruck et avec intelligence et énergie organisait le premier Gouvernement provincial du Tirol dont il fut

135 Bericht „Affaires Politiques“ von Monicault an Bidault, 28.9.1945, Folio 80-81. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol 96.

136 Note Composition du Gouvernement Renner [Oktober? 1945], Folio 107. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol 96.

137 Für dies und das folgende vgl Note de Renseignement Autriche „Au sujet du Docteur Grüber [sic]“, Valeur: C/3, Class: 12970, 9.11.1945, Fol 24-25. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol 97.

le Chef. Il parvint en peu de temps à inspirer le respect à tous les partis. Il faut reconnaître qu'en revanche il se fit des adversaires résolus. Ce qui fait que le portrait que dessine de lui l'opinion publique laisse souvent apparaître des aspects contradictoires.“

Eher unverständlich für französische Verhältnisse war, dass man sich im Kanzleramt nicht festlegen konnte, ob Gruber nun „Minister“, „Ingenieur“ oder nur „einfach“ „Doktor“ sei. Ebenso erstaunlich war es für sie, dass Gruber nach so kurzer Zeit den einflussreichen Posten des Landeshauptmanns aufgegeben hatte, um den gewiss auch wichtigen Platz eines „Staatssekretärs [sic!]“ einzunehmen. Ähnlich wie die Amerikaner sahen auch sie den Grund seines Wechsels im Betreiben seiner Gegner in der Tiroler Volkspartei, ihn nach Wien abzuschieben, worüber man aber auch nicht besonders glücklich sei:

„Il semble que tout cela vienne à ce que même ses amis du Parti (il est en tête de liste de Volkspartei dans le conseil national de son arrondissement au Tyrol) commencent à voir en lui un adversaire certain. Son départ à Vienne n'a sans aucun doute pas non plus été bien vu dans les milieux tyroliens du Volkspartei.“

Diese vagen Auskünfte genügten den Franzosen nicht. Sie bemühten sich um genauere Informationen insbesondere über seine in Berlin verbrachte Zeit. Bald ergab sich eine fragwürdige Verbindung zum US-Nachrichtendienst mit Äußerungen wenig schmeichelhaften Inhalts über das französische Besatzungselement. Seine antinazistische Einstellung wurde bestätigt. In der Ermittlung tätig war neben Monicault auch der französische Botschafter in der Schweiz, Henri Hoppenot, als Gruber sich im Oktober in der Schweiz aufhielt und eine Beurteilung des Unterstaatssekretärs gewünscht wurde. Monicault bestätigte, was schon längst bekannt war: „La correspondance du Dr. Gruber avec les services secrets américains en Suisse, serait assuré par un agent faisant de fréquents déplacements entre Innsbruck, Munich, Vienne et Berne dans une voiture de marque allemande B.M.W.“

Ebenso ungenau wie enthüllend sind weitere Ermittlungen gewesen:

„Le Dr. Gruber était avant l'Anschluss, Inspecteur des P.T.T. à Innsbruck. Révoqué [sic!] dès le printemps 1938, il fut mis en contact avec ces services secrets par des touristes américains dont il avait fait la connaissance au cours d'excursions. C'est en utilisant ses rapports avec le C.I.C. que l'intéressé obtint un poste d'ingénieur aux Usines Telefunken à Berlin. Pendant toutes les hostilités, il aurait servi d'informateur aux Alliés. En outre, il aurait joué le rôle d'intermédiaire entre un fonctionnaire du Ministère des Affaires Etrangères du Reich, le Conseiller de

Légation Dr. von Ficker, et un diplomate étranger à Berne dont seul le pseudonyme, Julius, est connu. Le Dr. Gruber entretiendrait encore aujourd'hui des rapports suivis avec Julius à qui il fournirait des renseignements sur l'activité des Français dans leur zone d'occupation. Les articles hostiles à notre pays parus dans la presse et notamment dans la Neue Zürcher Zeitung, émaneraient du Dr. Gruber, qui, jusqu'à ces derniers jours encore, était Landeshauptmann du Tyrol.¹³⁸

Die von Gruber lancierten Presseberichte über französische Übergriffe entbehrten nicht der Berechtigung. Sie konnten zu diesem Zeitpunkt nur über die neutrale Schweiz publiziert werden. Sie wurden von Béthouart wohl zur Kenntnis genommen, ohne dass sie ihm politisch geschadet hätten, jedenfalls hörten die vereinzelt Übergriffe insbesondere der marokkanischen Truppen nach und nach auf. Kein militärisches Element einer Besatzungsmacht kann ein grundlegendes Interesse an Provokationen der Bevölkerung des besetzten Landes haben, ganz im Gegenteil, eine möglichst freundliche Atmosphäre gilt als wünschenswert nicht nur in Bezug auf die holde Weiblichkeit, was bei der anhaltenden Trennung der Soldaten von der Heimat menschlich verständlich ist.¹³⁹ Die französische Armee hatte unter den im Sommer 1945 in Tirol gegebenen Umständen keinen Anlass, Vergeltung zu üben, weil es keinerlei bewaffneten zivilen Widerstand, etwa in Form von Partisanen, gegeben hatte. Vielmehr war die Truppe korrekt empfangen worden trotz des schlechten Rufs der marokkanischen Einheiten.

8. Abschied aus Tirol und Misserfolg auf der zweiten Länderkonferenz

Schon während der ersten Länderkonferenz bestanden keine Zweifel mehr an Grubers Weggang. Er gab in einem Hörfunkinterview anlässlich der auffällig späten Verleihung des Ehrenzeichens des Landes Tirol im Jahre 1985 an, dass eine politische Karriere ursprünglich gar nicht sein Anliegen gewesen sei, er wollte lediglich, „dass die Nazi verschwinden“. Mögen seine Äußerungen über die nicht beabsichtigte politische Laufbahn durch seine Handlungsweise selbst widerlegbar sein, so entspricht seine zweite Feststellung durchaus den Tatsachen. Für den Wechsel gab es hauptsächlich drei Beweggründe: *Erstens* die Frage der Brennergrenze und *zweitens* die Befürchtung, „dass die Wiener andere Sorgen

138 Bericht von Monicault an H. Hoppenot, 17.10.1945, Folio 240 f; Bericht No 1488 von H. Hoppenot „Dr. Gruber, „Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires Étrangères autrichiennes“ an das MAE, 30.10.1945, Folio 239. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol 96.

139 Speziell zu dieser Fragestellung vgl. Eisterer, Fraterniser, in: Das Fenster 31 (November 1997), Heft 64, 6109-6114.

als Südtirol hatten“. Nach der Überwindung des Nationalsozialismus empfand er nun den Bolschewismus als schwere Bedrohung. Er sei „immer sehr besorgt“ gewesen, dass die Wiener „dem östlichen Druck nicht genug Widerstand entgegensetzen“ würden. Durch eine starke Persönlichkeit aus dem Westen sollte eine „Verschlampung des politischen Widerstandes“ verhindert werden.¹⁴⁰

Mit der starken Persönlichkeit war er selbst gemeint und die Erwähnung Südtirols deutet darauf hin, dass er den Wienern die Sorgen um das Land südlich des Brenners abzunehmen bereit war. Dass er erst jetzt den Bolschewismus als eine tödliche Gefahr empfand, lag auf der allgemeinen Linie der alliierten Politik. Hier ist *drittens* noch zu ergänzen, dass seine Absichten von Anfang an auf Wien ausgerichtet waren, 1934 wie 1945. Die Bundespolitik und die Metropole übten mehr Faszination auf ihn aus als der enge Aufgabenbereich in Tirol. Weder biographisch noch von den Ambitionen her konnte es verwundern, dass er die erste sich bietende Gelegenheit nutzte, um die Bundespolitik mitzugestalten.

Als er im Herbst 1945 seine Zelte in Innsbruck abbrach – die letzte Regierungssitzung mit ihm als Vorsitzender wurde am 2. Oktober abgehalten¹⁴¹ –, dankte er Voizard für Unterstützung und Verständnis bei der Lösung schwieriger Fragen und großer Probleme. Gruber versicherte dem Generaladministrator in einem Brief vom 5. Oktober, dem Tag, an dem er nach Wien aufbrach, „dass Tirol niemals die feste Haltung vergessen wird, die Sie in der Verteidigung seiner Interessen eingenommen haben, und seien Sie, bitte, von der aufrichtigen Freundschaft des Tiroler Volkes wie auch von meinen persönlichen Gefühlen der größten Ergebenheit überzeugt.“ Die Antwort Voizards brachte nun doch das offiziell gute Verhältnis zwischen französischer Militärregierung und Tiroler Landesregierung zum Ausdruck. Der Militär bestätigte, dass sich nicht nur die persönlichen Kontakte, sondern auch die Beziehungen der beiden Dienststellen durch gegenseitige Verständigung entwickelt hätten, und versicherte, dass die erzielten Ergebnisse für die Zukunft beider Länder noch viel versprechen würden:

„Ich darf Sie daher beglückwünschen und Ihnen danken für die wertvolle Mithilfe, die Sie der Militärregierung haben zuteil werden lassen.

140 Hörfunkinterview des ORF-Radio Tirol mit Gruber, 20.2.1985 (Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers).

141 Beschlussprotokoll Nr 22 über die Regierungssitzung vom 2.10.1945. TLA, Akten des Herrn LH 1945/46, Regierungssitzungsprotokolle, Fasz 1.; Die Landesparteileitung tagte einen Tag vorher und legte die Nachfolgeschaft mit Weißgatterer und Gamper fest; vgl Kornhaus (Stormovik) [=Edgeworth Murray Leslie], Report „Central Direction Meeting of Tyrolian Volkspartei“, 9.10.1945. NARA, RG 226, E 108, Box 10, Folder 69.

Eine neue Aufgabe, die noch wichtiger ist für die Wiederherstellung eines freien und aufstrebenden Österreich erwartet Sie in Wien.“¹⁴²

Inzwischen hatte Grubers Popularität in den verschiedenen Kreisen der Tiroler Politik einen beachtlichen Stand erreicht. Die Einschätzungen sind aufschlussreich. OSS/SSU-Informant Leslie hörte von allen Seiten „only praise of him“:

„The most extravagant commendation comes from Gruber's former political opponents - men like Prof. Gamper and Dr. Jennewein [sic!] – who doubtless felt they can breathe more freely now that he has left. However, Jennewein assured source that there had been a genuine reconciliation between Gruber and Gamper, the latter now realizing the high qualities and the sincerity of the former Landeshauptmann, and his great services to Tirol.

At a recent session of the Central Direction of the ÖVP in Tirol, Prof. Reut-Nicolussi paid a particularly glowing tribute to Gruber, stating that he had never come across a man with so many high qualities.

It is also significant that all groups within the ÖVP were united in selecting Gruber party's first candidate in the coming elections.

The Socialists are less warm in their praise, but even they regret the loss of 'one of their most reasonable political opponents – a progressive man with whom one could talk, who was not bound to his party's views, but had an opinion of his own.' They further admit that his successor 'is not always so energetic in his dealings with the French.'

Communist Ronczay told source Gruber's departure was a great blow, politically, for Tirol. In his view, the former Landeshauptmann was 'an excellent man, who was largely responsible for the introduction of progressive new blood into the ÖVP'.“¹⁴³

Dies waren bemerkenswerte Bescheinungen, die sich mit den bisher analysierten Aspekten decken. Mit dem Wechsel in die Bundeshauptstadt waren für ihn Erfolge schwerer zu erringen und auch entsprechend schwierig, derart breite politische Anerkennung zu erlangen.

Während Monicault den Ausgang der ersten Länderkonferenz (24.-26. September) als Erfolg der Volkspartei, die von den amerikanischen Besatzungsbehörden weitgehend unterstützt worden war, beurteilte, da sie mit Umbildung der Renner-Regierung größere Vorteile für sich ver-

142 Beide Briefe abgedruckt in: Tiroler Tageszeitung, 19.10.1945.

143 Kornhaus/Stormovik, Report „The Political Situation in Tirol“, 26.10.1945. NARA, RG 226, E 108, Box 10, Folder 70.

buchen konnte, betrachtete er die zweite Konferenz (9.-11. Oktober) als unzweifelhaften Sieg der Kommunisten – und damit auch der sowjetischen Besatzungsmacht: Gemeinsam mit den Sozialisten hatten sie sich gegen eine Zulassung von Nationalsozialisten zur Nationalratswahl im November ausgesprochen. Aus beiden Ergebnissen folgte Monicault, dass die Renner-Regierung weder anerkannt noch unabhängig sei. Der Kanzler verhehlte auch nicht seine Enttäuschung über dieses Faktum und wäre schlecht beraten gewesen, wenn er über die Entwicklung der Dinge Zufriedenheit bekundet hätte. Monicaults Urteil traf für die Unabhängigkeit zu, nicht jedoch für die De-facto-Anerkennung. Renner hatte dem Provisorium durch die integrierende Wirkung seiner Persönlichkeit, durch den Kompromiss der Parteien und die Zustimmung der Bevölkerung bereits ein so großes Gewicht verschafft, dass bei der bestehenden Pattsituation zwischen den Besatzungsmächten weder der Westen noch der Osten die Bildung einer anderen Regierung durchsetzen konnte. Sind sich die Schwachen in der historischen Sekunde einig und bietet niemand unter ihnen den Starken die ganze Hand, so kann viel erreicht werden. Die spätere Entwicklung in Deutschland sollte dies deutlich werden lassen.

In der Frage der Behandlung der Nationalsozialisten hatte eine fünfköpfige Kommission des Innenministeriums mit Unterstaatssekretär Sommer Vorschläge für die Konferenz ausgearbeitet. Die Volkspartei konnte sich aber mit ihrem Vorschlag nicht durchsetzen, der einen Ausschluss von der Wahl lediglich für Parteiführer, -funktionäre und „Illegale“, nicht aber für einfache Parteigenossen vorsah. Ernst Fischer (KPÖ) und Adolf Schärp (SPÖ) verfochten eine harte Linie, die keine Ausnahmen kennen sollte. Vor allem die Kommunisten lehnten jeglichen Kompromiss ab, erfuhren dabei Stärkung von den Sozialisten revolutionärer Provenienz und äußerten demgemäß schwere Befürchtungen, „de voir les nazis jouer un rôle électoral important dans les pays tels que le Tyrol où le National-socialism conserve encore de nombreux fidèles“. ¹⁴⁴

Tatsächlich hatte der vormalige „Reichsgau Tirol-Vorarlberg“ die höchste Zahl an Parteimitgliedschaften (1938-1945) aufzuweisen, was mit der Politik der offenen Arme des Gauleiters Franz Hofer eng zusammenhing, der dem „Führer“ einen Mustergau präsentieren wollte. Anspruch und Realität klafften jedoch weit auseinander. Jene, die nach dem „Anschluss“ die Parteimitgliedschaft erwarben, waren nicht immer gesinnungstreue und überzeugte Nationalsozialisten. Gruber war davon unterrichtet, wie er auch selbst im Widerstand mit Personen zusammen-

¹⁴⁴ Commandement en Chef Français en Autriche, Le Conseiller Politique, Monicault an Georges Bidault, 13.10.1945. MAE, Z Europe, Autriche 1944-1949, Vol 96.

arbeitete, die der NSDAP angehört hatten, sei es aus pragmatisch-existentialen oder taktischen Gründen. Im Namen der Volkspartei trat der eben erst ernannte Unterstaatssekretär für Äußeres erneut für eine maßvolle Vorgangsweise ein. Monicault hierzu: „[qu] il soit tenu compte du grand nombre d'hommes qui ont adhéré au parti nazi seulement sous l'effet d'une contrainte extérieure et sans adopter l'idéologie de ce parti [...]“. Va mit Blick auf die politische Zukunft des Landes plädierte der zukünftige Außenminister für die Zusammenarbeit der Parteien und propagierte einen Mittelweg. Die staatspolitisch bemerkenswerten Ausführungen lauten so:

„Nous devons accorder, dit-il, que les raisons opposées à notre point de vue méritent considération, en particulier l'argument qui invoque la brièveté du délai imparti. Il faut, quelles que soient les circonstances, procéder aussi vite que possible aux élections, et le système de la collaboration entre les partis ne doit pas être mis en péril. C'est pourquoi nous avons finalement donné notre assentiment à la solution commune'. Et il poursuivit en déclarant que le Volkspartei estime nécessaire d'entreprendre une claire distinction entre les nazis actifs et responsables, et ceux qui sont entrés dans le parti sous la contrainte où même sous la terreur, sans jamais avoir adhéré aux théories nazistes. 'La haine doit faire place à l'union et à la collaboration'.“¹⁴⁵

Die ehemaligen Nationalsozialisten blieben aus doktrinen Erwägungen der Kommunisten und Sozialisten von den Bürgerrechten, dh vom aktiven wie passiven Wahlrecht ausgeschlossen, so dass sein Plädoyer für die Schonung der „Mitläufer“ erfolglos blieb. Schärf vertrat unter Missachtung psychologischer Überlegungen, dass Unversöhnlichkeit in punktuellen Fragen nur Aufbegehren fördert, den etwas milderen Standpunkt, dass jedenfalls bei den ersten Wahlen „die Nazis“ kein Recht haben dürften zu wählen. Dieser unpolitische Standpunkt bildete die Keimzelle für eine neue parteipolitische Entwicklung, deren Resultat sich Jahre später zeigte. Ohne den Ausschluss der registrierten Nationalsozialisten (ca 25% der Bevölkerung) von der ersten Wahl wäre eine vierte Parteigründung in Form des WdU/VdU, der auch als „Verband der Unzufriedenen“ bezeichnet worden ist und mit der daraus hervorgehenden FPÖ (1955/56) seine Fortsetzung fand, möglicherweise gar nicht erfolgt.

Führende Kreise der Tiroler Volkspartei erblickten jedenfalls in der Annahme dieses Gesetzes „a major defeat“, wie ein SSU-Informant

145 Ebd; Schuster/Weber (Hg), Entnazifizierung im regionalen Vergleich (Archiv der Stadt Linz, Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2002) (2004).

ermittelte. Viele Persönlichkeiten, unter ihnen Reut-Nicolussi, argumentierten, „that the law is a grave political error, because it will inevitably drive all Nazis, including the comparatively blameless weakling or opportunist, into one camp“.¹⁴⁶

9. Zusammenfassung: Gruber arbeitete Renner entscheidend vor

Gruber wollte nach Wien und damit ist schon zum großen Teil die Frage nach angeblichem westlichen Sezessionismus beantwortet. Den separatistisch gesinnten Gruppen, die mit sonderbündischen Konzepten liebäugelten, gehörte er nicht an. Er wäre wohl auch nicht bereit gewesen, Repräsentant einer Tiroler Gegenregierung um Hans Gamper, Alois Molling und Hans Blaas zu sein, wobei den letzten beiden Führungsqualitäten abgingen.

Auch das von Gruber mitgetragene Projekt einer „Demokratischen Österreichischen Staatspartei in Tirol“, deren Konzept von verantwortungsbewussten Universitätslehrern wie Gschnitzer und Reut entwickelt wurde, war nicht Ausdruck eines tirolischen Sonderbundes, sondern sollte das österreichische Staatsganze stärken. Nicht von ungefähr stand dieses Attribut an vorderster Stelle. Insofern ist der Befund Josef Feichtenbergers, basierend auf einem Interview mit Leopold Figl, wonach mit der Vereinigung Staatspartei-ÖVP in Salzburg [sic!] „jegliche Separationsbestrebung im Westen Österreichs ein Ende“¹⁴⁷ gesetzt worden sei, irreführend. Diese Tendenzen gingen von anderen Kreisen aus, zu denen Gruber im politischen Gegensatz stand. Sie hielten auch noch über 1945 hinaus an, wenngleich sie an den Realitäten scheiterten. In diese Interpretation fügt sich auch die Tatsache, dass er sich der Mission Braunsteiners unverzüglich anschloss.

Spätestens im September arbeitete Gruber mit seiner Bereitschaft, an der gesamtösterreichischen Länderkonferenz in Wien teilzunehmen, der Anerkennung der Regierung Renner durch die Westmächte vor. Bis zu ihrer definitiven Anerkennung galt es noch, größere Widerstände bei den Briten zu überwinden, die im Unterschied zu Gruber weniger gut über

146 Report „Party Opinion in the Tirol on Law Depriving Nazis of Voting Rights, 23.10.1945. NARA, RG 226, E 108, Box 10, Folder 70.

147 Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945 30; Stadler, Adolf Schärf 211, 268 spricht irrig von „Tiroler [sic!] Staatspartei“; Geteilt werden muss daher die Auffassung von Reichhold, Die Entstehung der Volkspartei in den Bundesländern, in: Österreichische Monatshefte 31 (März/April 1975) 3/4, 26-30, hier 29, dass die Staatspartei „mehrfach mit separatistischen Bestrebungen in Richtung einer Abspaltung Westösterreichs in Verbindung gebracht [wurde], die jedoch nie bestanden“.

Renner und seine Regierung informiert gewesen sein dürften – der deutsche Historiker Reinhard Bollmus sprach von „Musterbeispiele[n] des historischen Fehlurteils“. ¹⁴⁸ Dagegen waren die USA einer Anerkennung eher zugeneigt. ¹⁴⁹ Damit lag Gruber auf der richtigen Linie, wenn er das amerikanische Spiel mitspielte, wobei der britische Widerstand dem Tiroler in der Frage der Bestellung des umstrittenen Franz Honner für das Innenministerium wiederum von Nutzen war.

Gruber war von Anfang an nur ein Landeshauptmann auf Zeit, seine Rolle lediglich eine Übergangslösung und damit ein Provisorium auf Abruf. Im Pokerspiel um die Gunst der westlichen Besatzungsmächte hatte er sich durch seine aktive Zusammenarbeit bei der Behebung der ersten Nachkriegsschwierigkeiten in Tirol einen Bonus erarbeitet, wie ihn kein zweiter konservativer oder sozialistischer Politiker in den westlichen Ländern vorzuweisen hatte. Im Unterschied zu seinem Nachfolger galt Gruber als ein starker Landeshauptmann dank „his forceful personality, courage and untiring energy“. ¹⁵⁰

Ohne seinen gesamtösterreichischen Impetus wäre seine Ernennung für die Staatskanzlei, dem späteren Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten, in einem völlig fremden Aufgabenbereich, undenkbar gewesen. Damit waren österreichischerseits alle Voraussetzungen für die Lösung seiner ersten außenpolitischen Aufgabe von Bedeutung, der Südtirolfrage, gegeben. Über Mangel an Handlungsfreiheit brauchte er sich nicht zu beklagen. Es kam nun insoweit auf ihn selbst an, wie er diese in richtiger Weise nutzen konnte.

Der Beitrag hat deutlich gemacht, dass *erstens* die Entwicklung vom Mai bis September 1945 hinsichtlich der letztlich in Wien gefundenen Einigung keineswegs automatisch vorgezeichnet war, *zweitens* bereits in dieser Frühphase der Zweiten Republik nicht nur die im Wiedererstehen begriffenen Länder und der Beginn ihrer Koordination im Wege der Länderkonferenzen (Andreas Rosner), ¹⁵¹ sondern zunächst vor allem die Parteien und hierbei die ÖVP-Landesgruppen, eine ganz entscheidende Rolle beim Zustandekommen der staatspolitischen Einigung spielten, wobei in Tirol vorerst zwei bürgerliche Parteien bestanden, die alte Tiroler Volkspartei und die neue Demokratische Österreichische Staatspartei,

148 Bollmus, Staatliche Einheit trotz Zonentrennung 710.

149 Ebd, 710 f.

150 Kornhaus/Stormovik, Report „The Political Situation in Tirol“, 26.10.1945. NARA, RG 226, E 108, Box 10, Folder 70.

151 Rosner, Zu den Grundlagen der Länderkoordination 1945-1955: Die Länderkonferenzen, in: Karner/Stangler (Hg), „Österreich ist frei!“ Der österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005 (2005) 99-101.

die erst zu einer Fusionierung gelangen mussten. *Drittens* handelte es sich nicht nur um ein Ringen zwischen Karl Gruber und Karl Renner, sondern auch um ein Ringen mit den Kommunisten. Lediglich aufgrund von Kompromissfähigkeit auf allen Seiten war die Einigung möglich. Spätestens im September 1945 arbeitete Tirols Landeshauptmann Karl Gruber mit seiner Bereitschaft, an der ersten gesamtösterreichischen Länderkonferenz in Wien teilzunehmen, der Anerkennung der Regierung Renner durch die Westmächte, die im Oktober folgen sollte, entscheidend vor. In den Monaten vor dieser ersten und entscheidenden Länderkonferenz gab es jedoch einen von der Forschung bisher nur wenig beachteten verschlungenen, ja weit spannenderen Verlauf als nachher, der deshalb in diesem Beitrag dargestellt und analysiert worden ist.

Die Bausteine zur Wiederherstellung der bundesstaatlichen Verfassung 1945

Nimmt man die durchschnittlichen Geschichtskenntnisse der österreichischen Bevölkerung zum Maßstab, so kann man anlässlich des Jubiläums 60 Jahre 2. Republik als landläufige Meinung feststellen, dass die Verfassung Österreichs nach dem autoritären Regime zwischen 1934 und 1938 und nach den anschließenden Jahren der nationalsozialistischen Diktatur am 27. April 1945 gleichsam wie von selbst wiedererstanden sei. Wie im Märchen Dornröschen nach hundertjährigem Schlaf vom Prinzen wach geküsst wurde, der Betrieb im Schloss ganz von selbst wieder zu laufen begann, der Koch den Küchenjungen wieder am Ohr zog, so sei die demokratische Republik nach dem „tausendjährigen Schlaf“, welcher Gott sei Dank nur sieben Jahre gedauert hat, vom Prinzen in der Gestalt des Staatskanzlers Renner am 27.4.1945 wach geküsst worden und alle ihre Organe hätten ihre verfassungsmäßige Tätigkeit, wie im Märchen, wieder aufgenommen. Dieser Einschätzung ist ebenso schwer beizukommen, wie überhaupt Verfassungsfragen nur selten in das allgemeine Bewusstsein dringen.

Umso verdienstvoller ist es, dass das Österreichische Föderalismusinstitut in zeitlicher Nähe des Jubiläums und am Ort der historischen Länderkonferenz vom 24. – 26. September 1945 eine Tagung veranstaltet, um dem Zeitpunkt der Entstehung der Verfassung der 2. Republik und ihres bundesstaatlichen Charakters nachzuspüren. Diese Forschung ist keineswegs nur eine jener akademischen Spielereien, die man heutzutage nicht so gern hat. Sie ist – wie noch zu zeigen sein wird – eine ganz entscheidende Voraussetzung für die Diskussion über die Weiterentwicklung unserer Verfassung.

Wenn mir das Thema gestellt ist, über die Bausteine zur Wiederherstellung der bundesstaatlichen Verfassung im Jahre 1945 zu referieren, dann möchte ich gleich bei dieser Metapher bleiben und darauf hinweisen, dass Bausteine sich nicht, wie man es in einem Trickfilm sehen kann, von einem Moment auf den anderen zu einem Haus zusammenfügen, sondern in einem sinnvoll geplanten Nacheinander aufeinander abgestimmt werden müssen. Ebenso ist der Bundesstaat Österreich im Jahre 1945 nicht von einem Moment auf den anderen entstanden, wenn auch die Denkweise von uns Juristen dazu neigt, Tatbestände von einer

Minute auf die andere, sozusagen zwischen 24 und Null-Uhr für gegeben oder nicht gegeben zu erachten.

Was waren nun die Bausteine, aus denen der Bundesstaat Österreich 1945 errichtet wurde. Ich nenne vier Ecksteine, die zu betrachten sind. Als ersten Baustein muss man wohl den brennenden Wunsch der österreichischen Länder ansehen, nach Jahren der Auslöschung wieder ihrer historischen Rolle gerecht zu werden und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Der 2. Baustein ist die Bereitschaft der Bundesländer, wiederum so wie im Jahr 1918 in einer gemeinsamen österreichischen Republik verbunden zu sein. Eine Bereitschaft, die naturgemäß von den so genannten Gründungsvätern der Republik schmerzlich erwartet und daher positiv erwidert wurde. Als 3. Baustein nenne ich die unumgänglich notwendige Zustimmung jener Mächte, die über die normative Kraft des Faktischen verfügten, den Wunsch der alliierten Mächte, die Verbindung der österreichischen Länder zu einem neuen gemeinsamen Bundesstaat zu zulassen und damit die Fortschreibung einer bundesstaatlichen Verfassung zu ermöglichen. Und 4. die demokratische Legitimität dieses Willens der österreichischen Bundesländer durch die freie Wahl ihrer Landesparlamente im November 1945. Dieser 4. Baustein, die durch ein demokratisch gewähltes Parlament zu Stande gekommene Willensbildung der Länder, ist im biblischen Sinn gesprochen jener Eckstein des österreichischen Bundesstaates, den die modernen Bauleute so gerne verwerfen möchten, in dem sie die Abschaffung der Landesparlamente aus Kostengründen verlangen. Freilich handelt es sich dabei um Bauleute, denen es an der erforderlichen Konzession für ihre Bautätigkeit an der Verfassung fehlt, Pfuscher eben, wie man im Volksmund zu sagen pflegt.

Nun aber zu den Bausteinen im Einzelnen. Gewiss, das Verfassungsüberleitungsgesetz vom 1. Mai 1945, StGBI Nr 4/1945, setzt das Bundesverfassungsgesetz in der Verfassung von 1929 grundsätzlich wieder in Wirksamkeit und die vorläufige Verfassung, StGBI Nr 5/1945, regelt in den §§ 2 und 3, dass „die überlieferte Ländereinteilung die räumliche Grundlage für die gesamte staatliche Organisation bleibe“. Auch die Grenzen der einzelnen Länder sollen unverändert bleiben, freilich mit der Einschränkung der endgültigen Grenzziehung zwischen Wien und Niederösterreich und der Frage eines selbstständigen Burgenlandes. Doch unbeschadet der rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung über die Bedeutung dieser Normen für die Verfassung der österreichischen Bundesländer – ich verweise auf Pernthaler, die Staatsgründungsakte der österreichischen Bundesländer und die dort zitierte Literatur und Judikatur – bleibt festzuhalten: Das Verfassungsüberleitungsgesetz vom 1. Mai 1945 und die zum selben Zeitpunkt in Kraft

getretene vorläufige Verfassung waren für sich allein weder verfassungs-
dogmatisch noch faktisch geeignet, sich als gültige Rechtsnormen für die
österreichischen Bundesländer und damit für den österreichischen
Bundesstaat durchzusetzen. Der erste entscheidende Schritt für das
Wiedererstehen der österreichischen Bundesländer als Gliedstaaten der
Republik waren vielmehr die selbstständigen Maßnahmen und Rechts-
akte, die in den einzelnen Ländern getroffen wurden. Diese Initiativen
sind ein sichtbarer Beweis dafür, dass weder Fremdherrschaft, noch
Krieg und die Not der Besatzung das Bewusstsein der österreichischen
Bundesländer schwinden ließen, sich als eigene Einheiten zu verstehen.
Gewiss hatten die Leute im Sommer des Jahres 1945 vom Neusiedler
See bis zum Bodensee andere Sorgen als sich um die Wiedererrichtung
ihres selbstständigen Bundeslandes zu kümmern, aber die in ihrer
Vertretung agierenden politischen Persönlichkeiten waren sich dieses
Erfordernisses wohl bewusst.

Was das bedeutete, sei in der Folge an Hand der Länder in alphabeti-
scher Reihenfolge kurz dargestellt.

Wie wenig die bundesstaatliche Gliederung unserer Republik durch
die vorläufige Verfassung bereits gesichert war, zeigt die Geschichte des
Burgenlandes. Denn dieselbe Staatsregierung, welche die Wiederher-
stellung der bundesstaatlichen Struktur von 1929 beschlossen hatte, war
sich keineswegs sicher, ob es im neuen Österreich ein Burgenland über-
haupt wieder geben sollte. Man befürchtete, es könnten Rückforderungen
Ungarns dadurch wieder aufleben.¹ Auch der Niederösterreicher Oskar
Helmer soll sich darüber Gedanken gemacht haben, ob die Leitha je ein
Grenzfluss war und ob das nördliche Burgenland nicht immer schon in
Richtung seines natürlichen Absatzmarktes Wiener Neustadt orientiert
gewesen sei.² Die Entscheidung zu Gunsten eines selbstständigen
Burgenlandes, welche verfassungsrechtlich durch das Burgenlandgesetz,
StGBI. Nr. 143/1945 Ende August 1945 gefällt wurde, fiel letztlich seitens
der Alliierten und dies ist ein Beispiel für das Zusammenwirken der Bau-
steine des österreichischen Bundesstaates.

Auch in Kärnten ergriff man unverzüglich die erforderlichen Maß-
nahmen, um eine provisorische Kärntner Landesregierung zu Stande zu
bringen, die die nationalsozialistischen Bürgermeister generell absetzte.
Im Kärntner Landhaus soll noch heute eine Tafel daran erinnern, dass „in

1 Die folgende historische Zusammenfassung der Gründungen der einzelnen Länder-
organe nach *Rauchensteiner*, Der Sonderfall, die Besatzungszeit 1945-1955, hg vom
Heeresgeschichtlichen Museum/Militärwissenschaftliches Institut Wien 83.

2 *Widder*, Der Burgenländische Landtag, in: Föderalismus und Parlamentarismus in
Österreich, hg von Schambeck (1992) 199.

diesem Haus am 7.5.1945 Kärntner Patrioten aus eigener Kraft die Demokratie im Land wiederhergestellt haben“.

In Niederösterreich ging man – wie so oft – recht pragmatisch vor. Leopold Figl und Oskar Helmer suchten einfach die Einwilligung der sowjetischen Zentralkommandantur für ihr Führungsgremium und erhielten am 18. April 1945 – allerdings unter der Voraussetzung der Einbeziehung des Kommunisten Otto Mödlagl – die Zustimmung zur Errichtung eines provisorischen Landesausschusses.

Schwierig waren die Verhältnisse in Oberösterreich, wo der Chef des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner versucht hatte, eine Gegenregierung zu Renners provisorischer Staatsregierung zu bilden. Strittig war in der Folge die Zukunft des Ausseer Landes. Schließlich wurde im Mai 1945 eine provisorische Landesregierung eingesetzt, die unter der Militärregierung der Alliierten als oberstes politisches Organ anzusehen war. In diesem Sinn ist auch Oberösterreich auf revolutionärem Wege und nicht verfassungsrechtlich von der vorläufigen österreichischen Verfassung ableitbar neu entstanden.³

In Salzburg, wo die Regierung Renner zu diesem Zeitpunkt nur durch das Radio bekannt war, gelang es, beim Militärkommandanten von Salzburg im Mai die Bestellung einer provisorischen Landesregierung für Salzburg durchzusetzen.

Auch in der Steiermark war man zunächst nur aus dem Radio über die Bildung der provisorischen Staatsregierung informiert und auf Grund schon vorher abgehaltener Besprechungen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen ließ sich ein Komitee mit Reinhard Machold an der Spitze von Grazer Oberbürgermeister und dem noch amtierenden Gauhauptmann die Regierungsgeschäfte übergeben. Nach Verhandlungen mit der sowjetischen Armee fand schließlich am 15. Mai eine provisorische Landesregierung ihre Anerkennung für die sowjetische Besatzungszone. Die unterschiedliche Besetzungslage durch die alliierten Truppen schuf bis zur gänzlichen Besetzung durch die Briten noch zusätzliche Probleme.

Eine besondere Stellung im Reigen der Bundesländer nimmt das Land Tirol ein. Dort hatte man bekanntlich schon zum Zeitpunkt des Einrückens der alliierten Truppen die Staatsgewalt in die Hand genommen hatte, sodass die am 3. Mai 1945 in Innsbruck einmarschierenden Truppen bereits mit einer provisorischen Landesregierung unter Karl Gruber konfrontiert waren. So konnte sich am 10.7.1945 der proviso-

3 *Pesendorfer*, in: *Föderalismus und Parlamentarismus in Österreich* 306.

rische Tiroler Landtag konstituieren und festhalten, dass die Mitglieder des Exekutivausschusses der Widerstandsbewegung bereits in der Landesregierung wertvolle Arbeit leisten.

In Vorarlberg, wo die Franzosen die Verwaltung zunächst von unten zu organisieren suchten, ergriffen Bürgermeister die Initiative zur Einsetzung eines Landesausschusses. Auf Grund der Parteiengespräche war Ulrich Ilg als Präsident eines solchen Ausschusses vorgesehen. Dieser konnte am 24. Mai dann endgültig zusammentreten. Einer seiner ersten Beschlüsse war die Wiederherstellung des Landes Vorarlberg, also die Loslösung aus dem Gau Tirol Vorarlberg.

Schließlich konnte auch in Wien schon am 16. April 1945 die Bildung des provisorischen Wiener Staatssenats erfolgen und Theodor Körner von der russischen Besatzungsmacht als Bürgermeister von Wien eingesetzt werden.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Erfolge der einzelnen Länder, selbst an ihrer Befreiung mitzuwirken, des Zeitpunktes der Beendigung der Kriegshandlungen der verschiedenen militärischen Mächte und ihrer jeweiligen Führung, lässt sich dennoch einheitlich festhalten, dass die Repräsentanten der demokratischen politischen Parteien unbeschadet der verfassungsrechtlichen Situation der Gesamtrepublik, hinsichtlich derer sie oft auf Radiomeldungen angewiesen waren, selbst alles Notwendige in die Wege leiteten, um in ihren Ländern eine staatliche Ordnung wieder entstehen zu lassen.

Der 2. Baustein der bundesstaatlichen Verfassung ist die unbestreitbar feststehende Bereitschaft der Länderrepräsentanten und selbstverständlich der in diesem Zeitpunkt bereits regierenden Repräsentanten der Republik, wiederum einen einheitlichen österreichischen Bundesstaat zu schaffen. Gewiss bestanden zwischen den Ländervertretern und der Staatsregierung erhebliche Spannungen, die auch bei den vorbereiteten Konferenzen der politischen Parteien vor der Länderkonferenz nicht zur Gänze ausgeräumt werden konnten. So schreibt der Außenamtsbeamte und Diplomat Josef Schöner in seinem Tagebuch am Montag, den 24. September 1945, über die Länderkonferenz unter anderem, dass Renner – und er fügt als alter Bürgerlicher hinzu „hoffentlich“ – keinen leichten Stand mit seiner Politik vor diesen aktivistischen Ländervertretern haben wird. Da werde – so Schöner – in zwei verschiedenen Sprachen geredet. Schöner bezieht sich dabei auf ein Gespräch mit einem sozialdemokratischen Politiker Kärntens, der ihn etwas herausfordernd fragt, was Wien eigentlich getan habe.⁴ Die Vorhalte Grubers

4 Schöner, Wiener Tagebuch 1944/1945, hg von Csáky/Matscher/Stourzh 389 ff.

gegenüber Renner, dass dieser in seinem Haus auf die Bestellung durch die Russen gewartet habe, während man in Tirol erfolgreich im Widerstand kämpfte, sind bekannt. Schließlich ging es bei dieser Länderkonferenz nicht allein und in erster Linie um die verfassungsrechtliche Verankerung des Bundesstaates, sondern auch und vor allem um wesentliche Machtfragen, die Beteiligung der Länder an der Regierung, die schließlich in der Bestellung Grubers zum Unterstaatssekretär für Äußeres und in der teilweisen Entmachtung des kommunistischen Innenministers Honner im Hinblick auf die auszurichtenden Wahlen ihren Ausdruck fanden. Und dennoch ließ Gruber *niemals* einen Zweifel offen, dass auch für ihn diese erste Länderkonferenz des Jahres 1945 gleichsam die entscheidende Stunde für die 2. Republik gewesen ist. In seiner Rede anlässlich der 40-Jahr-Feier dieser Länderkonferenz im Jahr 1985 hier in diesem Haus sagte er wörtlich: „Die Länderkonferenzen des Jahres 1945 zu feiern, ist es wirklich wert. Es war der Kreuzweg zwischen einer Trennung Österreichs nach deutschem Vorbild und einer Zusammenarbeit auf föderativer Basis, wie wir sie anstrebten und schließlich auch erreichten.“⁵

Diese Konferenz war durchaus vom Scheitern bedroht. Der Wunsch der Regierung Renner, zu einer Übereinkunft mit den Ländern zu gelangen, und deren freilich durchaus unterschiedliche Bereitschaft, unter bestimmten Umständen eine einheitliche Regierung für ganz Österreich anzuerkennen, waren für beide Seiten eine so starke Motivation, dass man letztlich trotz der krass unterschiedlichen Interessen der drei Parteien in den wichtigsten Punkten zu einer Einigung gelangte. Damit ist aber auch klargestellt, dass sich hier zwei zu diesem Zeitpunkt *de facto*, wenn auch aus der Sicht der bundesrechtlichen Normen nicht *de jure* gleichberechtigte, für ihren jeweiligen Bereich verfassungsgebende Organe gegenüberstanden. Auf Seiten der Republik die von der russischen Besatzungsmacht eingesetzte Staatsregierung, auf Seiten der Länder die von den jeweiligen Besatzungsmächten eingesetzten bzw. geduldeten Landesorgane.⁶

Für die Erneuerung der bundesstaatlichen Ordnung der Republik ist daher zunächst die Länderkonferenz vom 24. bis 26. September 1945 und nicht die provisorische Staatsregierung verfassungsgebendes Organ. Denn die vom Vorarlberger Landeshauptmann Ilg namens der politischen Kommission der Länderkonferenz eingebrachte und einstimmig be-

5 Dokumentation über den Festakt – 40 Jahre seit der Ersten Länderkonferenz am 24.9.1985 im NÖ Landhaus, herausgegeben von der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung, Wien.

6 Vgl. *Pernthaler*, Die Staatsgründungsakte der österreichischen Bundesländer 42 ff.

schlossene Resolution „empfiehlt“ eine Änderung der Bestimmungen der vorläufigen Verfassung, wonach bis zum Zusammentritt der nach der Verfassung 1929 zu wählenden Organe der Gesetzgebung des Bundes und der Länder die provisorische Staatsregierung das nach der 29er-Verfassung dem Bund zustehende Gesetzgebungsrecht, die Landesregierung der einzelnen Bundesländer das den Ländern zustehende Gesetzgebungsrecht ausüben solle und dass die nach der 29er-Verfassung den Ländern zustehende Vollziehung hinsichtlich der mittelbaren Bundesverwaltung vom Landeshauptmann und sonst durch die Landesregierung auszuüben sei. Normativ vollzogen wurde dieser Beschluss der Länderkonferenz allerdings wiederum durch ein Verfassungsgesetz der provisorischen Staatsregierung, jenes vom 12. Oktober 1945, StGBI Nr 196. Doch hätte ein solcher Verfassungsbeschluss durch die provisorische Staatsregierung ohne die Länderkonferenz ebenso wenig Wirksamkeit erlangt, wie bis zu diesem Zeitpunkt die vorläufige Verfassung vom 1. Mai 1945.

Die Länderkonferenz vom 24. bis 26. September 1945 ist damit eine der wesentlichen Voraussetzung des Wirksamwerdens einer bundesstaatlichen Ordnung in Österreich.

Eine weitere Voraussetzung dafür und somit der 3. Baustein unserer bundesstaatlichen Ordnung im Jahr 1945 war die Zustimmung der alliierten Mächte. Das Problem, die einzelnen Länder wieder zu einer zentralen Staatsgewalt zusammenzufassen und damit der Moskauer Deklaration von der Wiederherstellung Österreichs zu entsprechen, war nicht nur ein solches der Regierung Renner, nicht nur des Misstrauens der insbesondere westlichen Bundesländer gegen diese Regierung, sondern auch der alliierten Mächte, von denen bekanntlich nicht alle eine föderative Ordnung gekannt haben bzw noch heute kennen.

Die unterschiedlichen Auffassungen der alliierten Mächte waren aber wohl auch auf anderes zurückzuführen. Leopold Figl vermutete nicht zu Unrecht, dass die Sowjetunion die Wiedereinführung der zentralistischen Verfassung von 1934 der föderalistischen Verfassungsordnung von 1929 vorziehen würde, weil erstere sich besser als Handhabe für die Einführung der Volksdemokratie eigne.⁷

In jedem Fall aber war die bei der Länderkonferenz in Wien erfolgte Einigung für die alliierten Mächte eine essenzielle Voraussetzung der Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung Renner für ganz Öster-

⁷ Feichtenberger, Die Länderkonferenz 1945 – Die Wiedererrichtung der Republik Österreich (phil Diss 1965) 21.

reich. Dementsprechend fanden sich auch anerkennende Stellungnahmen in den Zeitungen der Alliierten.⁸

Damit aber hat die Übereinkunft der Provisorischen Staatsregierung und der die Staatsgewalt in den Ländern ausübenden Organe das beidseitige Ziel, eine gesamtstaatliche Gewalt mit föderativer Ordnung realisieren zu können, erreicht. Denn schon kurz darauf, am 1. Oktober 1945, schlägt der Alliierte Rat den Regierungen der Alliierten die Anerkennung der Regierung Renner für ganz Österreich vor und am 20. Oktober wurde der Regierung Renner die Zustimmung hiefür erteilt. Damit aber waren nicht nur die rechtlichen, sondern auch die faktischen Voraussetzungen gegeben, um am 25. November 1945 die geplanten Wahlen zum Nationalrat und zu den Landtagen abzuhalten und damit den Schlussstein zur Wiederherstellung der bundesstaatlichen Verfassung einzufügen.

Aufgrund der Länderkonferenz und aufgrund der Zustimmung der Alliierten hatten wir nunmehr für ganz Österreich eine provisorische Staatsregierung und wir hatten gemäß § 22a der vorläufigen Verfassung in der nunmehrigen Neufassung des Verfassungsgesetzes vom 12. Oktober 1945, StGBI 196, provisorische Landesregierungen in den Ländern, die „bis zum Zusammentritt der frei gewählten Landtage“ die den Ländern nach der Bundesverfassung 1929 zustehende Gesetzgebung auszuüben hatten. Was wir nicht hatten, war eine demokratische Legitimation dieser Organe. Gewiss waren – wie Staatskanzler Renner immer wieder betonte – die Parteibeschlüsse auch in den Ländern repräsentativ, weil dort ja Landesorganisationen der zentralen Parteiorganisationen von ÖVP, SPÖ und KPÖ tätig seien. Dem kann jedenfalls nach dem Verzicht Grubers, in Tirol eine eigene Staats-Partei zu gründen, auch nicht widersprochen werden, doch reichte dies keineswegs aus, um einen demokratischen Bundesstaat sicherzustellen. Denn die vorläufige Verfassung, auch in ihrer aufgrund der Länderkonferenz novellierten Form, ließ immer noch einen zentralen Einheitsstaat mit lediglich dezentralisierten Verwaltungsorganen möglich scheinen. Erst der Zusammentritt demokratisch gewählter Landtage als gesetzgebendes Organ in den Ländern schuf die letzte und nunmehr endgültige Voraussetzung für einen demokratischen Bundesstaat. Ohne diese demokratische Legitimation drohte nämlich die in der novellierten vorläufigen Verfassung festgesetzte bundesstaatliche Kompetenzaufteilung zu einem Provisorium zu versteinern. Es ist sowohl den verantwortlichen österreichischen Politikern in der Republik und in den Ländern, wie auch den alliierten

8 Feichtenberger, Die Länderkonferenz 1945 – Die Wiedererrichtung der Republik Österreich (phil Diss 1965) 80 ff.

Mächten hoch anzurechnen, dass sie trotz aller Schwierigkeiten die Abhaltung der Wahlen noch im Jahr 1945 ermöglicht haben, wenngleich dafür auch die berechnete Neugier Pate gestanden ist, wie die politischen Mehrheiten tatsächlich vom Staatsvolk künftig verteilt werden mögen.

Ich fasse zusammen. Der österreichische Bundesstaat der letzten 60 Jahre beruht zunächst rechtlich auf den verfassungsrechtlichen Normen, die in mehreren Teilschritten das Bundesverfassungsgesetz 1920, in der Fassung von 1929, wieder in Wirksamkeit gesetzt haben. Diese Verfassungsnormen konnten nur erlassen werden, weil die sich zunächst selbst konstituierenden österreichischen Länder in der Länderkonferenz vom 24. September 1945 dieser Wiederherstellung der Österreichischen Bundesverfassung aus der 1. Republik zugestimmt haben und weil die die Grundlagen dieser Verfassungsordnung bestimmenden alliierten Mächte – eben auf Grund dieser Zustimmung – dies bewilligten. Erst durch die demokratische Legitimation dieser Vorgänge in freien Wahlen des Nationalrates und der neun Landtage der österreichischen Bundesländer erhielten diese Normen jene nachhaltigen Kraft, die für eine dauerhafte Etablierung des bundesstaatlichen Systems der 2. Republik unseres Staates erforderlich war.

Und was bedeuten uns diese Erkenntnisse heute?

Zunächst einmal, dass es sich lohnt, an dieser so schwer errungenen bundesstaatlichen Konzeption festzuhalten und sie in zeitgemäßen Verfassungsreformen weiterzuentwickeln. Der von den politischen Parteien unserer Parlamente vor mehr als zwei Jahren eingesetzte Österreich-Konvent war ein richtiger und wichtiger Schritt hiezu. Freilich stellt es sich dort bald heraus, dass es offenkundig an jener Motivation mangelt, die die Vertreter des Bundes und der Länder bei der Länderkonferenz im Herbst 1945 beflügelt haben mag. Die Schuld hierfür darf nicht einseitig dem Bund zu geschoben werden. Auch auf Länderseite war im Österreich-Konvent und in den politischen Debatten nicht immer der Wunsch nach einer Stärkung und Festigung des Bundesstaates spürbar. Dies zeigt sich etwa in Kompetenzfragen, aber auch – erst jüngst wieder – in der Frage einer Länderkammer des Parlamentes.

Zum Unterschied von 1945 haben wir aber heute die schon weitgehend als Selbstverständlichkeit vergessene Souveränität, unsere staatliche Organisation selbst zu regeln. Dies allerdings nur dann, wenn wir die Europäische Union und diese sich selbst mehr als europäische Friedensordnung begreifen und weniger als eine die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten immer mehr und mehr einschränkende Grundnorm.

Schließlich und vor allem aber bedarf der österreichische Bundesstaat seines Ecksteines der frei gewählten Landesparlamente, wenn er nicht wie ein Kartenhaus zusammenstürzen soll. Es mag kurzfristigen politischen Erfolg versprechen und man darf sich auch der Zustimmung der Mehrheit selbsternannter Verfassungs- und Politikexperten sicher sein, wenn man die Abschaffung der Landesparlamente fordert. Diese sind – weiß Gott – dringend und grundlegend reformbedürftig. Wer wüsste dies besser, als jemand, der berufsmäßig mit diesen Landesparlamenten zu tun hat. Und die Landtagsabgeordneten wissen das auch. Aber die Landtage sind nicht mehr oder weniger reformbedürftig als andere Staatsorgane auch und reformieren heißt nicht abschaffen, sondern ändern. Ebenso wie es keinen Verein ohne Vereinsversammlung gibt, kann es ohne demokratisch gewählte Landesparlamente keine eigenständigen Länder als Teile unserer Republik geben. Wer die Landesparlamente in Frage stellt, stellt damit auch den Bundesstaat in Frage.

Es ist wichtig, auf Grund der dankenswerten Initiative der heutigen Tagung festzustellen, dass unsere bundesstaatliche Verfassung 1945 nicht allein auf Grund einer Manifestation historischer Autoritätspersonen, nicht allein aus dem Lebenswillen der österreichischen Länder, nicht allein aus der militärischen Macht der Sieger und nicht nur aus dem demokratischen Votum der österreichischen Bevölkerung entstanden ist, wohl aber aus all diesen Bausteinen zusammen. Dies im Jahr 2005 nicht nur feierlich zu beschwören, sondern daraus auch die nötigen Konsequenzen zu ziehen, sollte Ziel und Ergebnis des heurigen Gedenkjahres sein.

Verzeichnis der Referenten

Univ.Do. Dr. Peter BUSSJÄGER
Institut für Föderalismus
Maria-Theresien-Straße 38b
6020 Innsbruck
e-mail: peter.bussjaeger@foederalismus.at

Mag. Peter MÄHNER
Österreichische Gesellschaft für
historische Quellenstudien
Nottendorfergasse 2
1030 Wien
e.mail: peter.maehner@aon.at

Univ.Prof. Mag.Dr. Michael GEHLER
Institut für Zeitgeschichte
Innrain 52
6020 Innsbruck
e-mail: michael.gehler@uibk.ac.at

DDr. Karl LENGHEIMER
Landtagsdirektor von Niederösterreich
Landhausplatz 1
3901 St. Pölten
e-mail: k.lengheimer@noel.gv.at

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR FÖDERALISMUS

- Bd. 1 **Peter Pernthaler**, Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiete der Verwaltungsorganisation. 1976. ISBN 3-7003-0479-X (€ 7,21)
- Bd. 2 **Theo Öhlinger**, Der Bundesstaat zwischen Reiner Rechtslehre und Verfassungsrealität. 1976. ISBN 3-7003-0129-4 (€ 4,94 vergriffen)
- Bd. 3 **Felix Ermacora**, Österreichischer Föderalismus. Vom patrimonialen zum kooperativen Bundesstaat. 1976. ISBN 3-7003-0144-8 (€ 28,71 vergriffen)
- Bd. 4 **Peter Pernthaler**, Die Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag. 1977. ISBN 3-7003-0478-X (€ 11,99)
- Bd. 5 **Martin Usteri**, Die Funktion der Regierung im modernen föderalistischen Staat. 1977. ISBN 3-7003-0482-X (€ 4,21 vergriffen)
- Bd. 6 **Fried Esterbauer - Guy Heraud - Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalismus als Mittel permanenter Konfliktregelung. 1977. ISBN 3-7003-0161-8 (€ 11,63 vergriffen)
- Bd. 7 **Manfried Gantner**, Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel als Problem der Länder und Gemeinden. 1978. ISBN 3-7003-0181-2 (€ 18,17)
- Bd. 8 **Siegbert Morscher**, Rechtliche Probleme bei der Schaffung innerstaatlicher grenzüberschreitender Einrichtungen und Organe durch die österreichischen Bundesländer. 1978. ISBN 3-7003-0182-0 (€ 17,44)
- Bd. 9 **Theo Öhlinger**, Verträge im Bundesstaat. 1978. ISBN 3-7003-0183-9 (€ 10,17)
- Bd. 10 **Erich Thöni**, Privatwirtschaftsverwaltung und Finanzausgleich. 1978. ISBN 3-7003-0184-7 (€ 10,03)
- Bd. 11 **Georg Schmitz**, Der Landesamtsdirektor. 1978. ISBN 3-7003-0203-7 (€ 10,03 vergriffen)
- Bd. 12 **Felix Ermacora**, Die bundesstaatliche Kostentragung gemäß § 2 F-VG. 1979. ISBN 3-7003-0214-2 (€ 7,99)
- Bd. 13 **Peter Pernthaler - Karl Weber**, Theorie und Praxis der Bundesaufsicht in Österreich. 1979. ISBN 3-7003-0215-0 (€ 12,21)
- Bd. 14 **Peter Pernthaler**, Die Staatsgründungsakte der österreichischen Bundesländer. Eine staatsrechtliche Untersuchung über die Entstehung des Bundesstaates. 1979. ISBN 3-7003-0226-6 (€ 21,66)
- Bd. 15 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Direkte Demokratie in den Ländern und Gemeinden. 1980. ISBN 3-7003-0245-2 (€ 14,39)

- Bd. 16 **Peter Häberle**, Kulturverfassungsrecht im Bundesstaat. 1980. ISBN 3-7003-0247-9 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 17 **Bernd-Christian Funk**, Das System der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung im Lichte der Verfassungsrechtsprechung. 1980. ISBN 3-7003-0250-9 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 18 **Karl Weber**, Kriterien des Bundesstaates. Eine systematische, historische und rechtsvergleichende Untersuchung der Bundesstaatlichkeit der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. 1980. ISBN 3-7003-0251-7 (€ 34,88 vergriffen)
- Bd. 19 **Peter Pernthaler**, Das Forderungsprogramm der österreichischen Bundesländer. 1980. ISBN 3-7003-0252-5 (€ 28,34)
- Bd. 20 **Wilhelm Kundratitz** (Herausgeber), Staat, Recht, Politik. Eine Befragung Jugendlicher zum Bildungshintergrund. 1981. ISBN 3-7003-0270-3 (€ 20,35)
- Bd. 21 **Siegbert Morscher**, Land und Provinz. Vergleich der Befugnisse der autonomen Provinz Bozen mit den Kompetenzen der österreichischen Bundesländer. 1981. ISBN 3-7003-0282-7 (€ 13,66)
- Bd. 22 **Wolfgang Pesendorfer**, Der innere Dienstbetrieb im Amt der Landesregierung. 1981. ISBN 3-7003-0299-1 (€ 10,76 vergriffen)
- Bd. 23 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Dezentralisation und Selbstorganisation. Theoretische Probleme und praktische Erfahrungen. 1982. ISBN 3-7003-0308-4 (€ 24,20)
- Bd. 24 **Theo Öhlinger**, Die Anwendung des Völkerrechts auf Verträge im Bundesstaat. 1982. ISBN 3-7003-0320-3 (€ 13,44)
- Bd. 25 **Harald Stolzlechner**, Republik - Bund - Land. Fragen der Vermögensaufteilung in einem Bundesstaat. 1982. ISBN 3-7003-0318-1 (€ 14,39)
- Bd. 26 **Peter Pernthaler - Irmgard Kathrein - Karl Weber**, Der Föderalismus im Alpenraum. Voraussetzungen, Zustand, Ausbau und Harmonisierung im Sinne eines alpenregionalen Leitbildes. 1982. ISBN 3-7003-0341-6 (€ 49,42 vergriffen)
- Bd. 27 **Peter Pernthaler**, Land, Volk und Heimat als Kategorien des österreichischen Verfassungsrechts. 1982. ISBN 3-7003-0347-5 (€ 11,63)
- Bd. 28 **Peter Pernthaler - Karl Weber**, Landesbürgerschaft und Bundesstaat. Der Status des Landesbürgers als Kriterium des Bundesstaates und Maßstab der Demokratie in den Ländern. 1983. ISBN 3-7003-0364-5 (€ 20,35)
- Bd. 29 **Irmgard Kathrein**, Der Bundesrat in der Ersten Republik. Studie über die Entstehung und die Tätigkeit des Bundesrates der Republik Österreich. 1983. ISBN 3-7003-0365-3 (€ 14,54)
- Bd. 30 **Richard Schmidjell - Karl Fink - Werner Plunger - Hans Moser**, Regionalpolitik der österreichischen Bundesländer. 1983. ISBN 3-7003-0524-9 (€ 34,88)

- Bd. 31 **Siegbert Morscher** (Herausgeber), Föderalistische Sozialpolitik. 1983. ISBN 3-7003-0519-2 (€ 20,35)
- Bd. 32 **Josef Werndl**, Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Ihre Ausgangslage, Entwicklung und Bedeutungsverschiebung auf der Grundlage des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920. 1984. ISBN 3-7003-0566-4 (€ 26,96 vergriffen)
- Bd. 33 **Peter Pernthaler**, Österreichische Finanzverfassung. Theorie - Praxis - Reform. 1984. ISBN 3-7003-0606-7 (€ 33,07)
- Bd. 34 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Die Rolle der Länder in der Umfassenden Landesverteidigung. 1984. ISBN 3-7003-0607-5 (€ 19,62)
- Bd. 35 **Christian Smekal - Manfred Gantner**, Die längerfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft in Österreich im Zeitraum 1950 - 1983. 1985. ISBN 3-7003-0608-3 (€ 52,32 vergriffen)
- Bd. 36 **Georg Schmitz**, Die Anfänge des Parlamentarismus in Niederösterreich. Landesordnung und Selbstregierung 1861 - 1873. 1985. ISBN 3-7003-0636-9 (€ 47,96)
- Bd. 37 **Bernd Stampfer**, Recht der Abfallwirtschaft in Österreich. Analysen einer komplexen Verwaltungsaufgabe zwischen Bund und Ländern. 1986. ISBN 3-7003-0687-3 (€ 37,79)
- Bd. 38 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Verwaltungsrechtspflege als wirksamer Schutz der Menschenrechte. 1986. ISBN 3-7003-0685-7 (€ 14,17)
- Bd. 39 **Siegbert Morscher**, Die Gewerbekompetenz des Bundes. 1987. ISBN 3-7003-0810-1 (€ 23,26)
- Bd. 40 **Peter Pernthaler**, Zivilrechtswesen und Landeskompetenz. 1987. ISBN 3-7003-0723-3 (€ 13,08)
- Bd. 41 **Karl Weber**, Die mittelbare Bundesverwaltung. Eine verfassungs- und verwaltungsrechtliche Untersuchung der Organisation und Verwaltung des Bundes im Bereich der Länder außer Wien, zugleich eine Geschichte der Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern außer Wien. 1987. ISBN 3-7003-0738-1 (€ 59,59)
- Bd. 42 **Klaus Berchtold**, Die Verhandlungen zum Forderungsprogramm der Bundesländer seit 1956. 1988. ISBN 3-7003-0752-7 (€ 20,35)
- Bd. 43 **Peter Pernthaler**, Föderalistische Bedeutung der Landes-Hypothekenbanken. 1988. ISBN 3-7003-0781-1 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 44 **Stefan Huber - Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalismus und Regionalismus in europäischer Perspektive. 1988. ISBN 3-7003-0763-2 (€ 11,63 vergriffen)
- Bd. 45 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Kulturpolitik. 1988. ISBN 3-7003-0798-5 (€ 18,17)

- Bd. 46 **Peter Pernthaler**, Kompetenzverteilung in der Krise. Voraussetzungen und Grenzen der Kompetenzinterpretation in Österreich. 1989. ISBN 3-7003-0811-6 (€ 24,71)
- Bd. 47 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Auswirkungen eines EG-Beitrittes auf die föderalistische Struktur Österreichs. 1989. ISBN 3-7003-0848-5 (€ 21,08)
- Bd. 48 **Wolfgang Bartscher**, EG-Beitritt und Föderalismus. Folgen einer EG-Mitgliedschaft für die bundesstaatliche Ordnung Österreichs. 1990. ISBN 3-7003-0864-7 (€ 21,08 vergriffen)
- Bd. 49 **Fried Esterbauer - Peter Pernthaler** (Herausgeber), Europäischer Regionalismus am Wendepunkt - Bilanz und Ausblick. 1991. ISBN 3-7003-0907-4 (€ 23,98)
- Bd. 50 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen. 1991. ISBN 3-7003-0930-9 (€ 23,26)
- Bd. 51 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Neue Wege der Föderalismusreform. 1992. ISBN 3-7003-0949-X (€ 23,26)
- Bd. 52 **Bernd-Christian Funk - Joseph Marko - Peter Pernthaler**, Die innerstaatliche Umsetzung der Vergaberichtlinien der EG., 1992. ISBN 3-7003-0974-0 (€ 16,71)
- Bd. 53 **Peter Pernthaler**, Das Länderbeteiligungsverfahren an der europäischen Integration. 1992. ISBN 3-7003-0976-7 (€ 15,26)
- Bd. 54 **Stefan Hammer**, Länderstaatsverträge. Zugleich ein Beitrag zur Selbständigkeit der Länder im Bundesstaat. 1992. ISBN 3-7003-0984-8 (€ 31,61)
- Bd. 55 **Peter Pernthaler**, Der differenzierte Bundesstaat. Theoretische Grundlagen, praktische Konsequenzen und Anwendungsbereiche in der Reform des österreichischen Bundesstaates. 1992. ISBN 3-7003-0988-0 (€ 18,89)
- Bd. 56 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Unabhängige Verwaltungssenate und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1993. ISBN 3-7003-1011-0 (€ 42,44)
- Bd. 57 **Heinz Schäffer - Harald Stolzlechner** (Herausgeber), Reformbestrebungen im Österreichischen Bundesstaatssystem. 1993. ISBN 3-7003-1015-3 (€ 17,49)
- Bd. 58 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Föderalistische Raumordnung - eine europäische Herausforderung. 1994. ISBN 3-7003-1041-2 (€ 15,99)
- Bd. 59 **Gerhard Thurner**, Der Bundesstaat in der neueren Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes unter besonderer Berücksichtigung der Kompetenzverteilung. 1994. ISBN 3-7003-1042-0 (€ 35,61)
- Bd. 60 **Michael Morass**, Regionale Interessen auf dem Weg in die Europäische Union. Strukturelle Entwicklung und Perspektiven der Interessenvermittlung österreichischer und deutscher Landesakteure im Rahmen der Europäischen Integration. 1994. ISBN 3-7003-1048-X (€ 37,79)

- Bd. 61 **Peter Pernthaler**, Reform der föderalistischen Finanzordnung. 1994. ISBN 3-7003-1075-7 (€ 23,26)
- Bd. 62 **Karl Weber - Martin Schlag**, Sicherheitspolizei und Föderalismus. Eine Untersuchung über die Organisation der Sicherheitsverwaltung in Österreich. 1995. ISBN 3-7003-1082-X (€ 23,26)
- Bd. 63 **Peter Bußjäger**, Die Naturschutzkompetenzen der Länder. 1995. ISBN 3-7003-1084-6 (€ 23,26)
- Bd. 64 **Klaus Eisterer**, Die Schweiz als Partner. Zum eigenständigen Außenhandel der Bundesländer Vorarlberg und Tirol mit der Eidgenossenschaft 1945 - 1947. 1995. ISBN 3-7003-1116-8 (€ 13,08)
- Bd. 65 **Peter Pernthaler - Georg Lukasser - Irmgard Rath-Kathrein**, Gewerbe - Landwirtschaft - Veranstaltungswesen. Drei Fallstudien zur Abgrenzung der Bundes- und Landeskompentzen im Wirtschafts- und Berufsvertretungsrecht. 1996. ISBN 3-7003-1135-4 (€ 20,35)
- Bd. 66 **Fritz Staudigl - Renate Fischler** (Herausgeber), Die Teilnahme der Bundesländer am europäischen Integrationsprozeß. 1996. ISBN 3-7003-1162-1 (€ 13,44)
- Bd. 67 **Karl Weber - Irmgard Rath-Kathrein** (Herausgeber), Neue Wege der Allgemeinen Staatslehre. 1996. ISBN 3-7003-1167-2 (€ 20,35)
- Bd. 68 **Peter Pernthaler**, Kammern im Bundesstaat. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Gesichtspunkte einer stärkeren Föderalisierung der Kammern in Österreich. 1996. ISBN 3-7003-1170-2 (€ 16,42)
- Bd. 69 **Fridolin Zanon**, Das 2. Verstaatlichungsgesetz 1947 im Lichte der europäischen Entwicklung. 1996. ISBN 3-7003-1171-0 (€ 15,99)
- Bd. 70 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Bundesstaatsreform als Instrument der Verwaltungsreform und des europäischen Föderalismus. 1997. ISBN 3-7003-1190-7 (€ 31,83)
- Bd. 71 **Josef Unterlechner**, Die Mitwirkung der Länder am EU-Willensbildungs-Prozeß: Normen - Praxis - Wertung. 1997. ISBN 3-7003-1206-7 (€ 33,14 vergriffen)
- Bd. 72 **Sigrid Buchsteiner**, Die Verpflichtung der Gebietskörperschaften zur Tragung ihres Aufwandes. Eine Analyse des bundesstaatlichen Kostentragungsgrundsatzes und der Kostenregelungskompetenz. 1998. ISBN 3-7003-1218-0 (€ 23,26)
- Bd. 73 **Peter Pernthaler/Nicoletta Bucher/Anna Gamper**, Bibliographie zum österreichischen Bundesstaat und Föderalismus 1998. ISBN 3-7003-1224-5 (€ 27,62)
- Bd. 74 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Das Recht des Wassers in nationaler und internationaler Perspektive. 1998. ISBN 3-7003-1226-1 (€ 27,62)
- Bd. 75 **Peter Bußjäger**, Die Organisationshoheit und Modernisierung der Landesverwaltungen. 1999. ISBN 3-7003-1261-X (€ 45,78)

- Bd. 76 **Peter Pernthaler** (Herausgeber), Auswirkungen des EU-Rechts auf die Länder. 1999. ISBN 3-7003-1209-3 (€ 27,62)
- Bd. 77 **Peter Pernthaler/Helmut Schreiner** (Herausgeber), Die Landesparlamente als Ausdruck der Identität der Länder. 2000. ISBN 3-7003-1320-9 (€ 21,66)
- Bd. 78 **Andreas Rosner**, Koordinationsinstrumente der österreichischen Länder. 2000. ISBN 3-7003-1321-7 (€ 40,70)
- Bd. 79 **Karl Weber/Magdalena Pöschl**, Die Haftung der Länder in der mittelbaren Bundesverwaltung. 2000. ISBN 3-7003-1326-8 (€ 20,35)
- Bd. 80 **Peter Bußjäger**, Die Zustimmungsrechte des Bundesrates. 2001. ISBN 3-7003-1357-8 (€ 20,35)
- Bd. 81 **Sigrid Lebitsch-Buchsteiner**, Die bundesstaatliche Rücksichtnahmepflicht. 2001. ISBN 3-7003-1358-6 (€ 18,89)
- Bd. 82 **Peter Bußjäger/Friedrich Lachmayer** (Herausgeber), Rechtsbereinigung und Landesrechtsdokumentation. 2001. ISBN 3-7003-1361-6 (€ 18,00)
- Bd. 83 **Peter Pernthaler/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Ökonomische Aspekte des Föderalismus. 2001. ISBN 3-7003-1369-1 (€ 21,00)
- Bd. 84 **Peter Bußjäger/Christoph Kleiser** (Herausgeber), Legistik und Gemeinschaftsrecht. 2001. ISBN 3-7003-1370-5 (€ 20,00)
- Bd. 85 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Vollzug von Bundesrecht durch die Länder. 2002. ISBN 3-7003-1401-9 (€ 26,00)
- Bd. 86 **Christian Ranacher**, Die Funktion des Bundes bei der Umsetzung des EU-Rechts durch die Länder. ISBN 3-7003-1420-5 (€ 49,90)
- Bd. 87 **Stefan Mayer**, Regionale Europapolitik. Die österreichischen Bundesländer und die europäische Integration. Institutionen, Interessendurchsetzung und Diskurs bis 1998. ISBN 3-7003-1396-9 (€ 47,90)
- Bd. 88 **Harald Stolzechner**, Zur rechtlichen Behandlung von Sportanlagen. 2002. ISBN 3-7003-1425-6 (€ 10,90)
- Bd. 89 **Peter Bußjäger**, Katastrophenprävention und Katastrophenbekämpfung im Bundesstaat. 2003. ISBN 3-7003-1431-0 (€ 23,90)
- Bd. 90 **Gernot Meirer**, Die Verbindungsstelle der Bundesländer oder Die gewerkschaftliche Organisation der Länder. 2003. ISBN 3-7003-1435-3 (€ 42,90)
- Bd. 91 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Moderner Staat und innovative Verwaltung. 2003. ISBN 3-7003-1445-0 (€ 21,00)
- Bd. 92 **Peter Bußjäger/Anna Gamper** (editors), The Homogeneity of Democracy, Rights and the Rule of Law in Federal or Confederal Systems. 2003. ISBN 3-7003-1453-1 (€ 24,90)
- Bd. 93 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), Föderalistische Lösungen für die Finanzierung des Gesundheitswesens. 2004. ISBN 3-7003-1486-8 (€ 13,90)

- Bd. 94 **Peter Bußjäger/Jürgen Weiss** (Herausgeber), Die Zukunft der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung. 2004. ISBN 3-7003-1487-6 (€ 20,90)
- Bd. 95 **Helmut Kramer**, Ökonomische Aspekte der Bundesstaatsreform. 2004. ISBN 3-7003-1491-4 (€ 18,90)
- Bd. 96 **Peter Bußjäger/Rudolf Hrbek** (Herausgeber), Projekte der Föderalismusreform – Österreich-Konvent und Föderalismuskommission im Vergleich. 2005. ISBN 3-7003-1528-3 (€ 18,90 vergriffen)
- Bd. 97 **Ulrich Willi**, Die Bundesverfassungskonformität der Vorarlberger „Volks-gesetzgebung“, 2005. ISBN 3-7003-1563-5, 978-3-7003-1563-6 (€ 22,90)
- Bd. 98 **Anna Gamper/Peter Bußjäger** (Herausgeber), Subsidiarität anwenden: Regionen, Staaten, Europäische Union. La sussidiarietà applicata: Regioni, Stati, Unione Europea. 2006. ISBN 3-7003-1580-5, 978-3-7003-1580-3

SCHRIFTENREIHE VERWALTUNGSRECHT

- Bd. 1 **Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht I. Das Recht der Grundzusammenlegung, Flurbereinigung und des landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens. 1989. ISBN 3-7003-0809-4 (€ 26,16)
- Bd. 2 **Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht II. Das Recht der Einforstungsrechte (Wald- und Weideservituten) und der agrargemeinschaftlichen Grundstücke. 1991. ISBN 3-7003-0922-8 (€ 20,35 vergriffen)
- Bd. 3 **Peter Pernthaler - Evelyn Maria Stefani**, Der autonome Sektor der Sozialpolitik in Vorarlberg. Modell einer Entwicklung des Sozialstaates auf der Grundlage von Subsidiarität und Solidarität. 1990. ISBN 3-7003-0860-4 (€ 19,62)
- Bd. 4 **Günter Reimeir**, Rechtsprobleme der Planung von Einkaufszentren. 1992. ISBN 3-7003-0950-3 (€ 26,16)
- Bd. 5 **Helmut Schwamberger - Eberhard W. Lang**, Tiroler Agrarrecht III. Bringungsrechte. 1993. ISBN 3-7003-0995-3 (€ 21,08)
- Bd. 6 **Eugen Kanonier**, Rechtliche Aspekte der Wegfreiheit im Bergland. 1997. ISBN 3-7003-1209-1 (€ 28,34)
- Bd. 7 **Harald Kraft**, Das Vorarlberger Abgabenrecht. Praxiskommentar. Teil I: Abgabenverfahrensrecht. 2001. ISBN 3-7003-1383-7.
Harald Kraft, Das Vorarlberger Abgabenrecht. Praxiskommentar. Teil II: Materielles Abgabenrecht. 2001. ISBN 3-7003-1384-5 (€ 58,-)
- Bd. 8 **Klaus Heißenberger**, Das NÖ Landesgesetzblatt – Ein Modell für eine Konsolidierung von Rechtsvorschriften. 2005. ISBN 3-7003-1537-6 (€ 39,90)

SCHRIFTENREIHE POLITISCHE BILDUNG

- Bd. 1 **Peter Pernthaler**, Föderalismus - Bundesstaat - Europäische Union. 25 Grundsätze. 2000. ISBN 3-7003-1324-1 (€ 10,76)
- Bd. 2 **Peter Bundschuh**, Vergleichende Untersuchung der Organisation und Funktion der 2. Kammer im föderalen System. 2000. ISBN 3-7003-1327-6 (€ 10,76)
- Bd. 3 **Peter Bußjäger**, Föderale und konföderale Systeme im Vergleich: Basisdaten und Grundstrukturen. 2003. ISBN 3-7003-1469-8 (€ 9,90)
- Bd. 4 **Anna Gamper**, Legislative and Executive Governance in Austria. 2004. ISBN 3-7003-1504-X (€ 7,90)
- Bd. 5 **Peter Bußjäger/Andreas Rosner**, Mitwirken und Mitgestalten – Europa und die österreichischen Länder. 2005. ISBN 3-7003-1564-3, 978-3-7003-1564-3 (€ 12,90)
- Bd. 6 **Peter Bußjäger** (Herausgeber), 60 Jahre Länderkonferenzen 1945 – Die Länder und die Wiederbegründung der Republik. 2006. ISBN-3-7003-1582-1, 978-3-7003-1582-7

INSTITUT FÜR FÖDERALISMUS

Maria-Theresien-Str. 38 b
A-6020 Innsbruck

Tel. +43/512/574594 Fax +43/512/574594-4
www.foederalismus.at e-mail: institut@foederalismus.at

Direktor: Univ.-Doz. Dr. Peter BUSSJÄGER

Kuratorium:

Landesamtsdirektor Dr. Werner SEIF, Niederösterreich
Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Wolfgang NEBES, Niederösterreich
Hofrat Dr. Ludwig STAUDIGL, Niederösterreich
Dr. Klaus HEISSENBERGER, Niederösterreich
Landesamtsdirektor Dr. Eduard PESENDORFER, Oberösterreich
Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Jörg MAYER, Oberösterreich
Landtagsdirektor Dr. Helmut HÖRTENHUBER, Oberösterreich
Hofrat LL.M. Dr. Gerhard HÖRMANSEDER, Oberösterreich
Landesamtsdirektor Dr. Josef LIENER, Tirol
Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Helmut SCHWAMBERGER, Tirol
Hofrat Dr. Anton GSTÖTTNER, Tirol
Mag. Christine SALCHER, Tirol
Landesamtsdirektor Dr. Johannes MÜLLER, Vorarlberg
Dr. Matthias GERMANN, Vorarlberg
Dr. Borghild GOLDGRUBER-REINER, Vorarlberg
Dr. Harald SCHNEIDER, Vorarlberg

Das Institut für Föderalismus ist eine Einrichtung der Länder Tirol, Vorarlberg, Niederösterreich und Oberösterreich. Es befasst sich mit der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet des Föderalismus, darüber hinaus will es die Verbreitung und Pflege der Idee des Föderalismus in der Bevölkerung fördern.

Zur Erreichung dieser Ziele gibt das Institut eine Schriftenreihe für wissenschaftliche Veröffentlichungen, einen alljährlichen Bericht über den Föderalismus in Österreich sowie eine periodisch erscheinende Föderalismus-Info heraus, veranstaltet Fachtagungen und unterhält eine Dokumentation zum Thema Föderalismus.

